

KORRESPONDENZEN – CORRESPONDANCES

3. Deutsch-Französische Kulturgespräche Freiburg

Die Stadt als europäische Lebensform

Konzerthaus Freiburg
29. Juni – 1. Juli 2000



3^e Rencontres culturelles franco-allemandes
de Fribourg en Brisgau

La ville, mode de vie en Europe

Konzerthaus Freiburg
du 29 juin au 1^{er} juillet 2000

Inhalt / Table des matières

ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG.....	1
GRUSSWORT Rolf Böhme.....	1
GRUSSWORT Gerhard Oesten.....	5
GRUSSWORT Kurt Beck.....	7
ERÖFFNUNGSVORTRAG / CONFÉRENCE D'OUVERTURE	
Jean-Pierre Sueur : Quel projet pour la ville européenne ?	12
GRUSSWORT Jean-Marie Bockel.....	19
SCHLUSSWORT Klaus von Trotha.....	21
PLENARVORTRÄGE / CONFÉRENCES PUBLIQUES	24
Paul Chemetov : La fabrique des villes	24
DISKUSSION	31
Albrecht Göschel : Stadtkultur zwischen Universalismus und Identität	35
Hajo Hoffmann : Die Städte und die Europäische Union: ein unbequemer Dialog ...	47
DISKUSSION	54
Francis Godard : Prospectives des villes	61
DISKUSSION	66
BERICHTE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN / BILAN DES ATELIERS	68
ARBEITSGRUPPE 1:	
Ästhetik und Marketing der Stadt / Esthétique et marketing de la ville (Hermann Schwengel)	68
ARBEITSGRUPPE 2:	
Soziale Kohäsion und kulturelle Vielfalt / Cohésion sociale et diversité culturelle (Robert Picht).....	72
ARBEITSGRUPPE 3:	
Stadtökonomie, Stadtökologie und Kulturpolitik / Économie urbaine, écologie urbaine et politique culturelle (Joseph Jurt).....	77

ABSCHLUSSDISKUSSION / DISCUSSION DE CLÔTURE	81
Die Stadt als europäische Lebensform: Die Rolle der Kultur / La ville, mode de vie en Europe : le rôle de la culture	81
BIO-BIBLIOGRAPHISCHE ANGABEN DER AUTOREN / RENSEIGNEMENTS BIO-BIBLIOGRAPHIQUES SUR LES AUTEURS	104
ARBEITSGRUPPE 1:	
Ästhetik und Marketing der Stadt / Esthétique et marketing de la ville	109
ARBEITSGRUPPE 2:	
Soziale Kohäsion und kulturelle Vielfalt / Cohésion sociale et diversité culturelle.	110
ARBEITSGRUPPE 3:	
Stadtökonomie, Stadtökologie und Kulturpolitik/ Économie urbaine, écologie urbaine et politique culturelle	111

Eröffnungsveranstaltung

(Donnerstag, 29. Juni 2000)

GRUSSWORT

Rolf Böhme

I

„Die Stadt als europäische Lebensform“ – meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zur Eröffnung unserer dritten Deutsch-Französischen Kulturgespräche KORRESPONDENZEN – CORRESPONDANCES. Auf Regierungsebene gibt es zahlreiche Foren und Konferenzen, wo die beiden Regierungen regelmäßig ihre Positionen austauschen: Im nächsten Jahr 2001 wird Freiburg Schauplatz eines deutsch-französischen Gipfels sein. Uns ging es von Anfang an darum, aus der Kommunalpolitik und aus der Wissenschaft heraus grundsätzliche Fragen, die unsere Länder betreffen, zu behandeln. Das ist 1996 und 1998 gelungen. Ich freue mich, dass wir dieser Serie jetzt ein weiteres Kapitel hinzufügen dürfen. Freiburg möchte als Ort dieser deutsch-französischen Konferenz einen Beitrag zu den guten Beziehungen unserer beiden Länder leisten. Die deutsch-französische Freundschaft ist der Motor der europäischen Einigung. Freiburg will ganz bewusst, als frankophile Stadt nahe der alten französischen Grenze gelegen, zur Avantgarde der deutsch-französischen Freundschaft zählen.

In diesem Sinne begrüße ich Sie alle zur Teilnahme an dieser dritten deutsch-französischen Konferenz. Ich begrüße besonders unsere französischen Teilnehmer und Gäste ganz herzlich hier in Freiburg.

Es ist uns eine große Ehre und Freude zugleich, Sie, Herrn Ministerpräsidenten Beck aus Rheinland-Pfalz, als neuen Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für die kulturellen Angelegenheiten mit Frankreich begrüßen zu können.

Während der baden-württembergischen Verantwortung für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen sind diese Gespräche 1996 entstanden; Herr Ministerpräsident Teufel war damals der Vorgänger von Herrn Ministerpräsident Beck. Ich danke dem Land Baden-Württemberg für die Unterstützung und begrüße ganz herzlich Herrn Minister Klaus von Trotha, in dessen Ministerium die deutsch-französischen Gespräche mittlerweile ressortieren. Sie sind in Freiburg kein Unbekannter: herzlich willkommen, Herr Minister von Trotha.

Ebenso begrüße ich den Herrn Regierungspräsidenten von Ungern-Sternberg, der diese Konferenz im Entstehen und in der Diskussion begleitet hat. Wir sind Ihnen dankbar und freuen uns über Ihre Präsenz heute abend.

Ein guter Brauch der Stadt ist es, dass Stadt und Universität zusammenarbeiten. Ich begrüße Herrn Prorektor Prof. Oesten, der den verhinderten Rektor, Prof. Jäger, vertritt. Herzlich willkommen: die Universität.

Mit dem Gruß verbinde ich ein herzliches Dankeschön an die wissenschaftlichen Institute, die die Kulturgespräche zusammen mit der Stadt inhaltlich vorbereitet haben.

Das sind das Frankreich-Zentrum der Universität, das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg, und ihre Partnerinstitute in Frankreich, die Maison des Sciences de l'Homme, und das CIRAC in Paris. Im einzelnen sind hier auf deutscher Seite die Herren Professoren Dr. Jurt, Dr. Picht, Dr. Gauger und Dr. Schwengel zu nennen, die diese Konferenz inhaltlich vorbereitet haben. Wir hatten viele sehr anregende Gespräche, die nach der Vorarbeit eines Jahres in diesen Kongress eingehen werden. Ein herzliches Dankeschön!

Für die französische Seite freue ich mich, meine beiden Bürgermeister-Kollegen Jean-Pierre Sueur aus Orléans und Jean-Marie Bockel aus Mulhouse begrüßen zu können. Maire Sueur ist der *Président der Association des Maires des grandes villes de France*. Morgen wird der Präsident des deutschen Städtetages, der Saarbrücker Oberbürgermeister Hajo Hoffmann, zu uns sprechen.

Wie schon 1998 werden die Deutsch-Französischen Kulturgespräche mitgetragen von ARTE und vom Südwestrundfunk. Herr Landessenderdirektor Dr. Steul wird unsere Schlussdiskussion mit Bundesinnenminister Schily am Samstag moderieren. Ich begrüße die Vertreter des SWR sehr herzlich und danke für die Unterstützung.

Ein herzliches Willkommen geht an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Landtages von Baden-Württemberg.

Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt in toto die Vertreter der anderen großen Institutionen und meine Bürgermeister-Kollegen aus Stadt und Region sowie die Mitglieder des Freiburger Gemeinderates begrüße. Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und hoffe, dass Sie von dieser Konferenz gute Eindrücke mitnehmen können.

II

Meine Damen und Herren, die Dritten Deutsch-Französischen Kulturgespräche besinnen sich im ersten Jahr des neuen Millenniums zurück auf eine Wurzel, die Frankreich und Deutschland, ja, Europa insgesamt, verbindet: die Tradition der Städte und des Urbanen. Anders als in Asien oder Südamerika, anders auch als in den USA, waren die europäischen Städte immer Ausdruck einer bestimmten Kultur und einer damit verbundenen Philosophie der Emanzipation und der zivilisatorischen Leistung, kulturelle Kreativität hervorzubringen, soziale Widersprüche auszutragen und Formen politischer Selbstverwaltung zu entwickeln. Die Städte wurden so immer als Lebensform und nie als bloße Agglomeration verstanden. Nirgends wird das deutlicher als in der Tradition der Freien deutschen Reichsstädte („Stadtluft macht frei“ war der Slogan), in den Stadtstaaten Oberitaliens oder in den aufstrebenden Städten Flanderns an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, wo sich die Ideen der Renaissance und des Humanismus entwickelten und die „erste Moderne“ formuliert und promoviert wurde.

Politisch entwickelten sich aus dieser Stadtkultur der Gedanke der kommunalen Selbstverwaltung – bis zum heutigen Tag Herzstück einer demokratischen Gesellschaft und deshalb in der Bundesrepublik grundgesetzlich geschützt durch den Artikel 28 des Grundgesetzes. Der Blick zurück in die Geschichte ist kein selbstverliebtes Spiel. Die Rolle der Städte hat im abgelaufenen Jahrhundert nichts an Bedeutung verloren. Und es ist abzusehen, dass die Städte auch im 21. Jahrhundert wichtige Orientierungspunkte in einer sich insgesamt neu formierenden Welt sein werden. Immer mehr Menschen leben heute weltweit in Städten und in städtischen Agglomerationen. Der Prozess der Ver-

städterung scheint unaufhaltsam. Viele erwarten deshalb im 21. Jahrhundert das goldene Zeitalter der Städte. Andere sehen mehr die Gefährdungen der Stadt, die sich im rasanten Wandel der Zeit durch Globalisierung und neue Technologien behaupten muss. Gemeinsam aber ist allen Analysen, dass die Stadt der Ort der Innovation für die Gesellschaft der Zukunft ist, und es darauf ankommt, ihre Anpassungs-, Erneuerungs- und Leistungsfähigkeit für Bürger, Wirtschaft und den demokratischen Staat zu sichern. Diese Forderung gilt vor allem für die Städte in Europa, die von der großen europäischen Stadtkultur geprägt sind, deren Attraktivität jedes Jahr Millionen von Besuchern aus aller Welt bestätigen.

Drei wichtige Schnittpunkte der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung möchte ich nennen.

Erstens: Globalisierung und neue Technologien zwingen die Städte, ihre Rolle neu zu definieren. Die Denationalisierung von Politik und Wirtschaft hat große Auswirkungen auf die Städte, die im globalen Wettbewerb wirtschaftlich, sozial und kulturell einen gewaltigen Strukturwandel erleben. Signifikant ist dabei, dass gegenläufig zur weltweiten Vernetzung die Bedeutung des Lokalen und Regionalen wächst, weil die Menschen auch in der globalen Marktwirtschaft eine lokale Verwurzelung brauchen. So bleibt die Stadt der Lebensmittelpunkt der Menschen, und der alte Satz, „all politics is local“, gilt heute ganz besonders.

Zweitens: In Europa sind die Kommunen in der postnationalen Konstellation mehr und mehr durch Entscheidungen aus Brüssel beeinflusst. Diese Europäisierung der Stadtpolitik nimmt auf die unterschiedlichen Niveaus der nationalen Selbstverwaltungen wenig Rücksicht und fordert vor allem für uns in Deutschland neue Innovationsstrategien. Die Liberalisierung auf dem Energiemarkt, der private Wettbewerb für den öffentlichen Nahverkehr oder andere Bereiche der bisher öffentlichen Daseinsvorsorge, die kommunal verfasst und dezentral in den kommunalen Stadtwerken wahrgenommen worden sind, sind Beispiele. Kein Zweifel: Kernbereiche der bisherigen kommunalen Selbstverwaltung stehen im Strukturwandel und verlangen neue Lösungen.

Drittens: Lokale Fragen fordern schließlich heute mehr und mehr regionale Antworten. Die Probleme der Suburbanisierung, der Exodus der Stadtbevölkerung in das Umland und die mögliche Bildung einer neuen Urbanität in einer sich ausbreitenden Stadtregion sind von wachsender Dynamik. Die Beobachtung dieser „Sprawl-Entwicklung“ wirft die Frage auf, ob die bisher auf die Zentren verfasste europäische Stadt ihre ökonomische und soziale Basis verloren hat. Heute ist die Urbanität nicht mehr an den Ort „Stadt“ gebunden: Die Städter ziehen aufs Land und bleiben doch Städter (Walter Siebel). Aber diese Suburbanisierung hat tiefe Auswirkungen auf die soziale, kulturelle und ökonomische Entwicklung der Städte und vor allem auf die politische Selbstverwaltung, weil Stadtbürgerschaft nicht mehr nur in den Grenzen der Stadt erlebt wird und deshalb eine grenzüberschreitende Stadtpolitik gefordert ist. Will man Urbanität auf der Grundlage der bürgerschaftlichen Selbstbestimmung, braucht man neue regionale Entscheidungsgremien, in denen auch politisch der Austausch zwischen Wohnen im Umland und Arbeiten in der Stadt aufgenommen wird. Der Weg zur Stadtregion ist hiermit vorgezeichnet.

Aber auch bei diesen Schnittstellen der Veränderungen von Urbanität und Stadtpolitik gilt, dass der Wandel eine Chance für die Zukunft ist. Städte und Regionen haben die

Aufgabe, Modelle zu entwickeln, wie eine grenzüberschreitende Kommunalpolitik die Herausforderungen zum 21. Jahrhundert nicht nur annimmt, sondern zu einer neuen Urbanität weiterentwickelt. Die Kultur hat hier eine große Bedeutung. In der bisherigen Kernstadt spielt die Zentrumskultur eine wichtige Rolle der Kommunikation und der schöpferischen Selbstdarstellung. Offensichtlich muss sich auch die Kultur im Zuge der Europäisierung und Suburbanisierung als Möglichkeit der Kooperation der Kulturarbeit zwischen der Stadt und dem Umland neu definieren und darüber hinaus in Form einer Regionalisierung der Kultur zwischen den Städten.

III

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss dieser Eröffnung. Vor zwei Jahren, bei den „Korrespondenzen – Correspondances“ 1998, haben wir uns vor allem mit der Frage befasst, wie die Kultur insgesamt durch die Globalisierung verändert und beeinflusst wurde. Dieses Mal geht es um die nicht minder spannende Frage, wie Kultur, die aufs engste mit der Lebensform „Stadt“ verbunden ist, den neuen Formen der Stadt und den veränderten sozialen, wirtschaftlichen und medialen Bedingungen Halt und Zusammenhalt geben kann. Wie immer geht es darum, Widerständigkeit und Innovation, Toleranz und Freiraum für die Kunst und Kultur zu sichern, um der Stadt ihre notwendige Individualität und ihr Gesicht auch in einer neuen Urbanität zu erhalten. Unser Thema, „Die Stadt als europäische Lebensform“, reicht weit in die europäische Geschichte zurück und wird noch lange auf der europäischen Agenda stehen. „Die Stadt als europäische Lebensform“: das ist eine Beschreibung der europäischen Stadtkultur und zugleich ein Programm für die Zukunft. Diese Konferenz soll dazu einen Beitrag leisten. Die Dritten Deutsch-Französischen Kulturgespräche sind eröffnet.

GRUSSWORT

Gerhard Oesten

Sehr verehrter Ministerpräsident Beck, sehr verehrter Herr Minister von Trotha, Monsieur le Maire Sueur, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister Böhme, mesdames et messieurs, meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

ich darf Sie im Namen der Albert-Ludwigs-Universität und vor allem auch im Namen unseres Rektors, Professor Jäger, der heute leider verhindert ist, sehr herzlich zu diesen Dritten Deutsch-Französischen Kulturgesprächen hier in Freiburg willkommen heißen. Mit dieser Veranstaltung ist auch aus unserer Sicht ein überaus wichtiges Forum der Begegnung zwischen Wissenschaft, Politik und Kulturarbeit geschaffen worden und gleichzeitig ein wichtiger Ort der Begegnung und des Austausches zwischen unseren französischen Partnern und uns. Wir von der Universität begrüßen diese Initiative sehr und bedanken uns sehr herzlich beim Land Baden-Württemberg und bei der Stadt, welche diese Veranstaltung tragen und organisieren.

Seit den ersten "Korrespondenzen - Correspondances" ist Wissenschaft mit für die Konzeption dieser Gespräche verantwortlich. Von seiten unserer Universität ist dies das Frankreich-Zentrum. Hinzu tritt das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg. Diese Veranstaltung ist – wie in den vergangenen Jahren auch - beredter Ausdruck der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den beiden Instituten. Ich darf Herrn Professor Picht vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg sowie den Herren Kollegen Jurt und Schwengel vom Frankreich-Zentrum meinen herzlichsten Dank für ihr Engagement bei dieser Tagung aussprechen. Die beiden Institute haben im Vorfeld dieser Tagung sehr eng mit französischen Partnerinstituten – mit der Maison des Sciences de l’Homme und mit dem CIRAC – zusammengearbeitet, und ich darf in diesem Zusammenhang sehr herzlich Herrn Godard, den Leiter eines großen Forschungsprojektes zur Stadt im Rahmen des französischen Forschungsministeriums, sowie Herrn Werner Zetelmeier vom CIRAC herzlich begrüßen.

Das Thema „Stadt als europäische Lebensform“, dem diese Tagung gilt, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Institution Universität. Die Stadt ist Ursprung aller Zivilisation, von der Schrift bis zu den Wissenschaften, von den Gesetzen bis zur Demokratie, von der Technik bis zur Kunst: die wichtigsten kulturellen Errungenschaften entstanden im städtischen Raum. Und so war es kein Zufall, wenn die Universitäten in Städten gegründet wurden.

Die europäischen Städte waren immer mehr als bloße Wohnansiedlungen. Sie vereinigten und vereinigen in sich eine Vielzahl von Funktionen. In der dichten Stadt bildeten sich wichtige Formen des Zusammenlebens aus, eben urbane Formen, aber auch Formen politischer Partizipation sowie ästhetische Konzepte des Städtebaus. Die Universität hatte und hat hier ihren natürlichen Platz: als Ort der Reflexion, der wissenschaftlichen Debatte, der zukunftsweisenden Forschung. Es war darum hier in Freiburg ein überaus weiser und wichtiger Entschluss, dass unsere Universität nach den Zerstörungen des Krieges in der Stadt belassen und nicht, wie es Planungen gab, an den Rand der Stadt Freiburg in Form einer Campus-Universität angesiedelt wurde. Auch räumli-

che Fragen bestimmen, dass Universität und wie Universität nicht oder doch „Elfenbeinturm“ ist. Unsere Universität lebt vom unmittelbaren Kontakt mit der städtischen Wirklichkeit hier in Freiburg. Unsere Überzeugung ist, dass die Stadt ihrerseits belebt wird durch die Präsenz zahlreicher junger Studierender aus ganz Deutschland und erfreulicherweise zunehmend aus dem Ausland.

Zu erwähnen ist auch, dass die Stadt wirtschaftlich von der Universität profitiert: Wissenschaftler sagen, dass zwölf bis fünfzehn Prozent der Bruttowertschöpfung in der Freiburger Region mittelbar oder unmittelbar mit dem Vorhandensein unserer Universität verbunden ist.

Das Modell der dichten Stadt, das hier aus Sicht unserer Universität positiv gezeichnet wurde, ist heute aber auch gefährdet. Herr Oberbürgermeister Böhme hat ja auf einige dieser Gefährdungen bereits eindringlich hingewiesen. Die Funktionen, die in der Stadt gebündelt waren, werden auseinandergerissen. Die Bereiche des Wohnens und teilweise der Wirtschaft verlagern sich aufs Land. Die ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Folgen dieses Protestes sind teilweise unübersehbar, teilweise fatal. Lassen Sie mich einige nennen.

Das städtische Leben ist gefährdet durch Verkehrsbelastung und Luftverschmutzung. Im Zeitalter der Informationsgesellschaft haben feste Arbeitsstandorte oft ihre Bedeutung verloren. Die Ghettoisierung einzelner Stadtteile, die früherer Durchmischung folgte, schafft und schafft ernste soziale Probleme in vielen Städten. Ghettoisierung vermindert die Notwendigkeit der unmittelbaren Begegnung von Mitbürgern. Ein wichtiger Zug des städtischen Lebens, die politische Partizipation, gerät in Gefahr zu verkümmern. Und im Zuge einer globalisierten Kulturindustrie gleichen sich nicht bloß Produkte, sondern auch die urbanisierten Formen von Kultur immer mehr an. Wie aber kann sich eine austauschbare Stadt im internationalen Standortwettbewerb behaupten?

Die Situation der Städte ist in Deutschland und Frankreich keineswegs identisch. Die Probleme der Städte in den alten Bundesländern gleichen auch nicht denen im Osten Deutschlands. Wichtig für unsere Kulturgespräche ist auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass beispielsweise in Frankreich heute bereits 80% der Bevölkerung in Städten leben. Die Probleme der Städte, aber auch ihre Traditionen sind (so scheint mir) ein ideales Thema des Austausches hier an diesem Ort, in diesem Rahmen, zwischen französischen und deutschen Partnern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass uns die hochkarätigen Referenten des heutigen Abends und des morgigen Tages manchen Aspekt dieses thematischen Spannungsbogens näherbringen werden. Ich freue mich jedenfalls sehr auf neue Einsichten und auf spannende Diskussionen, die uns heute und insbesondere auch an den kommenden Tagen begleiten werden. Ich wünsche mir und Ihnen, sehr verehrte Gäste, dass wir regen Gebrauch von den vorzüglichen Angeboten machen, die uns und Ihnen die deutsch-französischen Kulturgespräche auch in diesem Jahr bieten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen einen guten Verlauf dieser Tagung.

GRUSSWORT

Kurt Beck

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Böhme, geehrter Herr Minister, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Repräsentanten der Hochschulen und der deutsch-französischen Institutionen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich sehr herzlich danken, dass die Stadt Freiburg gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg die Idee gehabt und umgesetzt hat, das Thema der diesjährigen Kulturbegegnungen aus der Sicht und aus der Verantwortung der Städte heraus zu stellen und mit Leben zu erfüllen. Denn es ist in der Tat eine Wahrheit, dass all die Bemühungen um eine Belebung der deutsch-französischen Beziehungen, insbesondere auch der kulturellen Begegnungen, nur dann eine Realität im Alltagsleben der Deutschen und der Franzosen bleiben werden, wenn aus den Kommunen heraus Partnerschaften entwickelt und persönliche Begegnungen organisiert werden und sich somit das tatsächliche Leben der Menschen in Frankreich und Deutschland in solchen Begegnungen widerspiegelt.

Diese Kulturtage hier in Freiburg finden in einer Zeit statt, die für die deutsch-französischen Beziehungen sehr ereignisreich ist. Gerade in den letzten Wochen und Tagen wurde eine Reihe von Impulsen gegeben, welche die besondere Verantwortung von Deutschland und Frankreich im europäischen Integrationsprozess herausstreichen. Dies konnte beim Mainzer Gipfel auf den Weg gebracht werden, und anlässlich des Staatsbesuchs von Herrn Staatspräsident Chirac und seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag ist deutlich geworden: wir haben nicht nur auf der Grundlage der unterschiedlichen Verfasstheit unserer Nationalstaaten miteinander geredet, sondern wir haben uns auch verstanden und zu gemeinsamen Positionen gefunden, die die französische Präsidentschaft in der europäischen Gemeinschaft im kommenden Halbjahr prägen werden. Dies wird ja ein Zeitraum sein, der für die Entwicklung Europas insgesamt von herausragender Bedeutung ist, weil an der Frage, ob eine Reform der europäischen Institutionen gelingt oder ob sie nicht gelingt, letztendlich auch die weitere Entwicklung der europäischen Gemeinschaft mit entschieden wird. Das gilt für den Osterweiterungsprozess genauso wie für die Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb dieser Europäischen Union.

Und wenn zwei Staaten, die so unterschiedlich verfasst sind - d. h. Frankreich traditionell, in Deutschland durch die alliierten Streitkräfte beim Aufbau Deutschlands nach den schrecklichen Ereignissen der Nazidiktatur und des Zweiten Weltkrieges vorgegeben, nämlich die föderale Struktur -, wenn also zwei unterschiedlich organisierte Staaten zu einer gemeinsamen Grundhaltung finden, dann gibt dies Hoffnung, dass wir nicht nur in der Institutionsfrage auf der europäischen Ebene in der Tat ein Stück weiter kommen und damit Handlungsfähigkeit erhalten oder auch an manchen Stellen wieder erlangen können. Diese gemeinsame Haltung gibt uns natürlich auch die Chance, eine fruchtbare Diskussion um eine gemeinsame europäische Grundwerteordnung zu führen, an deren Ende ein Grundwertekatalog und damit auch ein Aufgabenkatalog an die Europäische Kommission, an die europäischen Institutionen stehen wird. Aber eben auch

an die Nationalstaaten, was - insbesondere, dort, wo so verfasst - die Regionen und die Kommunen beinhaltet. Und das, denke ich, ist wichtig, weil wir den Begriff der Subsidiarität, der zwar in den Verträgen immer wieder betont wird, nicht aufgegeben haben, aber damit, dass er in diesen Verträgen immer wieder betont wird, ist ja letztendlich diese Frage nicht wirklich geklärt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir verstehen in Europa an unterschiedlichen Stellen sehr Unterschiedliches unter dieser Begriffsbestimmung. Mir scheint - nach der Rede des französischen Staatspräsidenten -, dass wir uns zwischen Deutschland und Frankreich darauf verständigt haben, dass diese europäische Union in der Tat nur eine Zukunft in ihrer neuen, erhofften, erwarteten Größe haben wird: wenn es gelingt, die Entscheidungen, die in Brüssel oder Straßburg getroffen werden müssen, auf das für das Funktionieren der Union Notwendige zu beschränken. Und wenn dann auf nationaler Ebene - was in Deutschland in vielen Fällen bedeutet: auf Länderebene - diejenigen Entscheidungen angesiedelt werden, die besser dort getroffen werden, wenn daneben auch der Begriff der kommunalen Selbstverwaltung - die uns besonders wichtig ist - in dieser Aufgabenverteilung eine gewichtige Rolle spielt, wenn also viele Entscheidungen der kommunalen Aufgaben tatsächlich diesen Ebenen zugeordnet werden, dann besteht damit auch eine wirkliche Zukunftschance für ein Europa, wie wir es uns wünschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Rede des Staatspräsidenten - die, wie ich finde, eine sehr wegweisende Rede gewesen ist - wurde auch deutlich gemacht, welche Bedeutung die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten für uns, die beiden Völker, aber eben auch für die gesamteuropäische Entwicklung, haben. Und es ist immer wieder betont worden, wie wichtig diese kulturellen Beziehungen sind, aber wir wissen auch, dass in den vergangenen Jahren trotz der guten Vertragslage zwischen Frankreich und Deutschland, trotz der guten freundschaftlichen Beziehungen auf den staatlichen Ebenen - gerade auch durch viele kommunale und auch sonstige Partnerschaften - so etwas wie ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist und wir an die Stelle des Bemühens umeinander so etwas wie Gleichgültigkeit haben walten lassen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass von französischer Seite wieder deutlich gemacht worden ist, es reicht nicht aus, den Rahmen in Form von Staatsverträgen sowie formal-formellen Begegnungen zu formulieren, sondern da muss etwas „Lebendiges“ drinnen sein. Und diese Lebendigkeit, dies zu erzeugen, ist - denke ich - unsere Aufgabe, ist die Herausforderung, der wir uns zu stellen haben.

Wenn Deutschland und Frankreich sich kulturell austauschen, wenn sie die Unterschiedlichkeiten bewusst wahrnehmen, um sie gegenseitig kennenzulernen und daran zu partizipieren, wenn sie aber auch die Gemeinsamkeiten herausarbeiten und betonen, dann ist dies auch eine Brücke, über die viele andere europäische Völker zu gehen vermögen, wo sehr unterschiedliche Grundorientierungen dann zusammen geführt werden, ohne die Vielfalt aufzugeben, sondern sie als eine Bereicherung zu begreifen. Insoweit bin ich natürlich froh über die Vorgespräche, die wir über viele Monate hinweg über die Deutsch-Französische Filmakademie geführt hatten. Am Montag dieser Woche fand in Berlin die konstituierende Sitzung dieser Filmakademie statt, die durch die Unterschriften des Staatspräsidenten und des Bundeskanzlers ins Leben gerufen worden ist.

Ich hoffe natürlich und habe von Anfang an mit meinen Gesprächspartnerinnen in Frankreich - zuerst Frau Trautmann, dann Frau Tasca - darauf hingewiesen, dass es gut

wäre, wenn wir in Deutschland hinsichtlich der Arbeit dieser Filmakademie auch aufnehmen könnten, was in der kulturellen Vielfalt des Föderalismus an Chancen und Möglichkeiten steckt. Deshalb hatte auch ich von Anbeginn Ludwigsburg ins Gespräch gebracht, weil ich mir sehr gut vorstellen kann, dass die Arbeit der Deutsch-Französischen Filmakademie über die Hauptstädte, über Berlin, über Paris hinaus in die Länder hinein wirken kann, damit deutlich wird: Kultur ist nicht nur das, was sich in den nationalen Hauptstädten abspielt, sondern sehr, sehr viel mehr. Ich hoffe also, dass wir diese Arbeit so mit Leben erfüllen, dass eine eigenständige europäische Filmkultur, eine eigenständige europäische Filmwirtschaft auch, gestärkt und weiter entwickelt werden kann, damit ein kulturelles Gegengewicht zu dem starken Einfluss amerikanischer Filmprodukte entstehen kann. Auch dort geht es mir nicht um ein „entweder – oder“; es geht darum, dass wir unsere eigenen kulturellen Erfahrungen auch auf diesem Gebiet praktisch umsetzen und damit eine größere kulturelle Vielfalt, mehr kulturellen Reichtum erzeugen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über solche Fragen reden, kommt es sicher auch darauf an, dass wir die breite Bevölkerung in diese kulturellen Überlegungen einbeziehen, Menschen unterschiedlicher beruflicher und gesellschaftlicher Herkunft. Hier kommt meines Erachtens dem Fernsehen eine große Bedeutung zu. Wir haben mit dem als europäischen Kulturkanal konzipierten Sender ARTE eine Chance, diese Breite zu erreichen. Deshalb ist es meine Hoffnung - und die Arbeit der nächsten Monate und Jahre wird der Umsetzung dieser Hoffnung gelten -, dass wir aus ARTE in Frankreich und in Deutschland ein Vollprogramm machen können. Im Zuge der Digitalisierung, die vor der Haustüre steht, werden die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sein. Außerdem sollte es uns auch gelingen, gerade auch bei jungen Menschen, die Fernsehprodukte anbieten - in Form von Fernsehspielen, von Dokumentationen und vielem anderen mehr -, anzuregen, französische und deutsche, deutsch-französische oder europäische kulturelle Themen aufzugreifen und möglichst so zu gestalten, dass über das Fachpublikum hinaus auch ein breiterer Zuschauerkreis an solchen kulturellen Angeboten Interesse findet. Ich habe beispielsweise angeregt, dass wir wechselweise mit Frankreich einen Förderpreis für Kulturschaffende, im Bereich des Fernsehspiels beispielsweise, ins Leben rufen; einen Preis, der so ausgestattet sein sollte, dass es sich lohnt, dann auch ein Drehbuch aus einer solchen Idee zu machen, also wiederum ganz praktisch zu werden.

Im übrigen denke ich, dass wir die technologische Entwicklung im Zusammenhang mit dem Fernsehen dazu nutzen sollten, dass ARTE mit Frequenzbreiten ausgestattet wird, die es ermöglichen, jeweils flächendeckend in der Originalsprache und in der Synchronisation der jeweiligen Landessprache auszustrahlen, um eben auch damit einen Beitrag zu leisten, die Sprachen zu fördern, und denjenigen ein muttersprachliches oder eben ein Angebot in der Sprache, in der man mithören und mitempfinden will, anzubieten.

Meine Damen und Herren, wenn ich dieses Stichwort „Sprache“ angesprochen habe, dann bin ich sicher bei einem zentralen Punkt der Herausforderung, der wir uns in Frankreich und in Deutschland gleichermaßen zu stellen haben. Es ist leider Realität, dass die Zahlen über diejenigen, die in Deutschland Französisch und in Frankreich die deutsche Sprache lernen, stagnieren bzw. tendenziell rückläufig sind. Auch wenn dies in

den grenznahen Bereichen etwas anders aussieht, gilt es doch für Deutschland und für Frankreich insgesamt. Wir haben deshalb im letzten Jahr unter anderem eine Werbeaktion durchgeführt – Frankreich und Deutschland gemeinsam -, um bei Schülerinnen und Schülern, bei Lehrerinnen und Lehrern, aber auch bei den Eltern für das Erlernen der Sprache des Nachbarn zu werben, und wir müssen solche Bemühungen intensiv fortsetzen. Es reicht dabei aus meiner Sicht nicht, wenn wir nur von staatlicher Seite immer mehr bilinguale Züge und deutsch-französische Doppelabschlüsse „Abi/Bac“ anbieten. Denn teilweise gibt es gerade hier in Baden-Württemberg, auch bei uns in Rheinland-Pfalz und an anderer Stelle entlang der Grenzen, sehr ordentliche Angebote, z. B. auch Französisch als erste Fremdsprache wählen zu können. Aber zumindest bei uns in Rheinland-Pfalz ist es so, dass viele dieser Klassen nicht über 15, 16 Schülerinnen und Schüler hinaus kommen.

Das zeigt, dass wir auch ein Nachfrageproblem haben, nicht nur ein Angebotsproblem. Nachfrage bei jungen Menschen muss man eben dadurch wecken, dass man Interesse am Nachbarn, an der direkten Verständigung, weckt, und deshalb ist es meine Hoffnung, dass die Jugendbegegnung, dass die Begegnung mit der Jugendkultur der Franzosen, umgekehrt auch der Deutschen, neben der sehr auf die englische Sprache bezogenen Jugendkultur einen Platz gewinnen kann. Dies geht, denke ich, nur durch persönliche Begegnung. Insoweit bin ich froh, dass auch an dieser Stelle der französische Staatspräsident die Überlegungen der vergangenen Jahre aufgenommen und ange-regt hat, dass wir pro Jahr 2000 derjenigen jungen Menschen austauschen sollten, die jeweils ein Jahr lang die Sprache des Nachbarn gelernt haben, um das Interesse hoch zu halten, um den Nachbarn auch persönlich kennen zu lernen, um mit der Partnersprache weiterzumachen. Und um diese jungen Menschen dafür zu gewinnen, ihrerseits wieder gegenüber ihren Gleichaltrigen und ihren Mitschülerinnen und Mitschülern als Wer-bende aufzutreten. Das scheint mir eine richtige Idee, die gut eingebettet werden kann in das, was das Deutsch-Französische Jugendwerk hinsichtlich der Jugendbegegnungen an Vorbildlichem leistet, was aber sicher ergänzt werden kann.

Meine Hoffnung und meine Bitte ist es, dass Städte-, Schul- und Hochschulpartner-schaften mit dazu beitragen können, solche Foren der Begegnungen anzubieten, um bei den jungen Menschen anzusetzen, denen wir erklären müssen, warum die deutsch-fran-zösischen Beziehungen im Rahmen der europäischen Entwicklung besondere Bezie-hungen bleiben müssen. Es wird nicht reichen, diesen jungen Menschen nur die ge-schichtliche Erfahrung der letzten hundert oder hundertfünfzig Jahre zu schildern. Wir werden ihnen deutlich machen müssen, dass sie auch ein eigenes Interesse – ein kultu-relles, aber durchaus auch ein wirtschaftlich-materielles Interesse – daran haben, diese Entwicklung lebendig zu halten, auch in den kommenden Jahren.

Ich denke also, es ist noch eine Menge leistbar hinsichtlich der überaus notwendigen Begegnungen auf der regionalen und auf der kommunalen Ebene. Ich bin überzeugt davon, dass der Karlsruher Vertrag, der regionale und kommunale Zusammenarbeit völkerrechtlich abgesegnet und in einen staatlichen Vertrag der beiden Nationen gegos-sen hat, so nicht zustandegekommen wäre, wenn nicht über viele Jahre die faktische Zusammenarbeit über die deutsch-französische Grenze hinweg schon vieles praktiziert hätte, was dann hinterher sanktioniert worden ist. Insoweit meine ich, sollten wir diesen Weg weiter gehen und deutlich machen, dass wir die besondere Nähe zwischen dem

Elsass und Baden, zwischen dem Elsass und der Pfalz, dazu nutzen, um die praktische Entwicklung der Zusammenarbeit immer wieder voranzutreiben und damit wieder neue Zeichen zu setzen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass dies in vielfältiger Weise geschieht, und ich möchte auch bei dieser Gelegenheit herzlich darum bitten, dass wir diese Wege weiter miteinander gehen, weil es auch Menschen gibt, die zunächst einmal fragen: „Was soll das Ganze?“; „Da begegnen sich bestimmte Gruppen von Menschen, und was haben wir davon?“. Wir können diese Menschen überzeugen, wenn wir ihnen deutlich machen, dass es eben sowohl eine schöne als auch gleichzeitig nützliche Sache ist, wenn beispielsweise Feuerwehren ihre Einsätze, Großeinsätze, miteinander abstimmen und sich gegenseitig unterstützen; oder wenn man im Bereich der Zusammenarbeit von Vereinen und Organisationen miteinander ein Fest feiert und an der französischen Kultur bei uns und umgekehrt partizipieren kann. Solche praktischen Beispiele brauchen wir, um zu überzeugen, um nicht am Ende wieder in diese Erstarrung im Wohlmeinen zurückzufallen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde, diese herausfordernde Aufgabenstellung, die sich die „Deutsch-Französischen Kulturgespräche Freiburg“ vorgenommen hat, nämlich die schwierigen Beziehungen zwischen dem Umland und den Städten, aber auch den Städten untereinander – und dies auch noch über nationale Grenzen hinweg – zu betrachten und Wege in eine gedeihliche Zukunft zu formulieren, diese Herausforderung anzunehmen, ist ebenfalls ein solcher praktischer Fall, konkret zu überlegen, wie das Zusammenleben der Menschen nachhaltig gestaltet werden kann. Ich denke, das ist ein Beitrag zur Alltagskultur, aber eben auch zur Freundschaftskultur zwischen Deutschland und Frankreich.

Vielen Dank deshalb, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie sich dieser Herausforderung in der Vergangenheit immer wieder gestellt haben und sich jetzt erneut stellen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

ERÖFFNUNGSVORTRAG / CONFÉRENCE D'OUVERTURE

Jean-Pierre Sueur

Quel projet pour la ville européenne ?

La ville européenne est en crise. Pourquoi ? Parce que ce modèle un peu théorique - je ne sais pas s'il a existé -, est aujourd'hui mis en question. Nous avons en France un gros problème, que vous connaissez aussi en Allemagne, qui est également important dans les nouveaux länder : c'est le problème des grands ensembles. On a construit, très vite, dans les années 50, 60, beaucoup d'appartements, dans des barres et des tours. Au début, c'était très bien parce que c'était l'accès à un logement tout simplement. C'était aussi l'accès à la modernité : une salle de bains. Mais il se trouve que, en trente, quarante ans, toutes les difficultés de la vie et de la ville se sont souvent concentrées dans ces quartiers de grands ensembles, si bien qu'en France nous avons aujourd'hui environ mille quartiers qui vont mal, très mal, et qui, si rien n'était fait pourraient devenir des ghettos. C'est un problème terrible. Et la question qui est posée est de savoir ce qu'il faut faire. Cela fait vingt ans qu'on mène en France ce qu'on appelle « une politique de la ville ». Dans le rapport, « Demain la ville », rédigé avec 25 spécialistes et acteurs de la politique urbaine, que j'ai remis au gouvernement français en 1998, nous avons choisi de mettre en cause un certain nombre d'aspects de cette politique de la ville. Et en particulier, certains aspects qui, partant de bonnes intentions, aboutissent souvent au contraire de ces bonnes intentions.

Je lisais ce matin un article sur Maurice Merleau-Ponti qui a magnifiquement démontré comment, quelquefois, en voulant faire de bonnes choses, on arrive au contraire. La politique de la ville, en France, a été une politique des quartiers. On a dit : « Voilà, ce quartier, il va mal, donc comme il va mal, on va le réhabiliter. » Et on a dit : « Pour bien réhabiliter ce quartier qui va mal, il faut d'abord le désigner. » Et on a multiplié les zonages. On a, en France, 2 800 zones dans la politique de la ville. On avait les ZAC, on a eu les ZUP (zones à urbaniser en priorité), on a créé les ZEP (zones d'éducation prioritaire), les zones urbaines sensibles (les ZUS), les ZRU (zones de redynamisation urbaine), les zones franches urbaines (les ZFU), etc. Moi, je ne suis pas partisan que l'on multiplie toujours ces zonages. Parce que les zonages ont des effets discriminants. On dit toujours que « c'est pour votre bien qu'on va vous mettre dans une zone ceci ou une zone cela. » Le Préfet dit : « Voilà, ce quartier va mal. On va faire quelque chose pour lui. » Les gens comprennent que le quartier va mal. Et ils se disent : « Si nous devons chercher une maison, un appartement, il vaut peut-être mieux aller ailleurs. » Après arrive le Ministre (excusez-moi, Messieurs les Ministres) qui dit : « Alors, ce quartier vraiment, il va très mal. On va le réparer. On va prendre beaucoup de mesures en faveur de ce quartier défavorisé. Et on va le réhabiliter. » Mais les gens comprennent, et s'ils ne le comprennent pas, les agents immobiliers leur disent : « Il ne faut surtout pas aller vivre là ». Et ainsi, les phénomènes de stigmatisation se développent.

Et puis, il y a eu l'évolution historique. Nous avons fait l'histoire de quelques barres, de quelques bâtiments : il y a trente ans, il y a vingt ans, aujourd'hui. Et nous avons vu

qu'au début il y avait une population qui était à l'image de la population française, et que petit à petit on est arrivé à une population qui était toujours plus en difficulté, pour beaucoup de raisons, et que les difficultés de la misère, du chômage, de l'insécurité, les problèmes de l'intégration, tout cela s'est cumulé. Et cela explique que ces quartiers soient désignés comme des quartiers qui vont mal et soient stigmatisés.

Par rapport à cela, je veux parler avec beaucoup de clarté. Je dis qu'il faut changer de politique de la ville, et qu'il faut une politique ambitieuse qui consiste à refaire ces quartiers. Les refaire ! C'est difficile de refaire un quartier. Et une question se pose : qu'est-ce qu'on va faire ? A la télévision française, on a vu récemment, à la Courneuve, l'implosion d'une très grande barre. Et Paul Chemetov a fait de belles explications à la télévision. Je l'ai vu. C'est toujours dramatique de démolir une barre. Il y a des gens qui sont contents, parce qu'ils se disent : « C'est une population qui va aller ailleurs. Et donc, nous n'aurons plus à faire face aux soucis et aux problèmes que cette population nous pose ». Mais les gens sont toujours là. Et c'est quelque chose de très dur que de voir en une seconde disparaître purement et simplement ce qui a été le logement, l'endroit où l'on s'est aimé, où sont nés les enfants, où des gens sont morts... enfin, la vie !

Je crois qu'il faut refaire les quartiers, mais que la démolition n'est pas une solution en soi. Et que, avant de démolir, il faut d'abord construire. Mais qu'il faut construire la ville européenne du futur en ne refaisant pas ce qu'on a fait il y a trente ans, et en repensant complètement la ville. C'est pourquoi je refuse, pour ma part, que l'on continue à faire en France ce qu'on a pris l'habitude de faire : dire qu'il y a d'un côté une politique de la ville et de l'autre côté une politique urbaine. Nous avons, en France, trois Ministères qui s'occupent de la ville. Le Ministère de la Culture s'occupe de la ville patrimoniale, de la ville historique. Le Ministère de l'Équipement s'occupe de la ville émergente, de la ville nouvelle. Et puis nous avons un ministère qui s'appelle le Ministère de la Ville, qui s'occupe de la ville qui se casse la figure. Je leur dis souvent : « C'est bizarre. Pour l'agriculture, vous ne mettez pas deux ministères, un ministère de l'agriculture qui va bien et un ministère de l'agriculture qui va mal. Pourquoi le faites-vous pour la ville ? »

A partir du moment où l'on dit qu'il va y avoir une politique spéciale pour une partie de la ville qui va mal, on commence à établir une discrimination et, sans doute, à créer des conditions pour, malheureusement, ne pas en sortir. Alors, nous avons fait un rapport où nous n'avons pas parlé seulement des quartiers qui vont mal, mais nous avons parlé de toute la ville.

La ville européenne est devenue, dans beaucoup de pays, une ville en morceaux, une ville en miettes, une ville que j'appelle une ville « patchwork ».

Regardez une ville d'aujourd'hui : vous avez le centre historique ; vous avez les faubourgs ; vous avez les périphéries verticales des grands ensembles. Et, en général, les grands ensembles sont coupés du reste, sont à côté. Il n'y a pas de lien, pas de transition. Vous avez la ville horizontale avec des quartiers pavillonnaires où il n'y a que des pavillons. Et qui s'étendent : c'est la même chose que pour les grands ensembles. Il n'y a que du logement et quelques équipements.

Et puis vous avez le campus universitaire qui est un peu plus loin. Et puis vous avez une zone d'activités qui est encore plus loin. Un parc industriel encore ailleurs. Une

technopole autre part. Et puis, une zone commerciale. C'est un gros problème en France, beaucoup moins en Allemagne, parce que vous avez eu, à cet égard, une sagesse que nous n'avons pas eue. Mais vous avez à l'entrée des villes françaises - toujours, partout, pour toutes les villes - une périphérie commerciale. Toutes nos villes sont belles, mais nous avons réussi à toutes les entourer toutes des mêmes espaces dans lesquels vous avez les mêmes magasins, les mêmes hypermarchés, les mêmes blocs, les mêmes parallélépipèdes, les mêmes pancartes, les mêmes tôles ondulées. Cette architecture standardisée est sans âme. Et, de surcroît, elle n'est pas territorialisée. C'est-à-dire que c'est la même entrée de ville commerciale à Lille ou à Marseille, à Strasbourg ou à Brest. Pourquoi ? Un penseur allemand qu'on a tendance à moins citer qu'on ne le fit autrefois, Karl Marx, avait prédit qu'un jour « le règne de la marchandise apparaîtrait sur le monde concret réel, sur l'espace géographique. » Eh bien, nous y sommes.

Et ce qui est remarquable dans les entrées des villes, c'est que les bâtiments sont des enseignes. C'est-à-dire que l'architecture est ainsi faite qu'il faut absolument qu'elle soit partout la même. J'ai déjà raconté environ deux cents fois cette histoire d'une personne qui est venu me voir dans ma ville – c'est une chaîne de restaurants. Et il m'a dit : « Monsieur le Maire, nous allons venir dans votre ville. » Je lui ai dit : « Bienvenus ». Et il m'a dit : « Mais j'ai deux choses à vous dire. Premièrement nous allons aller à l'extérieur de votre ville. » Je lui ai dit : « Pourquoi ? Vous dites que vous venez chez moi, et aussitôt après, vous me dites que vous allez à l'extérieur ? » Il m'a dit : « Parce que c'est le concept, et que le concept veut que ce type de magasin soit à l'extérieur ». Et ensuite il m'a dit : « Il y aura un toit vert en pente ». Et je lui ai dit : « Pourquoi un toit vert en pente ? » « Parce que m'a-t-il répondu, c'est le concept, et parce qu'il faut naturellement que ce soit partout pareil, pour que l'on reconnaisse le produit, la marque ». Je lui ai dit, « mais est-ce que vous vous êtes posé la question de savoir ce qu'il y aurait à gauche, à droite, devant, derrière cette construction ? » Il m'a dit : « Non. Ce n'est pas le sujet ».

Ne pourrait-on pas penser que dans telle ville, on pourrait construire autrement que dans telle autre ? Que l'on pourrait faire tel choix pour telle couleur, pour telle forme, pour telle architecture ?

Je me suis étendu un peu là-dessus. Je reviens à mon propos : les espaces commerciaux sont un type d'espace spécialisé, mono-fonctionnels, parmi d'autres espaces mono-fonctionnels. Je ne me satisfais pas de la ville en morceaux. Et je crois que puisqu'il faut refaire la ville européenne, il faut la refaire de telle manière que l'on cesse de spécialiser les espaces. Je rêve que l'on revienne à des conceptions où l'espace de l'habitation soit aussi l'espace du commerce, et soit aussi l'espace de la formation, et soit aussi l'espace de l'entreprise, et soit aussi l'espace des nouvelles technologies, et soit encore l'espace du sport, et l'espace de l'environnement. Qu'on arrête de disperser géographiquement les fonctions ! Je ne crois pas que c'est une utopie. Je crois que c'est l'une des conditions de l'urbanité, qui est un beau mot qui a été employé tout à l'heure par Monsieur le Maire de Fribourg, parce que *l'urbanité*, c'est un mot qui renvoie à l'urbanisme et aussi aux relations entre les êtres humains. Je crois donc qu'il faut refaire la ville, mais qu'il faut la refaire à l'intérieur d'elle-même, par un mouvement de régénération. Ainsi, dans une agglomération urbaine, on se proposera de distinguer peut-être cinquante opérations, et on « refera la ville », en partant de l'existant, mais en ayant

toujours le souci de la transition avec l'existant, de telle manière que l'on ne refasse plus de morceaux de villes sans rapport les uns avec les autres. La ville européenne de demain ne peut pas être seulement le retour à la ville européenne du passé. On ne refera pas au XXI^{ème} siècle l'urbanisme du XIX^{ème} ou du XX^{ème} siècle.

Qu'est-ce qui a caractérisé dans beaucoup de pays d'Europe l'urbanisme de la deuxième moitié du XX^{ème} siècle ? A mon sens, trois événements qui sont liés les uns aux autres : les grands ensembles, les grandes surfaces et le tout-automobile.

Les grands ensembles et les grandes surfaces vont ensemble. Quand j'étais enfant, j'habitais à Roubaix. Et il y avait une grande barre de logements sociaux dans un endroit qui s'appelait « Les Hauts-Champs ». Pourquoi « Les Hauts-Champs » ? Parce qu'il y avait, auparavant, une ferme qui était située sur un plateau, un peu au-dessus du reste. Et puis un jour, un grand industriel du textile, qui s'appelle M. Mulliez, a eu l'idée de construire un hangar. Il a dit : « Il faut un mode de distribution approprié pour les habitants des grands ensembles ». Les gens qui habitaient là sont venus se fournir là, et c'est ainsi qu'il a eu l'idée d'appeler ce magasin, « Auchan ». On est passé de la ruralité à la consommation de masse et à l'habitat de masse. Mais tout cela, ça marche ensemble. Et tout cela marche avec la voiture. Parce qu'on a finalement appliqué dans la République Française, mais pas seulement dans la République Française, deux paroles qui ont été dites par deux Présidents de la République de notre pays. L'un a dit qu'il fallait rendre les Français propriétaires de la France : ça a été la mode du pavillon individuel avec, partout, les mêmes thuyas. Tout le monde a des thuyas. Et on croît quelquefois que les immeubles, ce n'est pas beau, et que les pavillons, c'est beau. Mais, en fait, les quartiers pavillonnaires sont, souvent, d'une grande banalité et d'une grande uniformité. Ils relèvent trop souvent d'un niveau de l'architecture ou de l'urbanisme qui n'est pas forcément très élaboré. Il y a un manque de culture urbaine. L'autre jour, j'ai parlé avec deux cents enfants qui habitent justement dans des immeubles. Et ils m'ont tous dit : « On veut habiter dans des maisons parce que c'est mieux. » Mais ce n'est pas forcément parce que c'est haut qu c'est mal et parce que c'est bas que c'est bien. (Un article récent de Bruno Fortier, dans le journal *Libération*, est, à cet égard, très remarquable, ainsi d'ailleurs que son livre, *L'amour des villes*) Il faut faire très attention à ces stéréotypes. Il faut refaire la ville en pensant que l'on va faire de la nouvelle architecture, du nouvel urbanisme, que l'on ne va pas seulement répéter le passé.

Pour revenir aux trois paramètres, qui « fonctionnent » ensemble, les grands ensembles, les grandes surfaces et l'automobile, il est clair que le développement de la circulation automobile a été l'élément structurant de la ville européenne des trente ou quarante dernières années.

Un autre Président de la République Française a dit : « Il faut adapter les villes à l'automobile ». Cette phrase, on pourrait la graver en lettres d'or parce que je crois que s'il y a un programme qui a été appliqué, c'est bien celui-là... On a tout fait pour faire passer les automobiles dans des villes, et dans des villes qui n'étaient pas faites pour cela. Combien de quartiers neufs où les villes sont coupées en morceaux par des voies rapides ? Combien de tangentielles, de pénétrantes, d'autoponts, de trémies, de voies rapides de toute nature ? Qu'est-ce qui constitue une entrée de ville commerciale du type de celle dont j'ai parlé tout à l'heure ? C'est d'abord une route nationale. Il faut que

les magasins soient disposés de part et d'autre de la route nationale. On a distendu la ville à force de ne voir que l'automobile.

La ville d'Orléans, dont je suis la maire, est jumelée avec la ville de Münster, et je suis toujours fasciné quand je vais à Münster parce que je vois beaucoup de vélos. La première fois j'ai dit au maire : « Mais il y a énormément de vélos devant la Mairie. » Il m'a dit : « Mais vous n'avez pas tout vu. Il y en a autant dans le garage à vélo souterrain... ». Cela est tout à fait remarquable.

L'auto a beaucoup d'avantages. Mais elle a un inconvénient. C'est que, quand je monte dans mon auto, je suis dans une sorte de boîte qui me conduit à un endroit. Je suis dans une « bulle ». Je vois les gens au départ et à l'arrivée. Mais entre-deux, je ne rencontre personne. Tandis que quand je marche ou quand je fais du vélo, je retrouve l'urbanité.

Nous faisons en France des plans de déplacement urbain pour nous efforcer de repenser la ville au travers de nouvelles mobilités. Ce ne sont pas des plans contre la voiture. Ce sont des plans contre l'usage exclusif de la voiture, et contre l'usage inapproprié de la voiture, en particulier lorsque l'on veut qu'elle passe toujours partout. Nous essayons de trouver de nouveaux équilibres. Mais en même temps, nous sommes quelquefois gagnés par un peu de schizophrénie.

Il y a quelque chose qui se développe beaucoup en France, en matière cinématographique : ce sont les *multiplex*. Ce sont de grandes « boîtes », avec dix, vingt, trente salles de cinéma. Je me bats contre l'arrivée d'un multiplex dans mon agglomération. A vrai dire, j'ai essayé et je vais peut-être arriver à en faire un au centre ville, avec une architecture appropriée et bien adaptée. Mais en même temps, dans toutes les villes, on voit arriver ces multiplex à l'extérieur de la ville. Dans le même temps où nous nous battons pour des transports en commun modernes, par exemple des tramways. Si nous faisons un tramway, et si, sans considération de ce tramway, à trois ou à cinq kilomètres plus loin, s'installe une grande « boîte à chaussures » dans laquelle il y a dix ou vingt cinémas, alors nous menons deux politiques contradictoires, parce que ce multiplex, comme l'hypermarché, va être une « pompe à voitures », qui ira à l'encontre de la politique de transports en commun modernes que nous mettons en œuvre parallèlement.

Mais revenons à la ville européenne. Y a-t-il un modèle unique de ville européenne? Je ne le crois pas. Certes, je connais le stéréotype ou l'artéfact : la ville européenne d'un côté, la ville américaine de l'autre. L'Europe contre l'Amérique. Et je vois bien ce qui est la ville pseudo-californienne ou la caricature qu'on peut en faire. Mais ce n'est pas toujours une caricature. Orléans est aussi jumelée avec une ville américaine. Lors de mon dernier voyage dans cette ville, qui est dans le Kansas, le maire m'a dit : « Nous avons installé sur la place centrale de cette ville une statue de Jeanne d'Arc ». Je suis donc allé faire un discours en anglais pour inaugurer la *Place Jeanne d'Arc* et la statue de Jeanne d'Arc. Il m'a dit : « Vous savez, c'est le centre ». Mais j'ai constaté sur place que ce centre ville n'existait pas vraiment. Il n'y avait pas de centre. Il n'y avait, en un sens, que des périphéries. Il n'y avait que des voies immenses, deux fois deux voies, avec des quantités de choses de part et d'autre. Voilà, un modèle qui n'est pas le nôtre. Mais nous ne reviendrons pas, non plus, à la ville européenne classique. C'est pourquoi je crois que la ville européenne du futur (je pose cela comme hypothèse pour les débats que vous allez avoir dans les jours qui viennent) doit être multifonctionnelle, c'est-à-

dire faite d'espaces au sein desquelles plusieurs fonctions urbaines sont exercées indissociablement.

Deuxièmement elle doit être multipolaire. Je ne crois pas qu'on puisse continuer avec un système dans lequel il y a le centre, la périphérie et la banlieue. Parce que nous avons tous des collègues qui sont maires dans la périphérie et dans la banlieue, et qui nous disent : « Ils n'est plus possible d'installer tous les équipements culturels, tout ce qui est prestigieux, dans le centre, et de maintenir la périphérie et la banlieue dans un état second ». Et ils ont raison. L'une des mutations que l'on doit faire, en partant de l'existant, qu'il soit commercial, industriel, technologique, ou qu'il soit simplement de l'ordre de l'habitat, c'est construire des centralités nouvelles dans la ville, en dehors de la centralité principale. Je crois beaucoup aux villes multipolaires, c'est-à-dire reposant sur une pluralité de centralités, car c'est la seule alternative possible au système concentrique dans lequel on a le centre, les faubourgs, les banlieues, et les périphéries.

Troisièmement, je crois que la ville du futur sera la ville des nouvelles mobilités, parce qu'on se déplace beaucoup, et on se déplacera de plus en plus. Dans les politiques classiques dites « de la ville », en particulier en France, on a beaucoup mis en valeur le quartier. Un certain nombre de gens qui parlent des « quartiers », mais qui n'y habitent pas, ont dit : « C'est tellement bien ces quartiers, il y a tellement de vertus dans ces quartiers, qu'il faut qu'on y naisse, qu'on y meure, il faut qu'on y travaille, il faut qu'on y habite, il faut y implanter des emplois, il faut aussi qu'on y prenne aussi ses loisirs, etc. ». Cela est positif, bien sûr. Mais ne soyons pas simplistes. Et disons que cela peut aussi conduire à une sorte d'enfermement. La vie n'est pas comme cela. Et les citadins d'aujourd'hui, en particulier les jeunes, se sentent citoyens de plusieurs quartiers de la ville. Ils se sentent citoyens de toute la ville, et ils se sentent même citoyens de plusieurs villes. L'avenir est certainement dans les réseaux de villes. Il faut considérer, comme l'explique François Ascher dans son livre, *La République contre la ville*, que la mobilité est un facteur positif pour la ville du futur. Il faut penser l'urbanisme comme un urbanisme cinétique et non pas statique. Il faut intégrer le mouvement dans la conception urbaine.

Et puis, il y a d'autres questions. Aujourd'hui, dans un certain nombre de pays, 80% des gens vivent dans les villes. C'est le fruit de l'industrialisation, le fruit de l'histoire. Notre objectif doit-il être qu'en 2010, 85% des gens vivent dans les villes ? Et puis en 2015 90% ? Je ne le crois pas, car l'industrie, les services, le travail, les technologies du XXI^{ème} siècle sont différentes de ce qu'elles ont été dans les siècles qui ont précédé. La ville de la deuxième moitié du XX^{ème} siècle est fille de l'industrie, de la nécessité de concentrer la population là où il y avait des matières premières, là où il y avait des besoins de main d'œuvre, là où il y avait des voies de communication. Or, la plupart des entreprises que l'on crée aujourd'hui peuvent s'implanter partout. Et la délocalisation que l'on perçoit souvent comme une menace est aussi une chance, c'est-à-dire la capacité de localiser partout un certain nombre d'activités, si bien que je crois que ne plus être aussi sûr que la métropole, la grande ville, l'immense ville ait à être le projet du futur. On peut aussi promouvoir un aménagement plus équilibré du territoire.

Il y a là beaucoup de projets et beaucoup de débats qui nous rassemblent, et je suis très heureux que des colloques comme celui-ci aient lieu pour que nous puissions échanger et construire. Je rêve que les villes européennes du futur soient riches de leur

diversité, dans la manière dont elles conjugueront tous les facteurs. Je rêve aussi qu'elles soient le retour à la citoyenneté, à plus de démocratie, ce qui veut dire que dans certains pays, comme la France, il faut penser la démocratie à tous les niveaux : le quartier, la commune mais aussi l'agglomération, puisque beaucoup de projets ne peuvent être menés à bien qu'au niveau de l'agglomération. Et puis, je crois qu'il faut affecter beaucoup d'argent dans des délais assez rapprochés pour refaire les villes avec une formidable ambition. On a trop souvent manqué d'ambition. Il faut tirer ce sujet vers le haut. Et puis, il faut cesser de se référer toujours à des images en vertu desquelles la ville serait toujours la métaphore de tout ce qui va mal.

Si vous annoncez que vous travaillez sur la ville, on pense toujours que vous allez parler de drogue, d'insécurité, de précarité, de chômage, de tout ce qui va de travers, de tout ce qui ne va pas. La ville n'est pas considérée comme le symbole du bonheur, et à cet égard je me permettrais même d'interroger quelques idéologies. Est-ce que le bonheur c'est le village ? Est-ce que le bonheur c'est la nature ? Moi, je suis très interrogatif. Dans mon conseil municipal, dans ma majorité municipale, il y a les écologistes, les Verts, et nous travaillons bien. Mais nous travaillons ensemble sur ce que nous appelons « l'écologie urbaine ». Je ne crois pas que l'avenir de l'humanité soit dans une certaine conception où l'on donnerait comme modèle à l'humanité la nature sans l'homme, comme si l'homme était un gêneur, un pollueur qui, quoi qu'il fasse, abîmerait ou porterait atteinte à une sorte d'entité pure qui s'appellerait la nature : pour la bonne raison que cette nature sans l'homme, je ne la connais pas. Personne ne peut la connaître : elle n'existe pas. C'est un concept qui n'existe que parce que l'humanité peut concevoir quelque chose d'aussi abstrait. Nous vivons cela tous les jours, lorsque nous avons beaucoup d'ambitions pour nos villes. Si vous faites un pont sur un fleuve aussi magnifique que la Loire, vous vous heurtez à beaucoup d'oppositions. Or, on peut tout à fait faire des choses qui soient belles et que l'œuvre de l'homme peut aussi s'harmoniser avec le paysage naturel ou plutôt constituer, avec la nature, un nouveau paysage qui soit, œuvre de l'homme et œuvre de la nature. La ville est à la fois culture et nature.

Et puis certains disent : « Mais les villes se font toutes seules. Laissez-les vivre ». Je suis, pour ma part, opposé à cette conception un peu simplette du libéralisme urbanistique. Je crois que la ville, la nouvelle urbanité, c'est forcément la liberté. Les villes sont les fruits de milliers et de millions de décisions individuelles. Chacun est acteur de la ville par les décisions qu'il prend. Mais, en même temps, je ne crois pas à une ville qui ne serait pas guidée, orientée par un dessein, par un projet. Et si je regarde l'histoire de Venise, de Berlin, de Barcelone, de Paris, de Marseille etc., je constate qu'elle a toujours été un dialogue entre la liberté, la démocratie et la capacité de maîtriser le cours des choses et d'avoir un projet en vertu duquel on invente les formes urbaines du futur. Alors, j'espère que nous allons ensemble inventer les formes urbaines de demain et que nous allons, ce faisant, en donnant tous les moyens qu'il faut à cette formidable ambition, être fidèles à la si belle parole de Hegel que vous avez citée, Monsieur le Maire. « L'air de la ville rend libre » et que c'est notre liberté qui est en jeu dans la quête de cette nouvelle urbanité.

GRUSSWORT

Jean-Marie Bockel

Tja, Rolf, wir sind jetzt müde. Was kann ich noch sagen, nachdem Jean-Pierre Sueur so gut gesprochen hat, wie ich finde. Liebe Freunde aus Freiburg, Herr Minister, chers amis, wir sprechen heute abend nicht über die Tour-de-France-Etappe zwischen Freiburg und Mulhouse oder über Fußball. Herr Chirac hat in Berlin sehr viel über Fußball gesprochen (ich war mit unserem Präsidenten in Berlin), aber nicht nur über Fußball, auch über Europa, Deutschland und Frankreich, und ich glaube, es war sehr wichtig und sehr gut.

Que vous dire de plus ce soir, sinon que nous essayons ici de part et d'autre du Rhin... et j'ai pensé en écoutant Jean-Pierre alors qu'ici à Freiburg vous êtes tout à la fois tellement une ville du Sud-Bade et, malgré tout, tellement une ville allemande, que nous, à Mulhouse, nous sommes tellement une ville alsacienne, mais tellement française aussi par, à la fois, tout ce qu'on a pu construire de bien et de moins bien. Bref, je veux dire par là que le Rhin est pour nous beaucoup plus un lien qu'une frontière, mais nous avons tout de même des cultures différentes qui nous enrichissent et donc, en tant que villes, nous avons beaucoup de choses à nous dire sur les transports urbains par exemple. Tu en parlais : ici, la tradition est complètement différente, et avant de nous engager dans cette démarche de tramway, de reconquérir une nouvelle mobilité, nous sommes allés en Allemagne. Mais il vous arrive aussi de venir voir chez nous ce que nous faisons.

Bref, cette Europe des villes „ en réseau “, aussi avec nos amis suisses, nous sommes en train de la bâtir au quotidien. Nous le faisons dans les grandes conférences, nous le faisons dans des échanges culturels, nous le faisons dans des moments forts comme ce soir, nous le faisons aussi au quotidien, à travers nos agences sur l'énergie, à travers nos conseils municipaux communs, à travers nos échanges aussi sur les questions pas seulement culturelles, mais aussi sociales. Je crois que, ce faisant, nous profitons de notre proximité et de nos différences pour enrichir aussi cette nouvelle urbanité. Nous le faisons avec beaucoup de modestie parce que nous savons bien qu'aujourd'hui toutes ces questions sont très complexes et que, lorsqu'on est maire depuis un certain temps (Jean-Pierre et moi, nous avons une certaine expérience, mais pas encore celle de Rolf), eh bien, nous sommes autant riches de nos réalisations, de nos réussites que de nos erreurs. En écoutant d'ailleurs Jean-Pierre, je me suis dit : „ Ah oui, là, même nous, bon, il y a des erreurs du passé “. Il y a aussi nos erreurs. Nous devons aussi avoir par rapport à ce monde qui change très très vite la capacité d'analyser ses erreurs que parfois nous avons poursuivi, que parfois de manière de pouvoir en tirer tous les enseignements et de manière à réussir cette ville humaine que tu as si bien décrite.

Je ne veux pas faire une deuxième conférence. Vielen Dank.

Encore un mot. C'est l'Institut Français qui co-organise cette soirée. Pendant le voyage à Berlin, tu me l'avais demandé, j'en ai parlé aussi avec quelques responsables français, et je sais, Rolf, que tu es en discussion aussi avec M. Pierre Jean Gougeon, que la ville

de Fribourg d'ailleurs fait des propositions pour aider, elle aussi, à ce que cet Institut perdure. Je ne suis pas ici en capacité de faire des annonces, mais j'ai eu le sentiment que notre affaire était en bonne voie. Et c'est surtout parce que vous avez, tu as bien travaillé ; l'Institut aussi par son travail magnifique sait se montrer convaincant.

Alors continuons ce bon combat et encore plein de succès à ces „Correspondances“.
Das ist auch für uns, glaube ich, sehr wichtig. Vielen Dank.

SCHLUSSWORT

Klaus von Trotha

Guten Abend, meine Damen und Herren,

Sie sind schon mehrfach im Laufe dieses Abends so würdevoll und honorig begrüßt worden, dass ich das nicht wiederholen will, und ich begrüße nun nur noch die, die sich noch nicht hinreichend begrüßt fühlen. Ein amerikanischer Botschafter, der zurück in die Staaten ging (es war Richard Burt) wurde danach gefragt, was ihm denn von Deutschland am meisten in Erinnerung bliebe, und da hat er gesagt: „Die Geduld der Deutschen, viele Reden anzuhören“. Ich bitte also schon vorab um Geduld, wenn auch ich Ihre Aufmerksamkeit noch ein paar Minuten in Anspruch nehmen will. Einer muss der letzte sein – ich bitte um Nachsicht.

Aber glauben Sie mir auch: es ist mir eine große Ehre und ein Vergnügen überdies, Ihnen zur Eröffnung der 3. Deutsch-Französischen Kulturgespräche die Grüße unseres Ministerpräsidenten zu überbringen, nachdem er ja zu den Mitinitiatoren dieser Gespräche gehört hat. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, ich sei hier in Freiburg kein Unbekannter. In der Tat: ich komme sehr, sehr gerne in diese wundervolle Stadt, und es gibt ja auch von meinem Ressort her viele Gründe, oft hier zu sein, und ich nutze sie gerne aus. Im übrigen gilt ja für Südbaden das, was Goethe einmal so formuliert hat: „In keinem anderen Land strahlt die Sonne heller und der Himmel blauer als hier zwischen Rhein und Reben“. Das werden wir heute abend nicht mehr so richtig feststellen können, aber von den Reben und ihrem Nutzen werden wir noch profitieren, und wenn ich recht sehe, sind wir relativ nahe dran.

Ich möchte aber auf jedem Fall der Stadt Freiburg und stellvertretend Ihnen, lieber Herr Oberbürgermeister, für die Initiative der Deutsch-Französischen Kulturgespräche sehr danken. Wir haben heute abend so viel Kluges, Gutes und Nachdenkliches über die Städte, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft gehört, dass in mir langsam die Überzeugung gewachsen ist, ich sollte dazu nicht auch noch ein Referat halten. Ich bin auch dazu bereit, unter der Voraussetzung, dass Sie nachher nicht zu dem Fehlschluss kommen, der Landesregierung würde zur Zukunft ihrer Städte nichts einfallen, und dass wir nicht mindestens auch drei Ministerien in diesem Land hätten, die sich um die Zukunft dieser Städte kümmern wollen.

Ich möchte aber dennoch gerne sagen, wie sehr ich mich freue, dass es ein solches Forum für einen Dialog gibt, der vor allem den Städten und Gemeinden auf beiden Seiten des Rheins die Gelegenheit zur Korrespondenz, zur „Correspondance“ und zum Austausch von Eindrücken und Erfahrungen, von Informationen und Argumenten bietet, ausgehend von einem interdisziplinären Ansatz (wenn man das Programm anschaut), der überdies durch eine vergleichende deutsch-französische Perspektive meines Erachtens seinen ganz besonderen Gewinn bringt.

Der amerikanische Soziologe Daniel Bell hat einmal die These aufgestellt, heute sei der Nationalstaat für die großen Probleme zu klein und für die kleinen Probleme zu groß. Mit den großen Problemen meint er beispielsweise den Umweltschutz, mit den

kleinen Problemen etwa die Identität, so wie sie in Städten und Gemeinden zum Ausdruck kommt.

Ich denke, an dieser These ist viel Wahres. Tatsächlich verliert ja der Nationalstaat heute im Grunde aufgrund von zwei Entwicklungen an Bedeutung: zum einen aufgrund der Globalisierung und der Internationalisierung und andererseits aufgrund der wachsenden Bedeutung der Regionen und des zunehmenden Selbstbewusstseins der Städte und Gemeinden.

Und damit ist vielleicht auch schon die Zielrichtung angesprochen, zu der ich nur einige wenige Wörter sagen möchte, nämlich die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit mit unseren französischen Nachbarn. Die Deutsch-Französischen Kulturgespräche, die in diesem Jahr ja immerhin eine fast vierjährige Tradition haben, fügen sich meines Erachtens in idealer Weise in diese Kooperation ein, die aufgrund der Geschichte und der geographischen Lage von Baden-Württemberg ja ein zentraler Bestandteil der Europapolitik unseres Landes ist. Ein überzeugender Nachweis dafür, dass wir es ernst meinen, mag vielleicht die Entscheidung unseres Parlaments sein, die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als staatliches Ziel in die Präambel der Landesverfassung aufzunehmen.

Und welches Feld könnte sich besser für eine Kooperation mit Frankreich eignen als Kunst und Kultur? Es gibt einen wunderschönen Satz von einem Mann, bei dem Sie ihn vielleicht nicht unbedingt vermuten würden, den ich aber gerne unseren französischen Gästen mit auf den Weg geben würde. Thomas Jefferson hat einmal behauptet, jeder Mensch von Kultur habe zwei Vaterländer: das seine - und Frankreich.

Aus den vielfältigen Vorhaben in Kunst und Kultur, die bereits grenzüberschreitend durchgeführt werden, möchte ich beispielhaft nur für das Oberrheingebiet hier nennen:

- den Oberrheinischen Museumspass, auch wenn er noch nicht ganz so angenommen wird, wie wir es uns gewünscht hätten
- den kontinuierlichen Austausch in der bildenden Kunst zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass (dazu haben wir eine besondere Vereinbarung mit dem französischen Kultusministerium und der Präfektur der Region Alsace abgeschlossen – das war für mich ein unvergesslicher Augenblick)
- und in diesem Jahr wird die Ausstellung „Werke südwestdeutscher Gegenwartskunst“ aus dem Besitz des Landes Baden-Württemberg auch im Elsass präsentiert, und zwar in fünf oder sechs Städten und auch auf Schloss Lichtenberg.

Seit 1993 koordiniert das Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg die Forschungsgruppe „Interkulturalität in Theorie und Praxis“, in der die Universitäten des Oberrheins interdisziplinär zusammenarbeiten, und der Forschungsverbund wurde im vergangenen Jahr – und das finde ich eine gute Entscheidung – in die „Europäische Konföderation der oberrheinischen Universitäten“ (EUCOR) eingebracht. Und nicht zuletzt zählen hier die Deutsch-Französischen Kulturgespräche selbst mittlerweile ja zu denjenigen Projekten, die einen festen Platz im Rahmen der grenzüberschreitenden kulturellen Zusammenarbeit innehaben.

Und neue Möglichkeiten und Perspektiven tun sich auf. Ich denke hier an den Beitrag, den unsere Filmakademie zur deutsch-französischen Filmakademie leisten soll und sicherlich auch leisten kann. Als zuständiger Ressortminister war ich natürlich stolz, als

ich das aus dem Munde unseres Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten hörte. Leider haben sich die beiden Herren nicht mit dem gleichen Elan der Frage der Finanzierung zugewandt. Nachdem ich von Ihnen, Herr Ministerpräsident Beck, erfahren habe, dass Sie bei den Details der Verhandlungen dabei waren, werde ich mir erlauben, bei einem Glas Wein nachzufragen, ob Ihnen vielleicht darüber etwas Brauchbares bekannt geworden ist.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen hier vielleicht noch eine Anregung mit auf den Weg geben, aus der Zeit, als unser Ministerpräsident Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für die kulturellen Beziehungen mit Frankreich war, nämlich die Überlegung, die Gründung einer deutsch-französischen Kulturakademie zu erwägen (und das hat ja während der Gipfelkonsultationen 1997 und 1998 zu intensiven Diskussionen geführt); meines Erachtens auch ein interessantes Vorhaben. Aus Berlin gab es ja einige ermunternde Worte dazu zu hören; und ich habe sehr aufmerksam wahrgenommen, wie Sie sie registriert haben und darf Ihnen vielleicht noch einmal ans Herz legen, darüber nachzudenken, ob das nicht vielleicht ein zu förderndes Projekt sein könnte.

Meine Damen und Herren, am Vorabend der Debatte in der französischen Nationalversammlung 1954, als es um den französischen Verteidigungsvertrag ging, formulierte Konrad Adenauer: „Europa, das war einst ein Traum von wenigen; es wurde zur Hoffnung von vielen und ist heute eine Notwendigkeit für uns alle“. Ich glaube, wir haben seitdem einen riesigen Schritt voran gemacht. Europa ist heute, allgemein anerkannt, eine Notwendigkeit, aber es ist viel mehr: es ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Und dies schließt freilich nicht aus, dass immer wieder einer "Pioniergruppe", um die Vokabel des französischen Präsidenten aufzunehmen, oder um es in den Worten Delors‘ zu sagen: einer "Avantgardegruppe" bedarf.

Zu dieser Avantgarde zähle ich auch die Deutsch-Französischen Kulturgespräche, und ich bin sicher, dass sie dies auch in den kommenden zwei Tagen unter Beweis stellen werden. Herzlichen Dank.

Plenarvorträge / Conférences publiques

(Freitag, 30. Juni 2000)

Paul Chemetov

La fabrique des villes

Je vais vous parler, dans cet échange qui porte sur « La ville, forme de vie européenne - Stadt als europäische Lebensform », de « La fabrique des villes ».

Pourquoi ce titre ? Peut-être parce que j'avais, il y a une dizaine d'années, écrit un petit livre, qui portait le même nom. Ce titre est ambigu : il évoque cette production permanente qui, de tous temps, a été celle de la formation des villes et évoque aussi par le mot de fabrique, l'idée d'un grand fabricant, d'un grand demiurge, d'un bonhomme barbu, un peu divin, qui saurait, lui, fabriquer les villes. Et quelquefois on appelle ce géant barbu du nom de l'architecte, ce qui donne lieu à une quantité de mécomptes et d'incompréhensions. Je vais donc parler de la fabrique des villes comme si l'architecte n'existait pas ou peu et essayer de parler de l'extérieur de ma profession.

Et pourtant, quand je me retourne sur mon expérience, je me rends compte que tout au long des dizaines d'années que j'ai consacrées, déjà, à ce métier, je n'ai cessé de travailler dans cette jointure très curieuse entre la géographie, le territoire, l'action politique, le travail architectural que ce soit dans des situations de périphérie parisienne, ou comme conseil de la ville de Marseille et de celle de Vienne, dans l'Isère (pas Vienne en Autriche), pour essayer de transformer (certes par une action bâtie, mais tout autant par une action réfléchie, par une action de discussion avec les instances politiques, avec ceux qui habitaient ces villes) cette situation vivante, qui semblait se dérober sous nous.

La première réflexion que l'on peut se faire sur cette fabrique des villes, est que le premier fabricant dont il faut reconnaître l'existence, est vraiment le temps : temps pratique de l'action, temps nécessaire à toute réflexion qui théorise une pratique, et temps historique, temps humain ou temps culturel. Eh bien, c'est sans doute cette crise récente du temps et du temps appliqué à la ville qui ravive une partie des mots employés et des solutions proposées comme des réflexions que je vais tenter de faire devant vous, en sachant que je vais parler d'un point de vue français. Et quand on est ici à Freiburg im Breisgau, on est quand même dans une situation toute différente de la France. On arrive ici comme dans un conte de fées (excusez-moi) où l'on voit pousser des vignes dans la rue principale, où l'on voit des jeunes filles, sortant de l'Université, monter sur leurs vélos et aller à la gare. En comparaison, la France a l'air d'un film de série noire – dans les descriptions qu'on en fait officiellement, dans les politiques que l'on applique... Et pourtant, cette image projetée de nous-mêmes sur nous-mêmes entre en contradiction avec l'image que toute l'Europe se fait du bonheur de vivre en France. Et c'est de cet écart et de sa résolution dont je voudrais parler.

Historiquement, cette fabrique des villes, ce *grand laboratoire de l'humanité* dont parlait Karl Marx, philosophe allemand, s'est toujours accomplie dans un très grand désordre. Je crois que la pire des choses, pour parler du présent, est de mythifier le passé. La question du logement, la question urbaine ont toujours donné lieu à une accumulation de l'insupportable : lisez les descriptions de Londres au XIX^{ème} siècle, lisez les enquêtes sanitaires sur Paris et la France au début de ce même siècle, voyez même l'état des bidonvilles en France : les derniers ont été détruits dans la région parisienne au début des années 70. C'est-à-dire qu'on a toujours tenté de remédier à ce grand désordre par une mise en ordre, par des plans d'embellissement, par des projets de ville idéale dont très peu s'accomplissaient... Certes, pas très loin d'ici il y a Karlsruhe, mais c'est tout de même la vision d'un souverain organisant la scène de son théâtre urbain. Le plan de Versailles est encore plus autocratique que celui de Karlsruhe qui a au moins le mérite d'être radioconcentrique. Mais Versailles est antérieur à Karlsruhe, l'Europe des Lumières est passée par là. Au fond, tous ces plans d'embellissement ou de rationalisation supposent, dans le milieu de leurs auteurs, princes, architectes ou ingénieurs, penseurs de la ville, physocrates ou ploutocrates, une culture et une pensée communes sur la mémoire, sur l'histoire, sur les symboles et sur les formes.

On peut dire (en France, tout au moins, et aussi en Allemagne, mais d'une façon différente) que les désastres de la guerre, les moyens militaires mis dans la guerre ont donné au lendemain de la guerre l'idée que par des moyens militaires, par les mêmes moyens que ceux de la guerre, on pouvait résoudre la question urbaine. La guerre avait pour beaucoup détruit les villes, donc à la façon dont on les avait détruites, on pouvait peut-être les reconstruire avec les mêmes méthodes, la même organisation et le même cynisme. Et à une négociation cultivée (et ce n'est pas la peine de citer le nom de tous les théoriciens du XIX^{ème} siècle jusqu'à Camillo Sitte) a succédé, l'idée que la vitesse et la performance étaient les valeurs dominantes qu'il fallait appliquer au territoire. Et pour que ça aille vite et pour que ça soit performant, il fallait en quelque sorte rendre ce territoire homogène. On gommait les aspérités, on gommait les différences.

Dans l'ordre anecdotique, c'est dans ces années-là, dans les années 50 en France (et c'est d'autant plus amusant pour vous qui avez des *Bächle*, des petits ruisseaux dans la ville) qu'on a tubé, c'est-à-dire mis dans des égouts les petites rivières de la région parisienne parce que c'était désordonné, ça empêchait que le terrain soit plat, et les grands ensembles du Nord de Paris, à La Courneuve, à Saint-Denis, à Pantin, ont été construits sur des terrains rendus simples par la disparition du Ru de Montfort et du Croux (je donne les noms de ces petites rivières pour ceux qui aiment la toponymie). Au fond, l'illusion technique a remplacé l'utopie politique, et si j'emploie à dessein ces deux mots en comparaison, c'est que dans la situation très particulière de la France, à la suite de la défaite de 1940, au travers de la révolution nationale et de Philippe Pétain, les anciennes élites françaises, élites notables certes (la République des Notables, comme le disait Halevy), ont été remplacées par les gens, en principe apolitiques, dont on avait besoin pour déblayer les ruines, rétablir les routes et les ponts, bref : un milieu technique, voire technocratique.

Jamais avant cette période en France, l'administration n'avait été aussi performante, aussi puissante, aussi édictante. On peut dire que la majorité des textes comme des systèmes d'organisations qui ont régi l'après-guerre en France et qui continuent (il y a la

décentralisation, mais depuis très peu) à régir notre cadre de pensée, notre cadre d'action, est née de cette réaction technocratique et de ce déclin du politique dans la reconstruction des villes françaises.

Je vais vous lire deux citations, l'une de Gropius, et l'autre de Tocqueville, pour comprendre que les situations ne sont jamais pures. Walter Gropius écrit : « La machine est et demeure le pionnier de la démocratie qui est le but suprême de nos espoirs et de nos vœux. L'architecture de notre temps ne devrait pas avoir de tâche plus importante que d'utiliser dans toute la mesure cet instrument moderne ». Certes, le temps des pyramides est révolu et on a tous envie du confort le plus moderne – des ascenseurs, de l'eau chaude et des baignoires –, mais Gropius qui était un homme d'une grande élévation de pensée peut-être n'écoutait pas ce que Alexis de Tocqueville avait écrit quelques années avant lui sur la démocratie en Amérique : « La démocratie ne fait pas seulement pénétrer le goût des lettres dans les classes industrielles, elle introduit l'esprit industriel au sein de la littérature ». Et c'est bien la question de cette reconstruction technique, de cette mise à l'écart du politique comme du culturel qui a été singulière en France, et pour des raisons particulières à notre pays.

Jusqu'aux années 30, la France est encore un pays rural, la moitié de la population est composée de paysans. Il n'est pas besoin de se référer aux travaux de Marc Bloch pour le savoir, mais c'est mieux de solliciter son autorité pour affirmer ce fait pourtant connu de la statistique. Et après-guerre s'impose la nécessité d'une marche forcée, par les moyens que j'évoquais, pour transformer ce pays contre ses structures politiques rurales : 36.700 communes, un mode d'élection qui favorise la ruralité au travers du Sénat où le monde rural est surreprésenté : comment peut-il s'intéresser aux villes ?

Dans cet écart politique il était extrêmement tentant, dans les « trente glorieuses », d'appliquer des méthodes militaires, sous l'autorité d'un général, pour, avec brutalité, rapidité et efficacité, urbaniser la France. Et on l'a fait, et le grand débat qui opposa dans les premières années de l'après-guerre Pléven, ministre des Finances, et Mendès-France, portait sur : où fallait-il investir ? Dans le réseau automobile ou dans l'habitat ? Je parle de l'habitat, non pas du logement, pas du logement en tant qu'empilement de quantité (on appelle ça des cellules). L'habitat est toute autre chose que le logement. Ce sont les services, les services publics, les transports, c'est la localisation, c'est ce qu'on appela bien plus tard « l'environnement ».

Ce choix a été tranché dès 1947 en France, et à ces villes en réseaux, dont on parlait hier, et qui étaient, semble-t-il, la caractéristique du modèle européen, de la *Lebensform* européenne, on a superposé en France un réseau, mais sans les villes. Et ce réseau est d'une efficacité absolue : les autoroutes, le TGV – je ne parle même pas des réseaux les plus récents (je vais y revenir plus tard), ces réseaux de communications dites immatérielles.

On est arrivé à une transformation profonde et rapide du modèle ancien français, du modèle rural et notabiliaire français. Nous sommes un pays moderne, certes, un pays efficace, certes, un pays productif, certes, un pays toujours beau, toujours ancien, certes, mais qu'on a acculé, dans cette trop rapide mutation, à une crise urbaine certaine. Et ce qu'il y a de curieux, c'est qu'à cette crise urbaine, on y a répondu très tôt, dès les années 80, en France à l'initiative de Dubedout, maire de Grenoble, ingénieur de son état qui, un jour, ne trouvant pas d'eau dans sa baignoire, pense que la ville va mal, que la muni-

cipalité va mal et qu'il est temps de prendre le contrôle de cette ville, ce qu'il fait avec efficacité. Il avait fait travailler de nombreux jeunes gens, j'en étais, à la transformation de cette ville, dans un quartier modèle, rêvé, la Villeneuve de Grenoble dont on peut maintenant faire l'histoire et voir la part d'inaccompli. Et ce qu'il y a de volontaire dans toute transformation ne suffit pas à récupérer l'épaisseur sociale et temporelle nécessaire à cette transformation. Mais, pour répondre, il y a une vingtaine d'années, à l'apparition d'un début de crise urbaine en France (réaction normale à une transformation rapide), on a appliqué des méthodes de dame-d'œuvre, de charité publique, exactement comme la condition ouvrière et la question sociale au XIX^{ème} siècle avaient suscité à une politique philanthropique, une politique d'ouvroirs. Par la même pente et la même bonne volonté, on croyait guérir ce qui était d'une toute autre nature, par le traitement des seuls quartiers pauvres et le traitement des seuls pauvres dans ces quartiers. Evidemment on a quelques mécomptes dans cette transformation. Mais j'y reviendrai plus tard, en conclusion.

Je voudrais repartir sur l'analyse que je faisais de la politique des réseaux en France, parce que la France est un pays de grande théorisation qui prétend à l'universalité de toutes ses expériences, de tout ce qu'elle fait, et à la théorisation de toutes ses expériences pour une application universelle. Et ce constat de la situation française, dont j'ai présenté le versant noir dans ces quartiers pauvres, a son versant blanc, les réseaux généralisés, cette vitesse et cette performance appliquées, c'est-à-dire ce remplacement de la négociation politique, de la négociation civique, bref de la démocratie par l'efficacité technicienne, sous-tendue par l'idée que les prothèses des réseaux, leurs poumons artificiels, leurs veines artificielles pourraient faire fonctionner, malgré tout, dans de nouveaux temps modernes, ce vieux pays, « ce cher et vieux pays », comme disait notre Général. Et il y a, depuis quelques années, en France une théorisation de ce modèle de développement possible. On a appelé ça la *ville émergente*, et comme on m'a donné, à cette tribune, pour accompagner et faire passer un flot de paroles, de l'eau émergente aussi, légèrement gazeuse, on peut penser que ce slogan de *ville émergente* est extrêmement attirant : c'est moderne, c'est stimulant, c'est pétillant... Que ce soit Apollinaris ou Perrier, c'est l'accompagnement naturel de cette euphorie de la société de consommation, de ces trop bon repas que nous faisons tous ensemble. Donc ce slogan de *ville émergente*, avant même qu'il soit vérifié, théorisé, travaillé, s'est imposé comme une évidence dans le petit monde français, et je pense que M. Dondoux, secrétaire d'Etat chargé du Commerce Extérieur, va proposer à l'Europe, au monde entier peut-être ?, d'acheter nos théories de la *ville émergente*.

Cette idéologie de la *ville émergente*, si on en parle avec un peu plus de sérieux que je ne le fais, consiste à dire que la consommation accélérée de l'espace après la consommation accélérée du temps, ou, autrement dit avec un temps accéléré comme condition de consommation d'espace, permet, en introduisant ces nouvelles variables de répondre aux questions, qui se posent dans l'expansion urbaine, dans la transformation urbaine. Il y a une fuite en avant à l'horizontale. Et l'on peut constater par rapport à Chombard de Lauwe qui étudiait dans les années cinquante les trajets à bicyclette d'une jeune fille du XVI^{ème} arrondissement de Paris et mettait en valeur son réseau de relations que les mêmes enquêtes sociologiques des années quatre vingt sur la région marseillaise montrent que les gens vivent avec leur voiture dans un périmètre étendu d'une

centaine de kilomètres et font leurs courses dans tel supermarché, vont au cinéma dans tel multiplex, habitent dans tel grand ensemble et vont travailler dans telle zone industrielle. Ceci est vrai, mais le vrai n'est pas pour autant un argument suffisant... c'est la mise en crise de ce qui est constaté (ce n'est pas vrai, c'est constaté), c'est la mise en critique de ce qui est constaté qui est à la base, à travers toute l'histoire, des réflexions humaines.

Et, en reprenant un aphorisme de Walter Benjamin qui écrivait que « l'esthétisation de l'action politique était le propre des régimes totalitaires du XIX^{ème} siècle », on peut dire, de la même façon, que la *ville émergente* est l'esthétisation du constat urbain actuel. Ce n'est pas parce qu'il y a du désordre que l'esthétisation du désordre l'ordonne pour autant. Dans notre Institut français d'Architecture, on pouvait voir, il y a peu, une exposition faite de photos frontales de bâtiments commerciaux. Comme dans telle *Main Street* américaine, *Carrefour*, *Auchan*, *Leader Price*, *Mc Donald's* faisaient de leurs seules enseignes une façade. Il est certain que l'accumulation – l'effet de collection est un fait connu – de verres de lunettes, d'étiquettes de camembert ou des photos de supermarchés fait autorité. Par la série, le fait de série impose. C'est ce que tentait cette exposition.

Nous sommes donc dans ce débat en France ; après avoir substitué à la pensée politique sur la ville une pensée technique, on y substitue aujourd'hui une pensée « émergente » qui est une pensée marchande et qui est même une pensée libérale dans tous les sens et même dans les meilleurs sens de ce mot. « Laisser-faire, laisser-aller », comme le disait Guizot au siècle dernier, serait donc la base de toute politique possible en ville.

Si l'on admet l'ampleur de la transformation urbaine en France et en Europe (80% de la population vit dans toutes les formes de villes, toutes les sortes de villes, tous les modèles de villes), cette mutation est de même importance que la mutation productive et sociale du siècle passé. Celle-ci a construit sa réponse théorique (de quelque bord qu'elle fut) et aussi sa réponse politique : le suffrage universel, la sécurité sociale, le *welfare state* ont été des réponses à la question sociale, et l'ont, pour l'essentiel, résolue. Mais la transformation urbaine que nous vivons n'a pas encore trouvé son équivalent de réflexion théorique ou politique (je ne parle que de la France). Je sais qu'ici ça va mieux et depuis longtemps, grâce à votre structure plus territoriale, plus fédérale.

On peut dire que la question urbaine, de ce fait, est la question politique centrale du siècle qui vient comme elle fut pour les dernières années du siècle qui s'achève. Malheureusement, dans l'organisation administrative et aussi dans l'organisation de nos têtes, dans la pensée qui doit se construire (mais cette réunion va certainement y contribuer), nous sommes en retard. Or la seule question politique réelle (sinon qu'est-ce que c'est que la politique ?) est la découpe du territoire, et le pouvoir sur un territoire découpé. La politique ce n'est pas la stratosphère, c'est le terrain. Ce sont les hommes qui y vivent, c'est le gouvernement des choses et des hommes qui sont sur un terrain donné. On sent au travers des demandes de l'opinion publique, on sent dans la réorganisation de très anciennes structures universitaires et de très anciennes structures de recherche un intérêt tout nouveau pour ces questions – ne soyons pas impatients – mais il reste que la question urbaine restera la question centrale de la politique et de la démocratie dans le siècle qui vient.

Revenons à cette *ville émergente* : elle bute sur deux écueils. On peut surfer avec elle, on peut l'accompagner dans son extension, on peut multiplier et justifier les entrées des villes, les multiplex, les ronds-points, sous prétexte que l'Internet existe, c'est-à-dire que la production peut être totalement délocalisée à l'image du slogan *one to one* : un produit, un acheteur pour en faire le modèle d'une relation sociale possible. Et certains la théorisent. Mais ce qu'il y a d'intéressant dans cette révolution productive, en relation à la communication, c'est d'observer ceux qui produisent. Ce qui a disparu, contrairement à ce que beaucoup disent, ce n'est pas la main-d'œuvre destinée à la transformation des objets. Depuis du début du siècle (je parle de la France, et je parle des Etats-Unis, je ne connais pas les statistiques allemandes), la part de la main-d'œuvre appliquée à la transformation matérielle des objets est toujours de 40 %. Ce ne sont pas tout à fait les mêmes métiers, ce ne sont pas les mêmes façons de produire, ce ne sont pas les mêmes objets, mais c'est la même masse de personnes.

Les services, depuis le début du siècle jusqu'à présent, occupent à peu près 20 % de ceux qui travaillent. Mais les mineurs, les paysans, les métiers dits primaires qui représentaient 40 % de la population ont quasi disparu et sont remplacés par des emplois qui sont la réelle conséquence de cette révolution : les métiers de la formation, de l'éducation, de la santé, de la culture et de la communication. Telle est la grande transformation sociale et productive !

Or il est bien certain que ces métiers-là sont tous des métiers urbains. Et ils ne peuvent pas vivre dans la virtualité du *one to one* : ces métiers sont des métiers d'espace social, de systèmes sociaux et de systèmes publics, que ce soit l'enseignement, que ce soit la santé. Et quand l'Allemagne décide d'importer 20.000 informaticiens indiens, ils sont formés où ? Pas dans les campagnes de l'Inde : dans les universités des grandes villes indiennes. Et ils vont travailler où ? Dans les centres de recherche des grandes villes allemandes. Donc, contradictoirement, ce qui paraît distendre le plus la société rend nécessaire le contact, la concentration, l'échange auquel nous procédons aujourd'hui, bref la vie urbaine.

Et c'est bien dans cette ironie de l'histoire que revit de la possibilité, l'espoir d'un travail renouvelé sur la transformation de la ville contemporaine. D'abord, en prenant en compte ce qui nous est compté, c'est-à-dire l'espace, en prenant en compte ce qui compte, c'est-à-dire le temps, et en cessant de les gaspiller comme des quantités négligeables sous prétexte que l'immédiateté, l'instantanéité, voire la mode sont tellement plus pétillantes, plus *émergentes* ; tout en sachant que la grande différence de nos villes par rapport à celles de l'âge classique, est peut-être une chance, parce que la vieille opposition – la ville avec son enceinte et la campagne, ses vaches autour – disparaît dans le distendu de la ville. Les lambeaux de nature qui sont mangés par la ville donnent une figuration nouvelle et sans doute neuve, si on arrête évidemment de les cacher, en acceptant ces lambeaux de nature au milieu des villes, mais en les traitant comme des parties significatives, comme les parcs (les *Englischer Garten* à Munich) le faisaient déjà dès l'âge des Lumières.

C'est dans ce face-à-face, dans ce nouveau *mix*, que la ville distendue peut être reprise sur elle-même, et peut donner une figure nouvelle. Dans la destruction des grands ensembles à laquelle, dans ma pratique, quelquefois je participe ce qu'il y a d'étonnant en écoutant leurs habitants, c'est qu'ils ont pris le goût de l'horizon, de la vue, du vert,

de l'espace, et qu'ils protestent énergiquement quand on leur dit qu'on va les restreindre dans des prospects de villes moyen-âgeuses. Ce distendu des villes – peut-être une chance pour un mode de vie de notre temps – a comme seule condition que le système public, que le réseau public soient affirmés pour tous. Ce qui fait le réseau des villes européennes, c'est que dans chacune de ces villes le réseau public fait tenir les morceaux choisis ou les morceaux cassés de la ville dont parlait Jean-Pierre Sueur. Sans cette condition, la ville est l'horreur que montrent certains films anticipateurs américains comme *Blade runner* ou *Total recall* ou même plus anciennement Aldous Huxley dans le « Meilleur des mondes ». Si ce réseau public, qui est la condition de la démocratie en ville, n'existait pas, on pourrait (parce que je suis architecte) considérer qu'il ne reste qu'à s'abandonner à l'esthétisation de l'existence, à une attitude fin de siècle.

Cette question traverse à ce point notre milieu que dans la toute récente Biennale de Venise, la question posée aux participants était « Ethique ou esthétique », ou plus exactement « Ville : moins d'esthétique et plus d'éthique ». Mais on constatait la difficulté de notre milieu à répondre à cette question en faisant semblant d'opposer notre travail, le moyen d'une représentation, à une revendication somme toute commune. L'éthique est commune à tous, architectes, habitants, citoyens, élus, et on peut déplorer le refus du corps architectural à se plier à cette injonction en continuant à dire : « Non, plus d'esthétique. L'éthique, c'est la question du politique. Nous, ce n'est pas notre question ! ». Notre opposition est assez singulière, elle renvoie un Etat démocratique aux rêves d'un prince investisseur qui donnerait à chaque artiste du travail et le distinguerait pour sa seule singularité.

Dans la ville distendue contemporaine, qu'est-ce qui nous renvoie à cette forme de vie des villes européennes ? Le préfixe *Leben-* en allemand ouvre à beaucoup de sens – c'est le mode de vie, c'est la vie, c'est presque l'évolution des choses. Et justement, nous savons aujourd'hui qu'on ne peut répondre à cette forme de vie, à ce mode de vie, que dans l'acceptation d'une transformation continue des choses. Tout d'abord en considérant toute action, non comme une agression contre la situation existante, mais comme une relation possible entre conservation et transformation. Ce que nous apprend la théorie de l'évolution, il faut appliquer à la transformation des villes. Entre ces deux pôles qui paraissent antinomiques de la globalisation et du retour aux racines locales, dans ce goût tout nouveau de tous les Européens pour la conservation de leurs racines anciennes, on peut rêver à deux termes, en apparence opposés : conserver et transformer, et se dire que conserver c'est transformer (comme nous l'avions avec ironie suggéré pour la galerie d'évolution du Musée d'Histoire naturelle à Paris). Et telle est la condition de vie possible de nos villes historiques, avec un système public affirmé dans le distendu de leur occupation territoriale.

Dans ce qui se joue, on peut penser que le nom de votre ville est quand même éponyme : Freiburg ! C'est quand même fantastique de tenir cette discussion ici, dans cette ville des Zähringer, de ce premier réseau de villes européennes, qui parlent de la liberté, qui parlent des bourgeois, citoyens censitaires, mais citoyens quand même. Et on voit bien que cette question de la liberté possible est la grande invention des villes : c'est la liberté des choix, la liberté des rencontres, la liberté des formations. La ville assure, en tant que formation globale, la polyculture qui a été le fait rêvé des formes paysannes anciennes dans lesquelles le même homme devait maîtriser plusieurs métiers. Globale-

ment la ville offre cette possibilité aujourd'hui et dépasse en quelque sorte dans sa complexité productive le taylorisme du début de XX^e siècle. Par cette polyculture, cette ville est aujourd'hui réellement le support naturel et le seul support possible, et qui vaille, de la liberté. Vous connaissez la devise française « liberté – égalité – fraternité », la liberté, je viens de le rappeler, est la condition et le propre des villes. Le réseau public, et lui seul, peut assurer l'égalité, le deuxième terme de cette devise. Quant à la fraternité, « Malaise dans la civilisation » de Freud nous apprend qu'on peut chercher à transformer notre situation humaine à la seule condition de savoir que l'homme n'est pas très bon. Et donc, pour ne pas finir par ce propos tout à fait pessimiste, mais nécessaire, je vais conclure par la lecture d'un tout petit passage de Ernst Bloch qui avait l'avantage d'être allemand, et qui était né pas très loin d'ici :

« Avec quelle exubérance n'a-t-on pas de tous temps rêvé d'une vie meilleure qui soit possible. La vie de tous les hommes est sillonnée de rêves éveillés. Mais il s'y trouve autre chose qui stimule, qui empêche qu'on s'accommode de l'existant, et que l'on renonce. Cette autre partie a l'espoir pour noyau, et elle peut être instruite. Elle peut être arrachée aux rêves éveillés incohérents, sauvée de la ruse et des abus, délivrée et rendue active ».

DISKUSSION

Robert Picht

Eine Frage. Es wird uns immer gesagt, dass die modernen Kommunikationstechnologien eben gerade nicht in Städten stattfinden müssen, dass man zu Hause arbeiten kann, dass man also in endlos verstreuten Siedlungen irgendwo arbeitet, irgendwo kommuniziert. Sie sagen das Gegenteil. Warum ?

Paul Chemetov

Il y a très longtemps que je n'ai pas pratiqué l'allemand, mais j'ai cru comprendre votre question qui semble se référer à la possibilité d'une autonomie du travail à la maison, à domicile, à la ville désurbanisée dans le sens des prédictions de certains désurbanistes soviétiques des années trente qui déjà avec l'électricité, la mobilité, l'automobile pensaient à la même chose. Le terme de cette réflexion de la maison reliée en réseau à l'ensemble des autres maisons est aujourd'hui rendu possible par le temps individuel de l'électronique par rapport au temps collectif de l'électricité. Mais ce n'est pas parce que certains d'entre nous, et probablement beaucoup dans cette salle, travaillent de cette façon-là et ont avec eux un ordinateur portable, même dans les avions, qu'ils peuvent oublier, qu'ils ne travaillent dans ces conditions de luxe individuel que parce qu'une structure sociale, productive, urbaine existe par ailleurs.

Quelle est cette structure et où est-elle logée ? Et qui y contribue ? Qui sont les ouvriers qui montent ces ordinateurs portables ? Certainement globalisés, délocalisés dans

quelques Taiwan. Même dans ces lointaines contrées ce sont aussi des humains, puisque le monde est un. Cette nouvelle dimension ne doit pas faire oublier aux animaux urbains, politiques et humains que nous sommes, la question de la sphère globale du monde dans lequel nous vivons et ne doit pas faire oublier une autre question qui revient au temps. Vous évoquez la délocalisation poussée à l'infini par l'économie communicationnelle, mais en France nous allons travailler 35 heures. Chez Volkswagen, il y a longtemps qu'on travaille 32 heures. Nous vivons très, très vieux. Nous gagnons, paraît-il, une année de vie tous les quatre ans grâce aux pilules modernes, et les travaux biomoléculaires plus récents vont probablement nous propulser légèrement au-delà.

Dans ce temps libre qui n'est pas strictement le temps productif, qu'est-ce que nous allons faire ? Installer chez chacun de nous une console de jeux télévisés et arriver à un monde de *one to one*, ou considérer que ce temps libre n'a d'intérêt que dans le « en commun » qui est quand même une condition nécessaire de l'éducation, de la formation, de la santé et certainement de la démocratie. Et, si vous le voulez, évoquons des phénomènes tout à fait ambigus : hier soir, les rues de Freiburg étaient parcourues de supporters italiens – Freiburg est une ville du sud – qui fêtaient la victoire de leur équipe ; aux Pays-Bas le Conseil des Ministres a décidé de ne pas siéger parce qu'il y avait un match qui engageait l'équipe nationale. Ne croyez-vous pas que ce retour à l'en-commun des matchs de football marque un désir forcené dont on ne trouve pas le point d'application ? Il y a le même indicateur dans les grands rassemblements populaires ; la fête de la Musique, un prochain pique-nique en France, le 14 juillet, l'étape du Tour de France à Freiburg, événement fondamental... L'en-commun de ces manifestations traduit quand même un grand vague à l'âme de chacun d'entre nous dans notre maison individuelle avec notre ordinateur portable. Et le Monde où est-il ?

Rolf Böhme

Ich habe eine Frage zum Thema „la ville émergente“. Damit ist wohl ein Phänomen gemeint, das wir auch typischerweise in Deutschland haben: das Phänomen, dass die Stadt sich ausbreitet, dass sie in das Umland wuchert, dass die Verbindung Stadt-Umland, Stadt-Land ineinanderfließt. Ich weiß, dass es in Frankreich, in Strasbourg zum Beispiel, in Mulhouse auch, Erfahrungen mit der *communauté urbaine* gibt; es wird versucht, die Stadt mit dem Land, dem Umland, zu verbinden und eine Form gemeinsamer Verwaltung zu finden, also ein *réseau* zu haben zwischen Stadt und Land. Ein Thema, das uns hier sehr beschäftigt: wir sind mit diesem Thema noch nicht fertig und haben auch noch keine Theorie, weil es politische Konflikte zwischen Stadt und Land gibt, weil es unterschiedliche Interessen gibt, sehr oft auch unterschiedliche politische Mehrheiten in Stadt und Umland. Mich würde interessieren, ob Sie zu den Erfahrungen der *communauté urbaine* etwas sagen können. Ist das eine Lösung, ist das ein Beginn – oder wie würden Sie die *communauté urbaine* erklären?

Paul Chemetov

Je ne suis pas le mieux placé pour vous répondre... Je pense que le Maire de Mulhouse ou le Maire d'Orléans, qui sont des praticiens de la communauté d'agglomération, sont plus impliqués que moi. Donc je ne peux vous répondre que comme architecte engagé dans les conséquences ou dans le constat de cette transformation. Ce conflit que vous décelez entre la ville et son territoire – *Stadt und Land* – (j'ai parlé tout à l'heure de la ville distendue), si nous en trouvons les formes de traduction politique, conflictuelle certes, si nous en trouvons les formes de traduction démocratique, n'est-ce pas aujourd'hui la condition du réseau des villes européennes ?

Ce qui a présidé à la constitution des villes européennes étaient le lien établi entre la ville et son « Hinterland », son territoire nourricier. D'une certaine façon ce territoire reste nourricier aujourd'hui, même s'il n'est plus entièrement rural, parce qu'il permet une vie urbaine meilleure et plus agréable (les parcs, les promenades). Parce qu'il assure la nourriture nécessaire, il y a des vaches, et on ne peut pas espérer que par l'Internet le lait des vaches va venir dans nos tasses. Je ne sais pas quel esprit malicieux disait : « On peut tout faire par Internet sauf se faire coiffer les cheveux ». Eh bien, un certain nombre de tâches matérielles exige que les problèmes du territoire et de la ville soient posés dans leur indissoluble complémentarité. Evidemment cela met en crise les Etats-nation et singulièrement en France ce prototype d'Etat-nation universel, avec un roi et un soleil autour, et tous nos présidents actuels qui essaient d'être aussi éclairés dans leur approche des choses.

Mais je crois que votre question est fondamentale : c'est la ville et son territoire parce que ce lieu est humainement, culturellement et géographiquement constitué. Il est la nouvelle échelle du réseau possible des villes et il implique une nécessaire coexistence (on sait que la coexistence était quelquefois assez conflictuelle), face aux Etats-nation, dans cette Europe (ça va mettre quelques siècles, rassurons-nous) fédérale qui se met en place. La condition d'un local face au global nécessaire, demande une traduction politique et démocratique.

Ce n'est pas encore le cas en France. La communauté d'agglomérations est un *Losung*, comme vous disiez, un slogan. Un transparent pour une manifestation ! C'est encore une intention dans un Etat qui donne une prime de 250 francs (disons soixante quinze Mark à peu près) par habitant et par an aux communes qui se fédèrent. C'est beaucoup ! C'est bien pour le budget parce que c'est une prime qui permet d'emprunter. L'effet multiplicateur est environ de vingt, parce que ça permet de rembourser l'intérêt des emprunts. Donc 75 francs donnés en prime c'est une possibilité d'emprunter 1 500 francs par habitant et par an. Pour l'instant l'Etat central français aide à fabriquer ces communautés d'agglomérations (il y a autant de communes en France que dans toute l'Europe occidentale). C'est une façon de transformer notre système rural en un système urbain, et ça donne lieu à des conflits politiques, dans la banlieue par exemple.

Ce rassemblement des communes urbaines dans des agglomérations est possible partout en France sauf dans la région parisienne, conurbation de dix millions de personnes découpée artificiellement en quelques départements qui se sont organisés en féodalités aux franges incertaines, qui ne correspondent pas aux réels bassins de vie et

d'emploi. La région parisienne est un casse-tête français dont il vaut mieux laisser la solution à la seule France.

Mais le reste de la France est de structure européenne. Je crois que si les communautés d'agglomérations qui se mettent en place donnent lieu à une transcription démocratique, à une élection des instances dirigeantes, avec tous les systèmes de contrepartie nécessaires pour que les petites communes ne soient pas laminées, on peut arriver (comme dans le système allemand) à une représentation territoriale et une représentation des citoyens. On peut inventer des tas de choses et je pense qu'on les inventera.

Mais dans cette ville contemporaine et son territoire (ça me paraît être la fin de l'opposition ville-campagne), nous habitons un seul monde-territoire – *Stadt und Land*. Nous devons en trouver la transcription politique inventive, éclairée, qui a existé du reste dans des formes très anciennes : la vassalité féodale réglait d'une certaine façon ces rapports de ville et de territoire. On ne va donc pas laisser dire que la communauté aboutit à la vassalité des petites communes par rapport au centre. Centre et périphérie : autres formes de féodalité... Les petites communes le craignent. Je crois qu'il faut inventer les transcriptions politiques et démocratiques qui rendront cette évolution possible. Et, je vois vraiment (avec un grand plaisir !) de réelles conditions géographiques à notre action. Il y a en outre un puissant stimulant (en faisant un détour) à cette action, elle nous permet de choisir entre le droit du sol et le droit du sang. Cette ville et son entourage – *Umgebung*, comme vous dites –, c'est le droit du sol : le droit de citoyenneté fondé sur ce sol reconnu est la première des citoyennetés, la citoyenneté urbaine, condition de la citoyenneté nationale et de la citoyenneté européenne. Je crois que ce renversement est possible dans le changement d'échelle que nous vivons.

Albrecht Göschel

Stadtkultur zwischen Universalismus und Identität

Von der Öffentlichkeit noch nicht klar genug registriert hat sich in den letzten Jahren eine Funktionsverschiebung von Stadt und Kommune vollzogen, die auch die Bedeutung von Stadtkultur und städtischer Kulturpolitik betrifft: An die Stelle der intermediären Rolle, die die Stadt traditionell zwischen Bürger und Staat spielt, tritt zunehmend eine Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie als Leistung und Funktion von Stadt und Kommune. Form und Folgen dieses Wandels für Stadtkultur und städtische Kulturpolitik bilden den Gegenstand dieses Beitrags.

Angesichts der vielfältigen Verwendungen und Bedeutungen vor allem des Begriffs „Kultur“ aber auch von „Stadt“ ist bei einer Rede über „Stadtkultur“ von vornherein anzugeben, welchen Bedeutungshorizont dieser Begriffe sie jeweils im Blick hat. Unter „Kultur“ sollen im Folgenden die Werte, die moralischen Normen verstanden werden, auf die sich eine Gesellschaft stützt, die überwiegend als verbindlich gelten, deren Überschreitung also Sanktionen unterschiedlichster Art nach sich ziehen kann, die aber auch dann als wünschenswert gelten, wenn sie eher nicht erreicht werden. Damit sind zumindest als Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen andere Interpretationen des Begriffes „Kultur“ zurückgestellt, wie zum Beispiel „Kultur als die Summe aller symbolischen Repräsentationen“ oder als weicherer Begriff für „Habitus“, aber auch populäre Verwendungen wie etwa im Sinne von „Ess-“ oder „Wohnkultur“.

Desgleichen soll „Stadt“ im Ansatz als politische Körperschaft, als Kommune aufgefasst werden, primär also nicht als räumliche Erscheinungsform hoher Verdichtung von Bebauung, Menschen und Aktivitäten, sondern als politische Organisation, allerdings auf einer räumlich-territorialen Basis und mit den Phänomenen der genannten hohen Verdichtung einander überwiegend fremder Menschen in permanenter Anonymität.

(Teil 1)

Universalistische Stadtkultur in der Intermediarität der Stadt zwischen Bürger und Staat

In der Forschung zur Lokalpolitik besteht kaum Zweifel darüber, dass die Funktion der Kommune in ihrer Intermediarität, in ihrer Vermittlungsleistung zwischen individuellem Bürger und dem Staatswesen zu sehen ist, und zwar sowohl historisch als auch normativ, als erwünschtes oder angestrebtes Ziel städtischer Politik und städtischen Lebens. In einigen klassischen Formulierungen kommt diese in Tocquevillescher Tradition stehende Vorstellung unmissverständlich zum Ausdruck, so wenn „der Stadtbürger als Fundament des Staatsbürgers“ (Edgar Salin) gesehen oder Urbanität aus ihrem politischen Gehalt, als Diskurs der Bürger in freier Selbstbestimmung (Hartmut Häußermann/Walter Siebel) definiert wird. Selbst der populäre Satz „Stadtluft macht frei“ ist in dieser Sicht als Befreiung des Bürgers von der Willkür des – feudalen – Staates zu ver-

stehen, nicht primär von den engen sozialen Kontrollen des Dorfes. Schutz des Bürgers vor staatlicher Macht und Willkür einerseits, Beeinflussung staatlicher Politik und Macht durch die lokale Willensbildung in der Stadt andererseits sind demnach die beiden Richtungen, in denen sich Stadt als intermediäre Ebene zwischen Bürger und Staat zu behaupten und zu realisieren hätte.

Empirische Forschungsarbeiten zur Lokalpolitik beziehen sich in hohem Maße auf diese Intermediarität. Einerseits legen sie nahe, dass Stadt und Kommune zunehmend als staatliches Vollzugsorgans agierten, dass also Kommunalpolitik eine Art Filter darstelle, durch den staatliche Politik zwar lokalen Bedingungen angepasst werde, eine Einflussnahme von Seiten der lokalen Bürgerschaft und der kommunalen Politik auf diese staatliche Politik jedoch systematisch ausgeschlossen sei, Kommunalpolitik also gleichsam als „semipermeable Wand“ wirke, die nur von einer Seite durchlässig ist. Demgegenüber legt die These vom „lokalen Staat“ eine Vorstellung anhaltender und sogar wachsender Autonomie der Kommune gegenüber dem Staat nahe, eine politische Position und Bedeutung des Lokalen, die staatliche Politik sehr eindringlich beeinflusse. Detaillierte Untersuchungen zu einzelnen Kommunen, vor allem aber zur Rolle der kommunalen Spitzenverbände sowohl auf Landes- wie Bundesebene, zeigen allerdings, dass in den letzten Jahren diese Intermediarität der deutschen Kommunen in erstaunlichem Maße funktioniert hat, auch als Willensbildung und Einflussnahme „von unten nach oben“, dass aber dieser Weg der Vermittlung doch zunehmend durch Bundesgesetzgebung und Planungspraktiken gefährdet wird.

Nun soll hier aber nicht diese Debatte um die Funktion des Städtischen verfolgt werden. Vielmehr ist zu fragen, was denn eine solche Konzeption von Intermediarität für kommunale Kultur und Kulturpolitik bedeuten könnte und müsste. Was trägt also kommunale Kulturpolitik im Sinne des normativen Kulturbegriffs, der „ethischen Werte“ als Gegenstand von Kultur, zur moralischen Fundierung des Staates einerseits, zum Schutz vor staatlicher Macht und Willkür andererseits im Sinne einer Intermediarität des Kommunalen und Städtischen bei?

Da der Schwerpunkt kommunaler Kulturpolitik bekanntlich in der Förderung von Kunsteinrichtungen liegt, muss also konsequenterweise gefragt werden, welche normativen Leistungen im Sinne dieser Intermediarität denn in der Kunst gesehen werden könnten. Dies scheint zwar aus heutiger Sicht eine irritierende Frage zu sein, denn sicher ist kaum einem kommunalen Kulturpolitiker noch gegenwärtig, dass Kunstförderung aus diesen Gründen betrieben werden könnte – in der Tradition deutscher Aufklärung aber, in ihren ethischen und ästhetischen Reflexionen, liegt dieser Gedankengang nicht nur nahe, er bildet geradezu den Kern von Begründungen für den Wert und die Bedeutung von Kunst.

In zwei klassischen Argumentationssträngen finden sich diese Begründungen, zum einen in der moralischen Dimension des Geschmacksurteils angesichts zweckfreier Kunst (Kant), zum anderen im „Vorschein der Idee“, die das Ästhetische oder das Schöne leisten, einer Idee, die sich selber nicht im Ästhetischen erschöpft, sondern mit dessen Hilfe auf etwas anderes verweist (Hegel). In aller notwendigen Kürze: Das Geschmacksurteil bedeutet die Erfahrung des freien, autonomen Urteils; und diese Erfahrung kann, einmal vollzogen, nie wieder als Möglichkeit geleugnet werden und ist damit zumindest potenziell auch auf andere Bereiche, also z.B. auf Politik, zu übertragen.

Ursprünglich möglich aber wird moralische Autonomie nur durch ästhetische Autonomie vor dem ästhetischen Gegenstand, also in der Kunst, die damit ihre Berechtigung als moralische Leistung und als gesellschaftlicher Vorgang erhält. Gleichfalls vom ausschließlich ästhetischen Eindruck, also nicht von Inhalten im Sinne einer „kritischen Kunst“, geht der Gedanke des „Vorscheins der Idee“ aus. Nur im gelungenen Kunstwerk der vollkommenen Harmonie, die als Schönheit wahrgenommen wird, zeigt sich eine Idee der Vollkommenheit, die nur aus der Befreiung des Schönen von allen zweckhaften Bindungen erreicht werden kann. Das Kunstwerk verweist demnach auf eine Reinheit und Vollkommenheit, die nur nach Befreiung von allen Zwängen, von „wesensfremden“ Zwecken, erreichbar ist und bildet auch in diesem Sinne eine moralische Aufforderung zu eben einer solchen Befreiung von Wesensfremdem, zu einem Aufbruch zum eigentlichen und wahren Wesen von Humanität, zur Emanzipation von fremden Zwecken und Zwängen.

Beide normativen Kunstinterpretationen einer idealistischen und aufklärerischen Ästhetik verstehen sich als emanzipatorische Konzepte, als die sie dann in die „Briefe zu ästhetischen Erziehung des Menschen“ (Schiller) eingehen, dem Lieblingstext deutscher Kulturpolitiker. Beide Emanzipationsmodelle sind jedoch aus heutiger Sicht, 200 Jahre nach ihrer Formulierung, kaum noch überzeugend, was natürlich in keiner Weise als Kritik an ihren Schöpfern gesehen werden kann.

Die Kritik an der normativen Leistung des ästhetischen Geschmacksurteil liegt unter anderem in der Erkenntnis, dass eben dieses Geschmacksurteil selbst eine Funktion hat, die als Unterscheidungsleistung, als Distinktionsurteil soziale Hierarchien und Ungleichheiten legitimiert und festigt (Pierre Bourdieu). In der Interpretation des Ästhetischen, des Schönen und vollkommen Harmonischen als Vorgriff und Verweis, als Vorweg-Zeigen des befreiten Wesens wahrer Humanität dagegen sehen wir heute ein Modernisierungs- und Fortschrittsbild, das religiöse Erlösungshoffnungen ins Diesseits zu übertragen sucht, die innerweltliche Erlösung da verspricht, wo religiöse Transzendierung der Rationalität der Aufklärung nicht mehr standzuhalten vermochte, aufklärerische Ästhetik sich vom Gedanken der Erlösung aber dennoch nicht zu lösen bereit war.

Trotz dieser Einwände oder gerade in ihrem Licht werden aber die normativen Intentionen, um die es in diesen ästhetischen Theorien geht, erkennbar. Sowohl die Annahme einer Begründung von freier Urteilskraft, die ja kein spezifisches Urteil, sondern nur die Fähigkeit zum Urteilen bedeutet, als auch die Vorstellung eines wahren Wesens, einer

Idee des Menschlichen und Humanen, die selbst noch keine bestimmte Moral fordert, stellen normative Minima dar, also eine „Mindestmoral“, die den Bürger auszeichnen muss, wenn er am Geschäft der Politik im demokratischen Sinne teilnehmen will. Und beide hier skizzierten Normen, Urteilsfähigkeit und Emanzipationswillen, bilden genau die beiden Seiten kommunaler Kulturpolitik, wenn diese als Intermediarität zwischen Bürger und Staat wirken soll: Urteilsfähigkeit als Voraussetzung zur Mitbestimmung an demokratischer – kommunaler und staatlicher – Politik, Emanzipations- und Selbstbestimmungswillen als Voraussetzung zur Abwehr staatlicher Willkür und unbegründeter Macht. Das heißt, „Urteilskraft“ und „Vorschein der Idee“ bezeichnen die beiden minimalen moralischen Normen, deren Demokratie als Grundlage sowohl auf staatlicher Ebene als auch in einem potenziellen demokratischen Weltstaat bedarf. Und beide sol-

len durch die Erfahrung des Ästhetischen, durch Kunst erschlossen werden, wie sie bürgerschaftliche, vorstaatliche Kunstförderung, als die kommunale Kulturpolitik traditionell wirkt, verfügbar macht. Kunstförderung in dieser ästhetischen Tradition trifft also die normative Seite der Intermediarität der Kommune zwischen Bürger und Staat, die Forschung zur lokalen Politik bis in die Gegenwart als Gegenstand von Kommune unterstellt und untersucht: Sicherung normativer Minima, die einerseits Teilnahmefähigkeit an, zum anderen Selbstbehauptung in demokratischer Form gegen staatliche Politik begründen, wenn diese sich in Willkür hinein bewegt, modern ausgedrückt also als illegitime Gewalt handelt.

Die genannten Kritiken zeigen aber die Paradoxien dieses Konzepts, die historisch mit dramatischen Folgen verbunden sind: Das ästhetische Geschmacksurteil begründet empirisch nicht den autonomen Bürger in einer egalitären Bürgergesellschaft, sondern Klassen- und Oligarchienherrschaft, wie sie in der Politik, auch und besonders in der Kommunalpolitik, gang und gäbe sind und sich besonders in der Kulturpolitik erhalten haben, die z.B. in der Wahl ihrer Förderobjekte nach wie vor eine „Umverteilung von unten nach oben“ durchsetzt; und die Vorstellung von einem Vorschein der Idee im Sinne des „Wesens“, des wahren Humanum als moralischem Minimum von Emanzipationswillen, ist im Laufe des letzten Jahrhunderts verkehrt worden in moralische Maxima staatlicher Herrschaftsbegründung. In Kommunismus und Faschismus wurden durch dieses Modernisierungsbild, das als ästhetisches begründet ist, innerweltlichen Erlösungshoffnungen legitimiert, die es erlaubten, ganze Gesellschaften als Kunstwerke dem Willen des „Künstlerherrschers“, dem nach seinem Schöpferwillen gestaltenden Diktator zu unterwerfen. Die emanzipatorischen Implikationen des Ästhetischen, wie sie aufklärerische Ästhetik aus ihren historischen Bedingungen nahe legte, Bedingungen, die die Befreiung von staatlicher und feudaler Willkür tatsächlich zum Ausgangspunkt funktionierender Demokratie werden ließen, scheinen im Rückblick also in höchstem Maße fragwürdig zu sein.

Allerdings muss man auch fragen, ob denn die Intermediarität der Kommune zwischen Bürger und Staat tatsächlich das brennende aktuelle Problem darstellt, nachdem politische Willensbildung auf der Ebene des Staates in höchstem Maße nach demokratischen Prinzipien verfahrensmäßig geregelt ist, Übergriffe und schiere Willkürakte staatlicher Politik gleichfalls durch entwickelte Rechtsstrukturen verhindert werden – können. Eher erscheint „der Staat“, wenn man denn von ihm in dieser Weise pauschal sprechen kann, als ein politisch-administratives System der Sicherheits- und Leistungsproduktion, vor dem man sich – als Bürger – weniger zu schützen hat, als dass man es – als Bürger – mit Forderungen konfrontiert. Anders ausgedrückt scheint es, als habe sich der Staat, legitimiert als Sozial- und Rechtsstaat, soweit demokratisch domestizieren lassen, dass eine Intermediarität der Kommune in dieser Hinsicht nicht mehr notwendig erscheint, auch wenn gerade in Deutschland die Erfahrung mit dem Faschismus als einer Staatsideologie, die schließlich jeden Übergriff auf den Einzelnen rechtfertigte, erst 50 Jahre zurückliegt; und mit dem Sozialismus der DDR, der in ähnlicher, wenn auch weit milderer Form, jede intermediäre Ebene zwischen Staat und Bürger ignorierte und ausschloss, sogar erst ein Jahrzehnt. Trotz dieser relativ jungen historischen Erfahrungen wird zurzeit eher die wachsende Machtlosigkeit des Staates als Problem gesehen. Es scheint gegenwärtig eine andere Intermediarität als Leistungsanforderung auf die

Kommunen zuzukommen, die der Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie. Dennoch macht der historische Rückblick auf die Erfahrung mit dem Faschismus verständlich, dass in der Kulturpolitik, in der Kunst, die sie fördert, Normen gesucht wurden, die sich emanzipatorisch gegen politische Macht und Willkürherrschaft wandten und Demokratie moralisch begründen sollten.

(Teil 2)

Kulturalistische Stadtkultur in der Intermediarität der Stadt
zwischen Bürger und Ökonomie

Auch die Leistung von Kommune oder Stadt als Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie hat sich bereits in sehr prägnanten Formulierungen niedergeschlagen, z.B. in der These von einer „Hanseatisierung der deutschen und europäischen Stadt“ (Robert Picht), mit der die Stadt aus ihrer Beziehung zum Welthandel, also zur globalisierten Ökonomie bestimmt wird; oder in Vorstellungen, es müsse lokale Wirtschaftskreisläufe und Wirtschaftsräume möglicherweise sogar mit eigenen Währungen geben (Thomas Sieverts), lokale Tauschringe, einen so genannten „Local Exchange Trade“, Konzepte, in denen offensichtlich das lokale Gemeinwesen aus seiner ökonomischen Autonomie gegenüber nationaler oder globaler Wirtschaft, nicht aus politischer Autonomie gegenüber den politischen Machtansprüchen des Staates bestimmt wird.

Selbstverständlich wird diese neue Intermediarität der Stadt auch bezweifelt und genau wie in der politischen Vermittlungsleistung als einsinnige Funktionalisierung der Stadt für die Bedingungen der Ökonomie bezeichnet, so wenn zum Beispiel behauptet wird, die ökonomische Autonomie der Kommune beschränke sich darauf, das allgemein verbindliche Ziel der Wirtschaftswachstums im lokalen Rahmen spezifisch zu realisieren. Die Kommunen seien in diesem Sinne nichts anderes als Abteilungen eines Großbetriebes, die zwar durchaus unterschiedlich handeln, aber samt und sonders dem einen Ziel der Gewinnmaximierung unterliegen (Hartmut Häußermann). Gegenpositionen zeichnen wiederum eine wachsende Stärke der Städte im Zuge einer durch Globalisierung bedingten Denationalisierung. Auch hier soll nun nicht dieses Problem einer Autonomie, Abhängigkeit oder eben einer Intermediarität der Stadt unmittelbar weiterverfolgt werden, sondern die Frage, was denn diese Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie für Stadtkultur und kommunale Kulturpolitik bedeuten könnte und ob an der Stadtkultur und städtischen Kulturpolitik zu erkennen ist, inwieweit Kommunen ihre Intermediarität als Aufgabe ernst nehmen oder sich der Anforderung unterwerfen, ökonomischen Zwängen auf lokaler Ebene Geltung zu verschaffen.

Stellt also die nunmehr vorherrschende Stadtkultur in derselben Weise wie die emanzipatorisch-aufklärerische Stadtkultur – die einerseits vor staatlicher Macht schützen, andererseits die normativen Grundlagen einer demokratischen Politikteilnahme sichern sollte – eine normative Intermediarität her zwischen „Übergriffen“ einer globalen Ökonomie und einer normativen, ökonomisch orientierten „Urteilsfähigkeit“ des Bürgers, die der Intermediarität zwischen Bürger und Staat entsprechen könnte?

Dies scheint nun ansatzweise tatsächlich der Fall zu sein, wenn man die Reaktionen bei der Abwehr staatlicher Willkür und die auf wachsende Dominanz der Ökonomie vergleicht. Die forcierte Ökonomisierung der letzten Jahre im Zuge einer tendenziell neoliberalen Globalisierung scheint inzwischen auch in breitem Bewusstsein als Pervertierung von Freiheitsvorstellungen wahrgenommen zu werden. Das heißt, die Emanzipationshoffnungen der Aufklärung und des liberalen Staates, die sich besonders in der Stadt, in Stadtkultur entfalten sollten, beginnen unter dem Diktat einer entfesselten Ökonomie ihre dunklen oder Schattenseiten zu zeigen. Die neuen Freiheiten, die von der durch Aufklärung erwarteten Modernisierung ausgehen sollten – ein Abwerfen von Fesseln, ein Ausbrechen aus Zwängen –, erweisen sich zunehmend als neue, noch rigide Zwänge, wie sich an zentralen Emanzipationsvorstellungen leicht demonstrieren lässt.

Enträumlichung als Befreiung von der Fesselung an einen Ort und dessen Traditionen und Verpflichtungen, von Immobilität, von Hörigkeit gegenüber dem, dem das Land gehörte, wandelt sich: Ausweitung der Handlungs- und Erfahrungsmöglichkeiten, die Freiheit, den eigenen Ort zu suchen und zu finden, wird zu Ort- und Heimatlosigkeit, zum Zwang, nach den Bedingungen des Arbeitsmarktes ein Leben lang „zu wandern“, ohne dass mit den neuen Orten wesentliche, neue, bereichernde Erfahrungen verbunden wären. Unter dem Diktat der Mobilität bleiben die Tätigkeiten an den verschiedenen Orten mehr oder weniger gleich, auch die Orte beginnen sich zu gleichen, und dennoch verhindert die ökonomisch erzwungene Mobilität eine Entwicklung verlässlicher, langfristiger Bindungen und Freundschaften.

Beschleunigung als zentrales Phänomen der Modernisierung, positiv als Ausweitung von Handlungsräumen, als Intensivierung des Lebens verstanden, wird zur Unrast des modernen Lebens, zur permanenten Zeitknappheit, zum Diktat der Uhr (Georg Simmel). Natürliche Zeitabläufe und Zeiteinheiten zerfallen in immer kleinere Einheiten, die mit Inhalten gefüllt werden müssen, aber keinen Zeitrhythmus mehr ergeben, so dass Zeit im Grunde zerstört wird. Stillstand bei äußerster Hektik scheint das Gefühl zu sein, das sich zunehmend verbreitet. Darüber hinaus wird Beschleunigung durch dauernde und weitreichende Mobilität zur dominierenden ökologischen Bedrohung, so dass die zentrale Fortschrittshoffnung der Beschleunigung nicht nur die Zeit als Erfahrung zunichte macht, sondern durch irreparablen Ressourcenverbrauch die Grundlagen unserer Zivilisation insgesamt gefährdet.

Vernunft oder Rationalität als die zentrale Hoffnung der emanzipatorischen Aufklärung und Ziel ihrer Kultur scheinen gleichfalls in der Durchsetzung ökonomischer Dominanz pervertiert zu werden zur Rationalität ökonomischen Nützlichkeitskalküls, das jeden Einzelnen und jede Gruppe mit Ausschluss bedroht, wenn diesem Kalkül nicht entsprochen wird. Das gegenwärtige Integrationsproblem in den Städten vor allem der Dritten Welt oder der Schwellenländer, aber auch in den deutschen und europäischen Städten scheint aus dieser Exklusion zu resultieren – hervorgerufen durch ökonomische Nutzlosigkeit, letztlich durch Arbeitslosigkeit, mit der sich dann auch der Ausschluss von den anerkannten, als normal geltenden Lebensformen vollzieht. Die Durchsetzung von Vernunft, von der sich die Aufklärung und die ihr verbundene moderne Sozialphilosophie das Aufkommen einer deliberativen Gesellschaft, der auf vernünftige Diskurse und Argumente gründenden Politik versprochen, scheint nicht nur der Individualität und

Autonomie des Bürgers zu dienen, sondern auch zu Desintegration durch Androhung ökonomischer Exklusion zu führen, wenn ökonomische Rationalität nicht erfüllt wird.

Stadtkultur hat sich in den letzten Jahren wohl zunehmend als Reaktion auf diese dunklen Seite der Moderne entwickelt, die sie durch die Dominanz der Ökonomie angenommen hat:

An die Stelle einer Emanzipation von Orten oder Ortsbindungen und den mit ihnen verbundenen Pflichten treten neue Bindungswünsche.

An die Stelle der Zurichtung von Orten für ihre Funktionen und der damit verbundenen Gestaltverluste, wie sie dem Bauhaus und einem funktionalistischen Städtebau vorschwebten, treten Wünsche nach Wiedererkennbarkeit, Unverwechselbarkeit von Orten und Städten, nach lokaler Authentizität und räumlichen Zeichen, nach Identität und Einmaligkeit. Damit werden aber auch die normativen Ideen z.B. des Bauhauses, das sich ganz in der Tradition aufklärerischer Vernunft sah und durch seine Architektur Befreiungsvorstellungen zu realisieren meinte, zunehmend zurückgewiesen.

An die Stelle einer Intensivierung durch Beschleunigung treten zum einen Hoffnungen auf Intensivierung durch Verlangsamung, zum anderen Sehnsucht nach einer Dauerhaftigkeit des Ortes, nach seiner Unwandelbarkeit, nicht nach der Dynamik permanenter Veränderung, der moderne Städte in der Regel unterliegen. Die Zeichen des Raums, mit denen der Einzelne sein Leben verbringt, sollen als Symbole dieses Lebens erhalten bleiben und nicht mit ihrem Verschwinden auch das Leben vernichten, das sich als Erinnerung an Orte und ihre Zeichen heftet (Georg Simmel).

An die Stelle einer ökonomischen Rationalität des Nützlichkeitskalküls als pervertierter Form von Vernunft, das als einziges noch Zugehörigkeit und Integration rechtfertigt, sollen Mitgliedschaften treten, die sich der ökonomischen Nützlichkeit entziehen und durch Anwesenheit, handelnde Teilnahme und Emotionalität gesichert und verlässlich sind.

Diese Reaktionen auf eine ökonomisch pervertierte Modernisierung bedeuten nichts anderes als das, was wir mit dem inflationär verwendeten Begriff der Identität – des Ortes und des Einzelnen – bezeichnen. Stadtkultur und städtische Kulturpolitik müssten demnach zu einer Kultur und Politik der Identität, der Integration durch Identität und Identifikation finden. Nicht Vermittlung und Entfaltung von Abstraktion, Universalität und Vernunft, wie sie in den idealistischen Traditionen anvisiert waren und der Vermittlung der Kommune zwischen Bürger und Staat entsprachen, sondern Konkrektion, Bindung und emotionale Sicherheit, die durch ökonomische Rationalität, Beschleunigung und Enträumlichung gerade vernichtet werden, müssten demnach in der neuen Intermedialität der Kommune, der Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie Gegenstand lokaler Politik und lokaler Kultur sein.

Wir wissen nun allerdings, dass genau dieses Ziel, diese Identitätspolitik von den meisten Städten nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen Ländern schon seit etlichen Jahren verfolgt wird, und wir kennen die unangenehmen Assoziationen, die häufig mit dieser Strategie einhergehen: Sie wirkt zum einen antistädtisch und zutiefst reaktionär, klein- oder spießbürgerlich; sie wird zum anderen nicht als Gegengewicht, als Filter gegen Dominanz von Ökonomie, sondern als Vermarktungsstrategie eingesetzt, also gerade zur Durchsetzung ökonomischer Zwänge auf lokaler Ebene. Durch Betonung einer eigenen Identität aus lokalen und regionalen Traditionen versucht

jede Stadt und Region in einer neuen „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Georg Frank) Standortvorteile gegenüber Konkurrenten zu gewinnen, die alle im Prinzip die gleichen Strategien verfolgen. Jeder kennt die gängigen Produkte agiler Öffentlichkeitsarbeit, mit denen sich Städte über ihre „lokale Kultur“, sei diese als Fachwerk oder anderes Versatzstück einer regionalen Baukultur, als Esskultur, als Folklore oder wie immer präsent, einem mobilen touristischen Publikum anbieten. Und wir alle wissen, wie irrelevant im alltäglichen Leben einer Stadt gerade diese Versatzstücke sein können, denen die Werbung gern das Attribut des Idyllischen zuerkennt. Ganze Industrieregionen versuchen sich über ein einsames kleines barockes Schlösschen, über eine vereinzelt, im Stadtbild nachgerade als Fremdkörper wirkende gotische Kirche zu definieren und dem Tourismus anzudienen (bis z.B. im Ruhrgebiet die IBA-Emscherpark auf diesen Spuk hinwies und zumindest teilweise erfolgreich die eigentlichen Zeugnisse dieser Region hervorhob, auf die gigantischen Industrieanlagen und die Landschaft als Arbeitslandschaft, allerdings mit dem Effekt, dass sich diese Region nun mit diesen zwar relevanten, aber eben auch einmaligen „Zeichen“ erst recht und mit Erfolg zu vermarkten bemüht.)

Dennoch zeigt sich, dass bei einer Vermittlung der Kommune und der Stadt zwischen Bürger und Ökonomie nicht die universalen Kategorien eines ethischen Minimums im Vordergrund stehen, die Stadtkultur zu sichern bemüht war, solange sie sich auf eine Vermittlung zwischen Bürger und Staat bezog und die ihr als Ansammlung anonymer Massen auch entsprachen. An deren Stelle scheinen tendenziell normative Kategorien der Emotionalität, der Bindung, der Identität zu treten, Kategorien der Vertrautheit und konkreten Verpflichtung, die zu ethischen Maxima tendieren und nur als reale Handlungen konkreter Einzelner und konkreter Gruppen an konkreten Orten entfaltet werden können, wenn sie ein Gegengewicht gegen Enträumlichung, ökonomische Rationalität und Auflösung der Zeit setzen sollen.

Vor allem an lokaler Kulturpolitik und am Städtebau kann dies deutlich werden. Orientierte sich Kulturpolitik, die sich aufklärerischen Traditionen verpflichtet fühlte, an Vorstellungen einer „nicht affirmativen“ Kunst und deren Förderung und an einem eher funktionalistischen Städtebau, so tritt an deren Stelle heute eine Architektur „zum Sich Wohlfühlen“ (Christoph Langhoff). Und der Begriff einer „nicht-affirmativen“ Kunst und Ästhetik scheint im Zuge pragmatistischer Kunsttheorie vollkommen seine Plausibilität verloren zu haben. Ästhetische Produktion muss viel eher immer als Ausdruck von Anerkennungsansprüchen (Jürgen Habermas) hier und heute und nicht als Verweis auf fernes Anderes und wesentlich Gutes gesehen werden. Kunst ist also immer affirmativ und hat nur deshalb überhaupt eine Bedeutung, weil sie Emotionen und Empathie freisetzt, vielleicht deswegen manchmal auch Hass und Ablehnung, aber immer im Bezug auf konkurrierende Kunsturteile, nie als Verweis auf etwas Fernes, nie als „Vorschein der Idee“, und sei noch so sehr universaler Geist in sie eingegangen. Kunst und Städtebau dienen mit Blick auf eine neue Intermedialität also zu Recht als „Identifikationsgegenstände“, auch dann, wenn sie keine regionale Kunst, keine Folklore sind, sondern sich auf ein internationales Kunstgeschehen beziehen.

Und dennoch beschleichen jeden, der die Offenheit der Stadt, ihre Anonymität liebt, schwere Bedenken bei einem solchen Szenario. Wird hier Gegenmoderne, Sehnsucht nach dem Dorf in der globalisierten Welt ausgerufen? Soll Stadtkultur jetzt heißen, dass

Traditionen inszeniert werden als Kompensationen für eine traditionslose Welt? Müssen Städte „antistädtisch“ werden, wenn sie der globalen Ökonomie trotzen wollen, um sich dann als quasi potemkinsche Dörfer lokaler Identität und Identifikation nur um so erfolgreicher im internationalen Konkurrenzkampf eines Welthandels, einer neuen Hanseatisierung zu behaupten? Wie ist also das Problem der lokalen Bindung und Identität als kommunale Identitätspolitik ohne Regression zu lösen?

Die Antwort ist selbstverständlich, dass diese Identität als Kultur in der Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie nur dann von antimodernen, reaktionären und regressiven Impulsen frei bleiben kann, wenn sie sich nicht als essentialistisch, also nicht als „wesenhaft“ versteht, sondern die Zufälligkeit, Wahlmöglichkeit und Gebrochenheit dieser kulturellen Identitätspolitik und lokalen Identitätskonstruktion im Blick behält, wenn also Identität als kontinuierliche Aufgabe und Prozess und nicht als gleichsam naturhafte Gegebenheit verstanden werden. Was das bedeutet, machen Soziologie und Sozialphilosophie in der Regel an der Figur des Fremden deutlich als des Normalfalls des Anderen in der Stadt und als Erfahrung der eigenen Person, in der gleichfalls etwas Fremdes, Identität immer in Frage Stellendes am Werk ist. An der Entwicklung ganz anderer kultureller Genres als der Stadt lässt sich illustrieren, worum es geht.

Die Geschichte der modernen Stadt wird unter anderem begleitet von der des Romans, vor allem in dessen Varianten des Trivialromans. Während im Genre des Abenteuerromans das Fremde, Bedrohliche und Barbarische, also das wesensmäßig Andere, in fernen Welten lebt, von denen die eigene Stadt, das eigene Land, das eigene Leben und Wesen durch riesige Entfernungen – und Mauern – getrennt und unterschieden ist, rückt schon im Kriminalroman dieses Bedrohliche in unmittelbare Nähe, in die Nachbarschaft. Der Wilde ist weit entfernt, der Verbrecher kann schon ein guter Bekannter sein, auch wenn er in den Anfängen dieser Literaturgattung noch vorzugsweise aus Arbeiter- und Elendsquartieren der eigenen Stadt stammte: Jack the Ripper aus den düsteren Spelunken des Londoner Hafens zum Beispiel. In der neuesten Variante, im psychologischen Roman, im Psychothriller als trivialer Form, sitzt das Fremde und Bedrohliche aber noch viel näher, in der eigenen Person, so dass räumliche Grenzen nicht mehr gezogen werden können. Dieser Vorgang der Auflösung von klaren Grenzen und Distanzen zwischen eigenem und fremdem Wesen und die Verlagerung dieser Grenzen nach innen kennzeichnet die Stadt (von der mittelalterlichen Festungsstadt zur modernen Regionalstadt), den Roman (vom Abenteuer- zum psychologischen Roman), die Malerei (von traditioneller Kompositionstechnik mit narrativem Gehalt zur Abstraktion der Farbe und leeren Leinwand), die Musik (von klassischer Polyphonie mit der Tonart als musikalischer Einheit über die Isolation oder „Individualisierung“ der Töne in der Zwölftonmusik zur Auflösung des einzelnen Tones bei Giacinto Scelsi) genauso wie die Wissenschaft der Psychologie, die eben diese Nicht-Individualität, also die „Teilbarkeit“, die Zersplitterung der Persönlichkeit betont.

Eine Identität des einzelnen Bürgers, die ihn als Ganzes zu einem wesenhaft mit seiner Stadt und seiner Region, mit seiner Nation oder seinem Staat verbundenen Teil wiederum eines Ganzen werden ließe, ist also angesichts der Auflösung solcher Ganzheitlichkeiten nicht mehr vorstellbar. Nur Teile einer Person können an den Ort gebunden sein, und es bleibt dem Willen und der Entscheidung des Einzelnen, zu guten Teilen aber einfach einem Zufall überlassen, ob er oder sie solche Bindungen eingeht und aus-

wählt. Auch lokale Identität und Identifikation bleiben bewusste Konstrukte, keine Wesenhaftigkeiten. Nur wenn sie dazu erklärt würden, wie es z.B. der Faschismus zu tun versuchte, müsste man sie als unweigerlich regressiv und reaktionär erklären. Die neue Stadtkultur der Identität, Bindung und Verlangsamung dürfte also nicht zum Patriotismus regressiver Identitätsbildung mutieren, aber eine Garantie, dass sich die Einzelnen der Bedingtheit ihrer Ortsbindung bewusst bleiben und trotzdem engagiert in ihr handeln, gibt es natürlich nicht. Vielmehr müssten, wie es in zahlreichen Ansätzen auch bereits geschieht, Ideen für progressive Identitätskonstruktionen (Manuel Castels) entwickelt werden, die von Teilaspekten gegenwärtiger Zivilisation oder Zivilisationsgefährdung ausgehen, wie z.B. die Umweltbewegung, die Frauen- oder Kinderladenbewegung und ähnliches.

(Teil 3)

Konsequenzen für die Kommunalpolitik

Folgt man dieser Skizze, so werden einige Konsequenzen für Kommunalpolitik erkennbar, die vielerorts bereits praktiziert werden, wenn auch immer noch halbherzig und unentschieden oder mit Blick auf Vermarktungserfolge. Kulturpolitik zum Beispiel kann sich nicht mehr auf Förderung eines bestimmten Mediums, auf Kunstförderung beziehen, sondern müsste vielfältige Ansätze bürgerschaftlichen Handelns im symbolisch-ästhetischen Bereich in die Wege leiten. Ein solches Handeln hätte sich allerdings auf relevante Teilnahme oder Eigenproduktion mit Unterstützung der Stadt richten, nicht auf die Kompensation schrumpfender kommunaler Haushalte durch Übertragung marginaler Arbeiten auf selbstlose Helfer und Geldgeber. Die gegenwärtige Debatte um die „neue Bürgergesellschaft“, um bürgerliches Engagement, bezieht zu großen Teilen ihre Relevanz aus dieser neuen Perspektive von Stadt und Stadtkultur als Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie.

Städtebau könnte, wenn dieses Konzept verfolgt wird, nicht mehr einem Funktionalismus und dessen impliziten ethischen Kategorien der Befreiung folgen, sondern hätte Affirmation als Programm zu realisieren, das heißt eine Architektur der Symbolisierung des Lokalen, eine Architektur nicht der Befreiung, sondern der Behausung. Natürlich wird dies bereits in hohem Maße praktiziert und dementsprechend als Inszenierung oder schlicht als Lokal- oder postmoderner Kitsch kritisiert. Häufig wird man diesem Urteil auch zustimmen wollen. Aber wer beansprucht, im Besitz des legitimen Kunsturteils und Geschmacks zu sein, von dem aus diese Urteile möglich sind? Darüber müsste zumindest nachgedacht und geredet werden. Dass die Antworten auch in diesem Konzept nicht eindeutig sind, dass nicht gemütliche und gemütvoll, idyllisch wirkende Traditionen aufgenommen werden müssen, kann zum Beispiel an der Debatte um den Berliner Lustgarten gezeigt werden. Sowohl die Entwürfe von Jochen Merz, die alle nicht realisiert wurden, als auch die Rekonstruktion von Versatzstücken des 19. Jahrhunderts, die nun schließlich dort vorzufinden ist, enthalten Lokalbezüge, Verweise auf unterschiedliche Berliner Traditionen. Den Mertz-Entwürfen ging aber jede Idyllik ab, sie bezogen sich nur auf eine andere Geschichte als die einer Romantisierung des 19. Jahr-

hundreds und waren daher vielleicht relevanter als das, was nun dort zu besichtigen ist. Ähnlich liegen die Positionen im Streit um den Wiederaufbau des Berliner Schlosses.

Das Konzept einer lokalen Identitäts- und Integrationspolitik als Reaktion auf die Intermediarität der Kommune zwischen Bürger und Ökonomie führt also durchaus nicht notwendig zu einer „richtigen“ Rekonstruktion oder „richtigen“ Neuerungen. Es eröffnet keinen Weg zu objektiver Authentizität, denn eine solche lässt sich nirgends, an keinem Ort mehr glaubhaft machen. Die Identität des Ortes, sein „Wesen“, ist genauso gespalten und innerlich fragmentiert wie die der einzelnen Person, und auch bei der lokalen Identität ist eine Entscheidung für einen bestimmten Teil ihrer Realisierung im Städtebau zu treffen. Gelungene Lösungen sind vielleicht solche, die die Brüche erkennbar werden lassen und nicht zugunsten einer einzigen Perspektive verkleistern, aber auch dafür gibt es keine Regel.

Sowohl die Beispiele als auch die allgemeinen Überlegungen zur Identitäts- oder Integrationspolitik der Stadt machen die beiden Gefahren deutlich, unter denen dieses Konzept steht. Erstens kann es zu einem Modell der Regression werden, zu einer Verklärung lokaler Borniertheit und verspießerten Lokalpatriotismus mit allen Erscheinungen der Aus- und Abgrenzung, die dieser Haltung anhaften, wenn sie mit wesenhaften Zügen oder gar teleologischen Utopien verbunden wird. Zum zweiten kann das Konzept pervertiert werden zu billiger Maskerade und in folkloristische Belanglosigkeit absinken, wenn Stadtpolitik versucht, ein Stadtmarketing auf eine solche Identität zu gründen, Kultur der Integration also zur Besichtigung freigibt. Gegen beide Gefahren besteht keine verlässliche Absicherung. Nur das Bewusstsein der Fremdheit im Eigenen, im Selbst auf der einen Seite, der Verzicht auf erlösende Utopien auf der anderen, wie sie im Modell der aufklärerischen Vernunft angedeutet sind, bieten Wälle gegen das Überschwemmt-Werden von regressiver Identität. Nur wenn das Fremde als Teil der Identität angenommen und so auf ontologische Identität verzichtet wird und wenn das Konzept einer Identitätspolitik sich nach einem bescheideneren Modernisierungsbegriff nicht als Befreiung von Zwängen begreift, sondern als Anpassungsvorgang, als Auspendeln zwischen Anforderungen „objektiver“ und Begrenzungen „subjektiver“ Modernisierung, können die üblen Erscheinungsformen fundamentalistischen Patriotismus auf der einen Seite, Vermarktung von Kultur als „Schaubude“ auf der anderen Seite vermieden werden.

Um beiden Bedingungen gerecht zu werden, erscheint es notwendig, Stadtkultur auf eine bewusst gewählte Empathie zu gründen. Unter dieser schwierigen Perspektive lassen sich die Konsequenzen aus dem Wandel der städtischen und kommunalen Intermediarität vielleicht so zusammenfassen: In der Phase, in der Stadt als Vermittlungsinstanz zwischen Bürger und Staat zu wirken begann, als „Stadtluft frei machte“ von feudalistischer Willkür, konnte der vernünftige, rationaler Argumentation verpflichtete rasonierende Bürger als „normatives Minimum“ des demokratischen Staates gelten. In der Phase von Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie gilt: „Stadtluft bindet“, fordert handelnde Teilnahme, Anteilnahme und Empathie im lokalen Feld der lebendigen Konfrontation mit dem Mitbürger. Kommune begründet nicht den demokratischen Staat durch Entfaltung der abstrakten, minimalen Normen, die er zu seinem Funktionieren braucht, sondern durch Konkretion der Zugehörigkeit zu einer anderen Sphäre von Gerechtigkeit, als sie der Staat oder die Ökonomie versprechen können. Die Normen, die

auf der Ebene der Stadt oder Kommune gelten sollten, dürften gerade nicht identisch sein mit denen des Staates und erst recht nicht mit denen der ökonomischen Sphäre.

Hajo Hoffmann

Die Städte und die Europäische Union: ein unbequemer Dialog

Meine Damen und Herren,

heute morgen sind schon so viele intellektuelle Steine ins Wasser geworfen worden, dass man sich vor lauter Wellen gar nicht mehr retten kann. Es wird daher für mich eine reizvolle Aufgabe sein, dass nach der Vogelperspektive des intellektuellen Blicks auf die Stadt jetzt einer zur Sprache kommt, der das mehr aus der Froschperspektive zu betrachten hat. Denn wenn Sie als Oberbürgermeister durch Städte gehen, haben Sie eine andere Art, sich Städte anzusehen. Sie schauen zuerst einmal: wie sauber ist eine Stadt? Welche unmittelbaren Verkehrsprobleme gibt es? Wie sind die Eingänge von öffentlichen Bauten: sind die behindertengerecht oder nicht? Wie sieht das Umfeld von Massenwohnungen aus? Und Ähnliches mehr. Das heißt, der Blickwinkel ist nicht auf eine andere Stadt, aber aus einer anderen Perspektive.

Und es ist reizvoll. Ich habe das große Privileg, morgen wieder in Paris zu sein und übermorgen in Berlin – und durch solche Städte gehen Sie dann mit ganz ganz interessierten Augen und stellen plötzlich eine Mischung aus Faszination und Schock fest. Faszinierend ist für mich der Wiedererkennungswert, der vorhin schon eine Rolle gespielt hat, in einer Stadt wie Paris, aber wenn Sie dann die banlieue sehen, was die Stadt alles tut, dann ist es der Schock. In Berlin ist es fast umgekehrt: Sie haben fast keine Punkte der Wiedererkennung mehr. Oder solche, die als Wiedererkennungswert in Frage kämen, sind entwertet - als kleines Stichwort sage ich mal nur: Café Kranzler. Auf der anderen Seite haben Sie dann den Schock der Moderne, der sich jetzt in hochinteressanten architektonischen Zeugnissen widerspiegelt, aber eine völlig veränderte Welt darstellt. Und das ist wohl etwas von dem, was vorhin auch schon eine Rolle gespielt hat, von Schnelligkeit, Veränderungsprozessen und von dem, was man als Wiedererkennung und Identität feststellen kann.

Meine Damen und Herren, was ich faszinierend finde, ist der Dialog zwischen den Städten mit dem Anspruch, dass dieser Dialog zwischen den Städten auch endlich eine entsprechende Relevanz auf der europäischen Ebene hat. Denn ich glaube, dass bis heute (jedenfalls aus deutscher Sicht) festzustellen ist, dass wir sehr wenig Einfluss auf Europa nehmen, dass wir in unserer eigenen Identität nicht genügend zu dem Dialog der Entwicklung, auch der kommunalen europäischen Entwicklung beitragen. Das hat etwas mit der Frage zu tun, wie die Repräsentanz organisiert ist. Es gibt eine neidische Betrachtung der Einflussmöglichkeiten auf die europäische Ebene zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, und insbesondere die Länder haben in Deutschland kräftig dazu beigetragen, dass eine entsprechende Repräsentanz der Städte in den europäischen Gremien nicht vorhanden ist, weil sie sagen: „Wir, die Länder, sind die eigentlichen Repräsentanten der kommunalen und regionalen Einheiten“. Verfassungsrechtlich haben sie damit recht, in der Wirklichkeit liegen sie damit falsch. Davon wird gleich die Rede sein.

Ich will darauf aufmerksam machen, dass die Dialoge über Stadtentwicklung in Europa heute eine wirkliche Faszination für denjenigen ausüben, der ein bisschen durch

die Welt reisen kann. Wenn Sie das in den französischen Städten erleben, wenn Sie das in den italienischen Städten erleben: ich finde, dass in Italien eine erstaunliche kommunalpolitische Diskussion stattgefunden hat. Und zwar denke ich jetzt nicht an die Metropolen alleine, sondern ich denke an die Städte, die nicht die Hauptstädte des Landes sind. Dann werden Sie feststellen, dass die beispielsweise in Neapel oder Palermo (das, was man bei uns mehr schmunzelnd als „süditalienische Konfiguration“ begleiten würde) ein ausgesprochen intellektuelles und praktisches Qualitätsniveau ihrer Diskussion haben, die ich für vorbildhaft halte. Deshalb ist es sinnvoll, dass solche Dialoge zwischen den Städten weiterentwickelt werden.

Oder Sie schauen sich einmal die mittelenglischen Städte und ihre Entwicklungen an, die nicht nur positiv sind und wo Sie auch Fehlentwicklungen sehen können. Sehen Sie sich an, was in den holländischen Städten passiert (vom Städtebau, von der Wohnentwicklung her), oder Sie schauen sich den Dialog in den skandinavischen Städten über die Frage der Informationstechnologie und des Dialogs zwischen Bürgerinnen/Bürgern und Stadt an: dann sind das erstaunliche Angelegenheiten. Schauen Sie sich polnische Städte und die Frage des Bewahrens, Wiederaufbauens und der neuen Entwicklungsmöglichkeit von Städten an. So finde ich, dass das eigentlich Wertvolle in dieser europäischen Landschaft ist, dass wir uns bewusst sein müssten, wie reich wir an Vielfalt sind.

Das führt mich zu dem ersten Punkt der Kritik: Kein Mensch bei uns käme auf die Idee zu sagen: Deutsch oder Französisch oder Englisch müsste die einzige Kommunikationsebene und Sprache in der Europäischen Union sein. Aber man hat ganz offensichtlich den Eindruck, dass man unter „Harmonisierung“ etwas versteht, was die Gleichschaltung der Vielfalt ist, und dass man über europäische Vorgaben nicht begreift, dass der umgekehrte Weg, nämlich die Pflege der Vielfalt und des Austauschs, der viel größere Reichtum der Europäischen Union ist. Das liegt sicher an den europäischen Institutionen, das liegt aber auch an uns: nämlich dass wir selber noch nicht in der Lage gewesen sind, diesen Reichtum der Vielfalt in einen progressiven Dialog mit der Europäischen Union einzubeziehen.

Und deshalb kann ich, denke ich, zwei Thesen vorwegschicken. Sie sind auch an das anknüpfend, was Rolf Böhme gestern gesagt hat. Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass die Globalisierung zur Bedeutungssteigerung des Lokalen führen wird: je mehr Globalisierung, desto höher auch die Bedeutung der lokalen Aktivitäten und der lokalen Identität. Und ich bin der festen Überzeugung, dass mit weiterer explosiver Voranschreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien immer stärker ein persönliches Bedürfnis kulturellen Austauschs wachsen wird. Und wir sind heute auf der Suche nach einer richtigen kulturellen Sprache dafür - die haben wir noch nicht gefunden. Für mich ist immer so ein Seismograph, wenn wir bei uns zu Hause in Saarbrücken die Tage „Perspectives du théâtre“ haben, wo wir nicht das etablierte Theater präsentieren, sondern wo wir herauszufinden versuchen, was aus der französischen Szene an theatermäßigen Ausdrucksformen da ist – vom Tanz über die Sprache über Chanson usw. Und dabei kann man feststellen, dass sich hier eine Widerspiegelung ergibt, dass es eine Veränderung des kulturellen Austauschs gibt, der versucht, eine Antwort auf Individualisierung zu bekommen. Und das halte ich für eine ganz faszinierende Entwicklung.

Aber ich muss mich jetzt ein bisschen stärker konzentrieren auf das, was die „harten Realitäten“ sind, die sozusagen den Unterbau dieser ganzen Geschichte darstellen. Und da fange ich einfach mal damit an zu fragen: Ist es der bundesdeutschen Öffentlichkeit eigentlich deutlich, wie viele Veränderungen der Realität in den Kommunen von europäischen Entscheidungen abhängen? Ich glaube, dass die Mehrheit der Bevölkerung das noch nicht weiß. Zwei Drittel aller Entscheidungen in Brüssel haben eine unmittelbare Auswirkung auf die Städte. Zwei Drittel! Und Sie werden nachher an den praktischen Beispielen sehen, was ich damit meine. Das hat auch etwas damit zu tun, dass die Europäische Gemeinschaft mit dem Datum vom 31. 12. 1992 zum 1. 1. 1993 (das ist natürlich artifiziell, aber dennoch hat es etwas damit zu tun) erkannt hat, dass die Europäische Union nicht mehr eine Vereinigung von Agrarländern ist, sondern dass sie sich sehr massiv auch in die Entwicklung der urbanen Trends einzumischen hat. Das ist ein Unterschied, der ganz deutlich wird, wenn Sie sich einmal ansehen, wie sich inzwischen die verschiedenen Programme der Europäischen Union weiterentwickelt haben.

Und wenn es dann um Verträge geht, um den Maastrichter Vertrag, dann hat man sich sehr schnell zurechtgefunden, schöne Formulierungen zu wählen. Im Maastrichter Vertrag findet sich zum Beispiel die Position, dass sich die Europäische Union zu einer immer engeren Union der Völker Europas weiterzuentwickeln habe, in der die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Dieses Postulat wird jeder unterschreiben, die Realität ist ganz anders. Eine bürgernahe Entscheidung in diesen Bereichen gibt es bisher so nicht. Und deshalb müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie wir unsere Welt in unseren Städten erfassen und rechtzeitig sehen können, welche Entwicklungstrends in Europa da sind und wir uns rechtzeitig selber Vorstellungen machen, wie so etwas zu entwickeln und zu bewegen ist. Und Dr. Goeschel hat in seinem Vortrag vorhin etwas gesagt: Die Stadt als Vermittlerin zwischen Bürger und Staat, die sich in die Richtung der Vermittlung zwischen Bürger und Wirtschaft gewandelt habe. Ich glaube, ein Teil der Beispiele, die ich Ihnen jetzt bringen werde, ist Beweis dafür, dass dieser Trend festzustellen ist. Ich will Ihnen das an ein paar Beispielen nennen, die in jeder Stadt, so banal das auch klingt, eine unmittelbare Auswirkung haben werden; hier auf Freiburg wie auf meine Stadt wie auf viele europäische Städte.

Erstes Beispiel: Liberalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Alles, was wir über Stadtentwicklung und Verkehr diskutieren, wird ganz wesentlich davon beeinflusst, welche europäischen Rahmenrichtlinien wir für den Öffentlichen Personennahverkehr bekommen. Und das ist eine ganz akute Diskussion, die ebenfalls in der Öffentlichkeit nur von den unmittelbar Betroffenen diskutiert wird. Es wird aber nicht darüber diskutiert, welche Auswirkungen sie auf die Kommunikationsbedingungen von Städten haben. Sie werden feststellen: wenn man das wahr machte, was dort im Augenblick als krude Maßnahme vorgesehen ist, dann würde man einen großen Teil des Öffentlichen Personennahverkehrs in eine grundsätzliche Krise führen. Das ist meine feste Überzeugung. Brutal hat das Großbritannien vorgeführt: Sie hatten in Großbritannien mehrere hundert Verkehrsunternehmen, die ganz unterschiedliche Aufgaben hatten. Sie haben in Großbritannien heute noch ein paar –zig Unternehmen, die aber weitestgehend monopolisiert sind – auf der privaten Ebene, nicht über den Staat. Und Sie haben dort Verkehrsbedingungen, über die Bedienung der verschiedenen, auch außerhalb liegenden, Bereiche, vom ländlichen Raum bis in die Peripherie der Städte, die (gemessen an

unseren Vorstellungen von Nahverkehr) nicht akzeptabel sind. Das heißt, wir müssen hier sehr genau überlegen, ob Kommunikation in Städten oder zwischen Stadt und Land überhaupt noch vernünftig organisiert werden kann, wenn man diese Frage einfach nur an der Wettbewerbsorientierung misst. Und deshalb, finde ich, muss man darüber diskutieren.

Ein zweites Beispiel: Im Augenblick bereitet die Europäische Kommission Richtlinien vor und es sind Prozesse angesetzt über die Frage von Lebensfähigkeit von Sparkassen und ihren Wettbewerbsbedingungen und/oder öffentlichen Bürgschaften. Wenn es nur um die Nivellierung dieser Frage geht, ist meine These, dass wir in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland keinen dreigliedrigen Bankensektor mehr haben, sondern nur noch einen eingliedrigen. Wir haben heute private Banken, wir haben Genossenschaftsbanken, wir haben Sparkassen. Wenn man das nur an der Wettbewerbsfrage misst und sagt, die Kommunen haben keine entsprechende Rücksicherung für die Sparkassen zu leisten, weil dies wettbewerbsverfälschend wäre, dann lösen sie eine bestimmte Verbindung zwischen Stadt und Kreditinstituten auf, was beispielsweise für ihre Gewerbegebiete und die mittelständische Wirtschaft eine wesentliche Folgerung hat.

Jetzt behaupte ich nicht, dass wir uns überall nur wehren müssten, wenn es um Wettbewerb geht, sondern wir müssen uns natürlich um Wettbewerb kümmern. Aber wir müssen natürlich auch fragen, welche gewachsenen Bedingungen bei uns als positiv festzustellen sind und ob diese nicht auch in den Dialog mit der Europäischen Gemeinschaft übertragen werden können.

Es gibt jetzt die Diskussion um die Definition der öffentlichen Daseinsvorsorge (das ist ein Begriff, der im Französischen kaum so parallel zu übersetzen ist). Darunter versteht man im Prinzip solche Güter und Leistungen, auf die die Bürgerinnen und Bürger lebensnotwendig angewiesen sind, also Versorgungsfragen, Entsorgungsfragen, Sozialsysteme, die im wesentlichen über die Kommune, über die Region (sprich Länder) oder über den Bund zu leisten sind oder die auf der europäischen Ebene harmonisiert werden sollen. Was das im Detail bedeutet, will ich nochmal an einem Beispiel deutlich machen: Stellen Sie sich vor, welche Auswirkungen es im Augenblick auf die europäischen und insbesondere auf die deutschen Kommunen hat, dass wir eine völlig veränderte Wettbewerbssituation auf dem Energiemarkt haben. Das wird die französischen Kollegen im Augenblick noch relativ wenig interessieren (denn die haben nach wie vor ein fast unbeschädigtes Monopol von EDF), es hat aber für die deutschen Kommunen eine riesige Auswirkung, weil damit praktisch die Existenzfähigkeit von Stadtwerken einschließlich der Frage der Fernwärmeversorgung in Städten radikal auf eine andere Wettbewerbsposition gestellt wird. Und wenn wir über Philosophie von Stadtentwicklung reden, müssen wir auch über die sehr praktischen und sehr drastischen Entwicklungspotentiale sprechen. Was bedeutet es für eine Stadt, wenn sie beispielsweise keine Fernwärmeversorgung mehr durchsetzen könnte, weil sie wettbewerbsmäßig nicht mehr finanzierbar wäre?

Das alles sind Fragen, an denen ich Ihnen deutlich machen möchte, dass das zwar sehr pragmatisch ist, es aber außerordentlich viele Konsequenzen auf die Realität in einer Stadt, auf ihre Infrastruktur, auf ihre Lebensbedingungen, auf ihre Lebensfähigkeit hat. Und deshalb darf ich ein Zitat herausstellen, das vorgestern von Bundeskanzler

Schröder angesprochen worden ist. Er hat folgendes gesagt: „Deshalb kann und wird die Bundesregierung nicht tatenlos zusehen, wenn gewachsene und bewährte Strukturen öffentlicher Daseinsvorsorge im Zuge der europäischen Integration zur Disposition gestellt werden. Dies betrifft nicht nur die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, sondern ebenso den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie die kommunalen und regionalen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen. Wir werben bei den anderen Mitgliedsstaaten sowie bei der Europäischen Kommission für die Einsicht, dass ein Vorhalten der öffentlich-rechtlichen Strukturen der Daseinsvorsorge nichts mit verbotenen Beihilfen zu tun hat, sondern ausschließlich mit der Notwendigkeit, solche Dienstleistungen auch und gerade in der Fläche zu sichern. Der europäische Rat von Lissabon hat auf meine Bitte hin die Kommission aufgefordert, das Verhältnis von Binnenmarkt und öffentlicher Daseinsvorsorge neu zu bestimmen“.

Ich habe dieses Zitat deshalb herausgenommen, weil es mir eine ganz erfreuliche Sensibilisierung signalisiert, die neu ist auf der Bundesebene. Auch der Bundeskanzler hat – und das ist ja etwas Positives – dazugelernt, denn vor einigen Monaten war über diese Frage noch nichts zu hören. Und wenn wir unsere Vorstöße auf die europäische Ebene gemacht haben, wurde das von der nationalen Ebene und von der Ebene der Länder mehr oder weniger freundlich abgeblockt. Und es scheint hier nun so zu sein, dass man sich mit diesen Fragen etwas stärker auseinandersetzt. Ich halte das für absolut notwendig, denn, meine Damen und Herren, um es noch einmal zu sagen, die Realität in den Städten wird zu vielen, vielen Punkten, die man vielleicht als sehr primitiv betrachten wird, ganz wesentlich über diese Entwicklungen bestimmt. Das heißt, wenn wir darüber reden, wie wir Urbanität entwickeln, dann reden wir darüber, wo welche Einkaufszentren entstehen, welche Entertainment-Investitionen es gibt, wie die Verkehrsbedingungen sind, wie die informelle Technologie ist, die sich entwickelt. Und dies alles hat mit Konkurrenzbedingungen von Standortbedingungen zu tun, die man nicht wegdiskutieren kann, sondern mit denen wir uns auseinandersetzen haben.

Wir haben uns beispielsweise auch damit auseinandersetzen, wie das denn mit Abgrenzung von Stadt, mit wachsenden Zwischenstädten, mit dem fließenden Übergang zur ländlichen Situation ist. Und was hat das beispielsweise mit Grenzräumen zu tun? Was ist mit einem Factory-Outlet-Center, das jenseits der Grenze steht und diesseits die entsprechenden Veränderungen im urbanen Raum hat? Wie ist es zu bewerten, dass an Autobahnkreuzen Entertainment-Center entstehen, die die Innenstädte leermachen, sie ausziehen wie einen Kaugummi? Wie ist es zu bewerten, dass sich die Frage des Einzelhandels möglicherweise viel stärker auf die „grüne Wiese“ orientiert, und welche Konsequenzen hat das für Urbanität? Ist also eine Innenstadt nachher nur noch ein musealer Effekt, der über Subventionen aufrechterhalten wird? Oder ist es die Devastierung? Oder gibt es zwischen diesen beiden Polen des musealen Aufrechterhaltens von schönen Dokumenten der Zeitgeschichte und der Entleerung in den Raum vielleicht noch ein paar sinnvolle Alternativen?

Das heißt, wir haben auf die europäischen Institutionen Einfluss zu nehmen, diese Diskussionen aus der Erfahrung der Städte heraus zu führen. Und wir haben festgestellt, dass das mit der Europäischen Kommission nicht sehr einfach ist und dass man dort (gerade beispielsweise in der Generaldirektion „Wettbewerb“) diese Fragen eigentlich nur unter der sehr simplen Liberalstruktur feststellt: Gibt es nun einen Wettbewerb oder

gibt es ihn nicht? Und wie kann er schnellstmöglich erreicht werden? Das ist eine komplizierte Frage, nur auf den Wettbewerb zurückgeschnitten, und hat mit der vielfältigen Realität von Städten nicht sehr viel zu tun. Und dieser Dialog ist ganz besonders auch auf diesem demokratietheoretischen Ansatz, nämlich dass es nicht nur um Wettbewerbs- und ökonomische Fragen geht, aber dass die eine wesentliche Rolle spielen, in Brüssel bis heute nicht verstanden worden. Und ich plädiere noch einmal ganz eindringlich dafür, dass die Städte den Mut fassen, diese Diskussion profiliert voranzutreiben. Ich weiß, dass das schwierig ist, denn wenn man sich ansieht, welche Gruppierungen in Brüssel vorstellig werden, dann ist das auf der einen Seite ein Gesetzeslobbying, das nur über große globale Institute gemacht werden kann.

Wenn sich also sämtliche europäischen Kommunen zusammenfinden, um dort etwas zu transportieren, kann das auch immer nur auf dem kleinsten Nenner gemeinsamen Interesses sein, und es wird, sage ich mal, zwischen Helsinki und Palermo oder zwischen einer spanischen Kommune und – künftig – einer polnischen einen riesigen Unterschied geben. Und zwar in vielfältiger Weise: der Lebensbedingungen, der kulturellen Auseinandersetzung, der sozialen Fragestellung usw. Das heißt, es hilft mir nichts, nur über diesen kleinsten gemeinsamen Nenner mit der Europäischen Union in den Dialog zu treten, sondern hier muss die Vielfalt der urbanen Entwicklungsmöglichkeiten und der kulturellen Ausdrucksformen widergespiegelt werden. Verschiedene Gruppierungen wie zum Beispiel der *Rat der Gemeinden und Regionen Europas* versucht das, aber er versucht es doch, denke ich, mit einem notwendigerweise sehr begrenzten Erfolg. Über den *Ausschuss der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften* (ADR) hatte ich sozusagen im Vorfeld schon ein bisschen angetippt, wie weit es denn überhaupt mit unserer Repräsentanz aussieht, die also von der deutschen Seite sehr gering ist, und auch hier gilt: wenn einmal die Europäische Kommission bestimmte Formulierungen von neuen Richtlinien vorgenommen hat, ist es unglaublich schwer, darauf noch konstruktiv Einfluss zu nehmen. Dann können Sie nur noch Schadensbegrenzung betreiben... Also müssen wir begreifen, dass wir *vorher* einsteigen, dass wir unsere Vorstellungen bereits *vor* der festen Formulierung einer Vorschrift eingebracht haben und den Dialog suchen. Und der kann nur gelingen, wenn die nationalen Einheiten und die regionalen Einheiten begreifen, dass es nicht um diese Nivellierung geht, sondern dass es um eine Vielfalt geht.

Also, mit der Europäischen Kommission ist das nicht sehr einfach, aber notwendig, mit dem Europäischen Parlament ist das interessant und wird immer interessanter, je stärker die Kompetenzen des Europäischen Parlaments sind. Man darf dabei die Einflussnahme auf die nationale Ebene nicht vergessen, obwohl sie ja heute nicht mehr Dreh- und Angelpunkt ist. Aber sie muss eben betrieben werden, denn sonst gibt es keinen Transport auf die exekutive Ebene in Brüssel. Auch diese Ebene ist nicht zu vernachlässigen!

Dies alles sage ich nicht, um jetzt festzustellen: der europäische Einigungsprozess ist von Übel. Im Gegenteil! Ich bin der Auffassung, dass wir uns glücklich schätzen können, dass wir in einer solchen historischen Epoche leben können. Ich mache dies mal an einem Symbol deutlich, das für Freiburg vielleicht in ähnlichem Umfang gilt wie für meine Stadt Saarbrücken. In unserem Rathaus gibt es ein Bild vom Krieg 1870/1871, da steht drunter: „Feldzug“ (was eine euphemistische Umschreibung von „Abschlachten“

ist), und darauf ist ein Ritter in goldener und silberner Rüstung abgebildet. Siegreich steht er über einem Drachen, der getötet am Boden liegt. Und der Wahlspruch der damaligen Zeit hieß: „Jeder Stoß ein Franzos“. Das zeigt Ihnen, dass in einer Region, die an der Grenze lebt, die von der Erbfeindschaft geprägt worden ist – und diese Erbfeindschaft ist ja nicht im letzten Jahrhundert irgendwann einmal zu Ende gegangen, sondern die hat zumindest, sagen wir mal, mit 1945 einen bestimmten Kulminationspunkt erreicht, und wenn Sie sich überlegen, dass Menschen wie ich gerade in dieser Phase geboren sind, also während des Kriegs, 1945 –, dann ist es geradezu ein Wunder, wenn wir heute erleben können, wie sich diese Freundschaft mit Frankreich entwickelt hat. Und dass das ein ganz wesentliches Element der Europäischen Union ist, ist überhaupt nicht in Frage zu stellen, das heißt, ich finde diesen europäischen Einigungsprozess faszinierend. Natürlich geht er zu langsam! Aber ich bestehe schon darauf, dass dieser Prozess umso faszinierender wird, umso reicher er sich selber gestaltet und nicht einfach die Uniformierung macht.

Wir haben im Augenblick ganz spannende Programme mit der Europäischen Union, die versuchen, bestimmte Teilaspekte von Stadtentwicklung zusammenzuführen: die sozialen Fragen, die kulturellen Fragen, die Partizipation, die Ökonomie, die Ökologie. Das ist in einem solchen Programm wie „Urban“ aufgenommen worden – die meisten von Ihnen werden sicher damit konfrontiert worden sein oder es schon gehört haben. Das ist der Versuch, aus der eindimensionalen Begrenzung von Stadtentwicklung auszurechnen und zu versuchen, wie sie diese unterschiedlichen Bestandteile – soziologische, ökonomische, ökologische, kulturelle – unter Beteiligung der Bevölkerung zusammenzuführen. Das halte ich beispielsweise für einen Versuch, diesen Reichtum der Erfahrungen und der Entwicklungspotentiale der Städte zu erkennen und weiterzuentwickeln.

Ja, meine Damen und Herren, da wir uns darauf verständigt haben, dass ich kürzer sein sollte als wir das ursprünglich vorhatten, will ich Ihnen bestimmte Ausführungen über die Fonds ersparen, sondern will gleich zu dem kommen, was ich selber - sozusagen in der Schlussformulierung - für wichtig halte. Ich bin der persönlichen Überzeugung, dass wir mit der Europäischen Union jetzt stringent darauf hinarbeiten müssen, dass das Subsidiaritätsprinzip gestaltet wird, d. h. dass die jeweils niedrigste Ebene, die kompetent genug sein könnte, auch die entsprechende Verwirklichung in der Praxis haben muss. Das heißt, die Kommunen sind ganz wesentliche Träger der europäischen Entwicklungen. Das muss in den Verträgen deutlicher gemacht werden. Das darf nicht nur ein Postulat sein – als Postulat ist es vorhanden –, es muss in die Realität eingeführt werden! Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass wir in dieser rasanten Entwicklung, die ja vorhin an ein paar Stellen deutlich geworden ist, neue Kommunikationsformen miteinander finden, und zwar auch zwischen den europäischen Städten.

Wenn man sich überlegt, dass wir in den Städten in 20, 30 Jahren eine Entwicklung hatten, wie wir sie in Jahrhunderten vorher in der urbanen Entwicklung nicht hatten. Ich erinnere an die Vereinzelung in den Städten: wir haben in den meisten Innenstädten (das wird in Freiburg nicht anders sein als in den meisten anderen Städten) etwa 50% der Haushalte, die Singles sind. Wir haben in den letzten 30 Jahren eine völlige Veränderung des Altersaufbaus. Gottseidank werden wir alle älter, und wir als die zukünftig alten Menschen werden uns heute schon den Anspruch überlegen müssen, wie wir denn

als ältere Menschen an der kulturellen, an der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit unserer Städte partizipieren. Wir werden nämlich nicht mehr zulassen, dass wir, wenn wir aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden sind, uns damit abfinden und uns zurückziehen, sondern wir werden den Anspruch haben, dann erst recht am öffentlichen Leben partizipieren zu können. Es wird eine Veränderung in den Städten geben, die sich hin bis in die Wohnfragen richten wird, denn wir werden als ältere Menschen einen Anspruch darauf haben, andere Wohnungen zu haben als sie heute in den Innenstädten angeboten werden. Wir werden Forderungen an den Öffentlichen Personennahverkehr stellen. Wir werden Forderungen an die kulturellen Angebote einer Stadt stellen. Und deshalb, denke ich, ist das eine ganz spannende Phase, in der wir uns im Augenblick befinden.

Und wir werden darüber diskutieren müssen, wie wir den Spagat zwischen Identität und Offenheit hinbekommen. (Das hat vorhin ja auch schon eine Rolle gespielt.) Auf der einen Seite sucht jeder von uns nach Erinnerungspotentialen in seiner eigenen Umgebung, in seiner Stadt. Er möchte daran festhalten können, er möchte eine Vertrauenssituation haben. Und gleichzeitig hat er damit die Riesengefahr, dass er alles, was neu wäre oder andere kulturelle Wurzeln hat, ablehnt, weil das möglicherweise seine Vertrautheit stören könnte. Und deshalb ist es so spannend zu sehen, was in den europäischen Städten im Augenblick wirklich läuft. Zu sehen, welche Auswirkungen Migrationen auf die Städte haben. Und diese Migrationen kommen in Wellen auf uns zu – einmal aus Osteuropa, aus Südosteuropa, aber im Prinzip weltweit – und sie werden unsere kulturellen Bedingungen in den Innenstädten, in den Städten insgesamt, erheblich verändern. Wir haben uns damit in einer Form auseinanderzusetzen, wie das wahrscheinlich so schnell in den Abläufen früher nie geschehen ist.

Ich bin deshalb überzeugt davon, dass, wenn wir unsere Chance wahrnehmen, wenn wir wissen, wie reich wir an diesen Erfahrungen werden können und wie wir diese auf die europäische Ebene transportieren können, dann gilt: die Europäische Union wird lebhaft und stark und kreativ sein, aber eine Europäische Union kann sich nur dann prosperativ entwickeln, wenn sie sich auf der Basis gesunder und prosperativer Städte entwickelt. Das ist unsere Aufgabe, und ich denke, da haben wir viel zu tun.

DISKUSSION

Gustave Peiser

Ich will auf die vorherigen Vorträge etwas zurückkommen. Ich weiß nichts über die Städte; ich will dem Oberbürgermeister von Freiburg nur eine kurze Erklärung geben und dann einen historischen Nachweis erbringen. Die *communautés urbaines*, die *communautés d'agglomération*, die *communautés de villes et districts*, *syndicats mixtes* sind wirklich kein Beispiel für Deutschland. Warum? Weil man in Deutschland viel weiter ist. Die *communauté urbaine* ist ein französisches Heilmittel für eine Krankheit, die es in Deutschland nicht gibt. In Frankreich gibt es 36 500 Städte, und die wollen nicht zusammenkommen, wollen nicht zusammenarbeiten. Dann hat man interkommunale Fu-

sionen versucht wie die *communautés urbaines*, *districts* usw., damit zum Beispiel die Straßenbahnen nicht am Ende der Großstadt enden, die Wasserleitungen ein bisschen weiter gehen, die Taxis auch nicht am Ende der Stadt anhalten.

Meinen zweiten Kommentar richte ich an Herrn Oberbürgermeister Hoffmann aus Saarbrücken, je suis un plus ancien Sarrebruckois que vous, puisque je suis né en 1929 à Sarrebruck et je l'ai quitté en 1939. Et je voudrais faire une remarque historique personnelle. J'habitais de 1929 à 1939 à Sarrebruck qui n'était pas une très belle ville, mais c'était une ville très propre, confortable. Les appartements étaient bien, nous avions de l'eau, de l'électricité, des salles de bains; il y avait le W. C., et c'était très très important (je dirais même que c'était tout à fait fondamental), il y avait le tout-à-l'égout. Et puis, en 1939, en juin, j'ai quitté l'Allemagne avec une partie de ma famille, et nous sommes arrivés à Clermont-Ferrand, à Nîmes et à Montpellier. Et on était absolument surpris de ces villes qui étaient complètement sous-développées par rapport aux villes allemandes de l'époque. C'étaient des villes où les toits étaient mal entretenus; il n'y avait jamais de tout-à-l'égout, il y avait de l'électricité, c'est vrai, les W. C. étaient inconnus.

Donc il y avait des différences considérables entre les villes allemandes qui étaient modernes et les villes françaises, au moins au sud de la Loire, qui se trouvaient dans un état préhistorique. Et c'est là où je voudrais marquer quand même que la révolution urbaine française a été incroyable depuis 50 ans. Si vous allez aujourd'hui à Clermont-Ferrand ou à Montpellier ou à Nîmes, eh bien, ce sont des villes modernes, bien faites et qui ont tout le confort moderne. C'est-à-dire tout ce qui faisait l'infériorité incontestable, au point de vue de la modernité des villes françaises à l'époque, a aujourd'hui disparu. Ça a été quand même une avancée considérable.

Donc il faut se mettre aussi dans cette perspective historique extrêmement importante du rattrapage de l'urbanisme français – au moins du point de vue du confort – par rapport avec ce qui existait en Europe du Nord. Merci.

Henrik Uterwedde

Herr Hoffmann, zu Ihren Aussagen zu den Liberalisierungen und den Problemen, die Sie haben und mit denen ich große Sympathie habe, folgende Bemerkung: Ich wehre mich ein bisschen dagegen, dass man diesen Konflikt um die Liberalisierung des Nahverkehrs, um die öffentliche Daseinsvorsorge usw. reduziert auf die Frage, wie stark die Lobby der Kommunen in Europa ist und wie stark das Gewicht der Kommunen gegenüber der Europäischen Union-Kommission ist. Denn im Grunde genommen ist das Problem, das Sie ansprechen, doch ein nationales und ein europäisches Problem der künftigen Wirtschafts- und Sozialordnung, in der wir leben wollen. Wieviel Wettbewerb, wieviel Markt muss und darf sein, und wieviel soziale, territoriale Kohäsion, wieviel Möglichkeit zur Vielfalt brauchen wir? Das in ein Gleichgewicht zu bekommen, vielleicht in einer europäischen sozialen Marktwirtschaft: das ist das Thema. Das kann nicht nur das Thema der Kommunen sein; wir müssten im Grunde versuchen, das auf der nationalen, europäischen Ebene zu debattieren.

Ein weiterer Punkt in dem Zusammenhang betrifft das, was bei uns jetzt unter dem Stichwort „öffentliche Daseinsvorsorge“ entdeckt wird. Vielleicht ein Vorschlag von mir für die Übersetzung in den französischen Kontext: das ist die französische Debatte

um den *service public* im französischen Sinne. Ich habe damit ein Problem: Als die Franzosen vor drei, vier Jahren das Problem mit der EU-Kommission hatten, wie man den *service public* à la française in Einklang bringen oder retten kann gegenüber den Direktiven der EU-Kommission, haben wir Deutschen die Franzosen alleine gelassen. Da kamen aus Deutschland nur die Kommentare: „Naja, die Colbertisten und die Etatis-ten in Frankreich wollen’s mal wieder“. Jetzt entdecken auf einmal wir Deutsche genau das gleiche Problem. Ich würde mir wünschen, dass wir künftig – und dazu dienen ja auch solche Dialoge wie dieser hier – diese Debatten transnational führen und gemeinsam handeln, gemeinsam Formulierungen und Lösungen für morgen suchen, anstatt egoistisch und auch ein wenig national- und lokalpatriotisch immer dann erst zu schreien, wenn es einen selber betrifft. Herzlichen Dank.

Paul Chemetov

Je voulais vous remercier de votre intervention – vous avez évoqué des cailloux que d’autres avaient jetés – si des cailloux font sortir des grenouilles, tant mieux, parce que les grenouilles croassent très fort après. Et pour parler plus sérieusement : ce que vous mettez en balance entre le pouvoir légitime démocratique des villes et le pouvoir oligar-chique et illégitime de la Commission de Bruxelles est une question politique pour l’Europe. Si vous trouvez plus d’intérêt au Parlement, c’est que le Parlement est légi-time. Et ce que je décrivais dans l’administration française mise en place sous Vichy, c’est exactement la structure de la Commission de Bruxelles. Ce n’est pas une instance légitime. Les seules instances légitimes en démocratie, ce sont les instances élues. Et la Commission n’est pas élue.

Par ailleurs, vous parliez des villes et de l’équipement des villes, de leur système bancaire, de leur système de transports. Le problème n’est pas dans l’exercice public de cette fonction, mais bien de la fonction publique que cela représente. Et il est bien cer-tain, et c’est tout l’enjeu de l’avenir des villes et de ce mode de vie européen par les villes, que si l’espace public n’existe pas, ne se manifeste pas, eh bien, la ville devient une entreprise, un espace uniquement marchand. Ce qui permet de maintenir la démoc-ratie dans les villes, c’est bien l’existence d’un réseau de fonctions publiques.

J’aimerais que vous réagissiez avec plus de force, encore (en tant que grenouille) sur la question du libéralisme : le libéralisme, c’est un mode d’exercice du marché. Ce n’est pas un mode d’exercice de la ville, c’est bien certain. Alors, pour tempérer mon impa-tience, on peut se dire qu’il y a eu un énorme entracte européen de 1914 à 1989, et que ces trois générations mises entre parenthèses, il faudra le même temps pour arriver à l’équilibre que vous souhaitez au niveau de l’Europe, au niveau de nos échanges. Mais c’est sur ces points que j’aimerais que vous réagissiez avec encore plus de force : sur ce qui est possible et sur ce qui est impossible pour que les villes restent le lieu de l’invention et de l’exercice de la démocratie.

Hermann Schwengel

Ich möchte noch einmal auf den vorherigen Beitrag zurückkommen. Ich fand das sehr erfrischend, dass Sie sozusagen auch die Wendung vollzogen haben, man müsse sich auch aktiv, mutig auf diese Verbindung Kommunen-Europa hinbewegen. Aber dem steht etwas entgegen – und da bitte ich sich noch einmal auseinanderzusetzen: Europa ist gut, weil es eine historische Feindlage nach und nach beendet und dort zu Lernprozessen führt, die man sich vor fünfzig Jahren gar nicht vorstellen konnte. Es ist aber schlecht, wenn es empirisch auftritt. Es behindert nämlich die Funktion der Daseinsvorsorge, wie wir sie als Potential, als Errungenschaft der kommunalen Selbstverwaltung und des Sozialstaates ansehen. Das führt zu einer Dissonanz im Kopf, wenn die Begründung auf der einen Seite aus Fragen von Krieg und Frieden entsteht, sie auf der anderen Seite aus der empirischen Erfahrung des Nahverkehrs resultiert. Am Ende wird der Nahverkehr siegen, je mehr in der Generationsfolge das historische Ereignis und die Feindschaften zurücktreten. Das ist eine beunruhigende Folgerung, die man daraus zu ziehen hat.

Und dann möchte ich an etwas anschließen, was schon gesagt worden ist. Nämlich: es sieht ja zunächst in der kommunalpolitischen Perspektive so aus, als sei Europa tatsächlich (wie es Margret Thatcher vor Jahrzehnten ausgedrückt hat) „die größte Deregulationsmaschine der Weltgeschichte“, die an dem Punkt sozusagen nichts anderes tut als zu liberalisieren und den Märkten zu überlassen. Aber das ist ja nicht die notwendige Konsequenz. Was den öffentlichen Nahverkehr betrifft, könnte man einfach auch nur sagen, es entsteht ein Zwang zur Transparenz. Das heißt, wenn man über Wasser und Strom Nahverkehr subventioniert (wofür es gute Gründe gibt), dann kann die Aufforderung auch darin liegen, in der städtischen Kommunikation die direkte Kostenrechnung einzuführen, nämlich zu sagen, wer für was eigentlich bezahlt und warum. Und das ist das, was die Leute auf längere Sicht auch wissen wollen. Ich glaube nicht, dass das etwas ist, was von heute auf morgen geschieht. Deswegen bin ich in der Zielrichtung, mit der Sie argumentieren – Subsidiarität –, vollständig einverstanden, nur bitte ich, sich vor der Illusion zu hüten, dass man mit der Formel der Subsidiarität den tatsächlichen Willen von wachsenden Mehrheiten in der Bevölkerung, etwas zu sagen, etwas über Kosten und Nutzen wissen zu wollen, an den Entscheidungsprozessen zu partizipieren, und zwar auf direkte Art und Weise (nicht nur über die Wahl von Abgeordneten, die wiederum diese Finanzierung des einen durch das andere vertreten) fassen kann.

Also, ich bitte das Liberalisierungsargument genau zu nehmen. Es ist nicht nur Wirtschaftsliberalisierung, die – zweifellos auch! – von der Europäischen Union ausgeht, sondern dass dort ein Druck entsteht auf die Veränderung der bürgergesellschaftlichen Teilnahme hin zu unmittelbaren, direkten Mitbestimmungen an den Entscheidungen, die zu treffen sind. Ich weiß, jeder Oberbürgermeister muss auch wiedergewählt werden, und er hängt von schwierigen Meinungsbildungsprozessen ab. Aber wenn wir schon über längere Perioden sprechen, dann heißt die längere Periode nicht nur Druck auf Marktbedingungen durch die Europäische Union, sondern von Europa kommt auch der Druck auf direkte politische Partizipation und vor allem auch auf die kommunale und regionale Ebene: dort, wo Arbeiten und Wohnen, Wirtschaft und Verkehr tatsächlich zusammenstoßen.

N.N.

M. le président, je vais essayer d'être bref, et je voudrais m'adresser aux trois orateurs de ce matin. Je crois qu'il y a une phrase de Marcel Proust dans *Contre Sainte-Beuve* (Joseph Jurt pourra le préciser, s'il le souhaite) qui dit : « Nos villes européennes, c'est du temps qui s'est transformé en espace », quelque chose comme cela. Je crois que notre problème actuel, c'est qu'en effet aujourd'hui nous n'avons plus un temps, mais des temps très désynchronisés : le temps des individus qui, lui-même, est heurté, le temps des professions, de multiples temps. Ces temps désynchronisés ne se transforment plus en espace. Et bien souvent, même l'espace accentue la désynchronisation des temps. Or, je crois que j'ai l'impression, à voir et à entendre les orateurs de ce matin, que les municipalités n'arrivent pas à résoudre cette synchronisation des temps, pas plus que l'Etat. D'une certaine façon, on pourrait dire qu'on cherche bien des solutions pour susciter la participation des citoyens (en ayant recours aux sondages d'opinion, au marketing électoral), mais je dirais que c'est un peu un emplâtre sur une jambe de bois. Le sondage électoral ne remplacera jamais la participation des citoyens dans un processus électif légitime, donc ce sens est une solution sans issue. Du côté de l'Europe, de la Commission Européenne en particulier, elle est loin, elle est puissante : il suffit d'aller à Bruxelles et de voir les bâtiments de l'Europe pour s'apercevoir effectivement de ce qu'est un peu la puissance, la réalisation de la puissance. C'est vraiment un bastion qui domine effectivement l'Europe, très éloigné de nos réalités quotidiennes.

Du coup, on se demande en effet quelle est la solution. Ce matin, M. Goeschel parlait de communes et de libertés. D'une certaine façon, M. Chemetov parlait de fraternité, d'en-commun, d'être ensemble. C'est peut-être par hasard si le mot „Tous ensemble“ des cheminots en 1995 a eu tant de succès dans la société française et d'une certaine façon a été repris dans beaucoup de pays européens. Mais il manque un mot de la République Française qu'on n'a pas entendu ce matin, c'est le mot de l'égalité. Je crois en effet que la Commission Européenne, d'une certaine façon, dans son choix radical du néolibéralisme et du néolibéralisme le plus dur accentue les inégalités et que de très nombreuses difficultés de nos villes, que cette désynchronisation des temps, que cette incapacité à lier temps et espace d'une certaine façon est produite par une augmentation immense des inégalités comme on n'en avait pas connu depuis très très longtemps en Europe. Et je crois que s'il y a des luttes à mener – et on voit bien qu'elles apparaissent ici et là et les sociologues doivent être sensibles à ces luttes – c'est bien pour constituer à nouveau une nouvelle égalité, finalement, redéfinir un peu un projet tendant vers plus d'égalité.

Hajo Hoffmann

Also, das soll sehr kurz sein. Das heißt aber auch, Sie müssen mir verzeihen, wenn ich ab und zu etwas holzschnittartig bin. Das war auch in meinem Vortrag so, denn wenn

Sie sich das für dreißig Minuten vornehmen, ist eine Differenzierung kaum möglich. Das ist schon klar.

Zum Thema Liberalisierung („Wieviel Wettbewerb muss sein?“) zuerst einmal: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Auseinandersetzung, die wir führen, tatsächlich sehr viel weitgehender ist als dass wir uns nur über die Frage der Wettbewerbsordnung unterhalten. Natürlich ist das die Spitze des Eisberges, aber sie ist eine wichtige Diskussion in der Steuerung. Das ist aber nicht nur ein Thema der Kommunen, sondern das ist ein Thema sämtlicher staatlicher Ebenen. Und (jetzt provoziere ich einfach mal) was die Modernisierung und was die Veränderung und Dialogfähigkeit öffentlicher Ebenen angeht, sind die Kommunen meilenweit besser als die Länder, als der Bund und als die Europäische Kommission. Meilenweit besser! Ich würde Ihnen das gerne vorführen; wenn Sie es nicht glauben, können wir das nachher mal in einem kleinen Gespräch zu sehen versuchen. Sie werden feststellen, dass beispielsweise die Kommunen dabei sind, ihr gesamtes Rechnungswesen auf eine Situation umzustellen, die vergleichbar ist mit der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung. Das passiert jetzt in den Städten in rasantem Umfang. Das werden Sie in den Ländern nicht feststellen, das werden Sie beim Bund nicht feststellen. Die Europäische Kommission hat das Problem nicht; die hat andere Probleme. Wenn Sie die Dialogsituation betrachten, behaupte ich mal, dass die in der kommunalen Praxis eine viel nähere Realität hat, als Sie die auf den anderen Ebenen wiederfinden. Also, ich gehe in diese Diskussion mit den Städten eigentlich sehr selbstbewusst hinein, denn ich behaupte auch umgekehrt, dass die Frage „Liberalisierung und Partizipation“ sich oft widersprechen. Wenn Sie sich einmal ansehen, was im Moment auf dem Energiemarkt passiert ist, ist es praktisch die „kalte Entmachtung“ der Stadtwerke unter Liberalisierungstendenzen und nicht mehr die Chance, dass sie so viel an ökologischer Energiebereitstellung machen können, als sie das vorher konnten. Freiburg wird das auch spüren. Das heißt, wir haben hier einen Verlust an Partizipation, wenn wir nicht aufpassen. Und deshalb muss man diese Fragen immer noch einmal sehr kritisch betrachten.

Es ist vorhin etwas gesagt worden: Herr Chemetov hat einige harsche Positionen zur Kommission formuliert. Die möchte ich jetzt nicht unbedingt abstützen, aber wir können uns wahrscheinlich darauf verständigen, dass dieser Dialog immer demokratischer wird, je stärker das Europäische Parlament ist. Ich denke, auf diese Formulierung können wir uns einigen.

Dann, Herr Schwengel, Sie sagten noch einmal: „die Dissonanz im Kopf“, sozusagen zwischen der Friedensperspektive der einen großen Situation und der Realität des ÖPNV. Das kann beunruhigend sein, weil diese Dissonanz dann nachher für die Menschen eigentlich ergeben könnte: „Friedenspolitik haben wir sowieso, darüber brauchen wir gar nicht mehr nachzudenken, aber der ÖPNV ist kaputt, und deshalb sind wir gegen die Europäische Union.“ Ich will es mal so herum definieren: ich glaube, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen, dass es eine neue Dimension europäischer Innenpolitik gibt, nämlich eine Diskussion, die konfliktär durchgeführt wird, die aber dennoch die Grundsatzentscheidungen nicht in Frage stellt. Ich glaube, wir müssen uns daran gewöhnen, dass wir untereinander, auch zwischen den nationalen Zugehörigkeiten, auch durchaus kritisch miteinander diskutieren können, ohne dass diese Kritik dann umformuliert werden könnte als In-Frage-Stellen des europäischen Einigungsprozesses.

Ich denke, das ist ganz wichtig. Und das ist eine Normalisierung der Diskussion. Die müssen wir haben!

Und deshalb plädiere ich sehr dafür, dass es immer mehr solcher Kommunikationsorte gibt. Sie werden durch das Internet nicht ersetzt. Sie können das nicht alles virtuell machen. Dazu müssen Sie den Menschen in die Augen sehen, Sie müssen sie treffen können, Sie müssen sich mit ihnen auch bei Wein oder Bier oder Wasser und einem guten Essen treffen können: Sie müssen eine Kommunikationsform entwickeln können, die genau dieser Anonymität entgegensteht. Denn das ist für mich so eine Horrorvision: hier in Freiburg gibt es wunderschöne Plätze. Stellen Sie sich vor, alle Menschen sitzen an so einem wunderschönen Tag gemeinsam auf einem Platz. Der gesamte Platz ist besetzt: lauter Tische, Stühle – alles ist voll. Jeder sitzt dort, hat sein Handy an und kommuniziert. Aber nicht mit demjenigen, der am Tisch sitzt... Das ist so die Vision von Kommunikation, die man haben könnte, wenn man nur die technische Perspektive sieht. Und deshalb ist es wichtig, dass wir zusammenkommen können. Ich denke also, dass wir uns zwischen den Polen „Liberalisierung“ und „Partizipation“ bewegen müssen.

Ich bin völlig mit dem einverstanden, was Sie gesagt haben: dass eine Transparenz notwendig ist und dass sie zeigen muss, wo welche Kosten entstehen und wofür diese bereitgestellt werden. Dass diese Dienstleistung erkennbar sein muss – da bin ich völlig mit Ihnen einverstanden! Das ist ein herber Diskussionsprozess, den die Kommunen durchstehen müssen, denn sie haben in vielen Feldern mit ihren Unternehmen geschlafen. Sie haben auch mit ihrem Rechnungssystem geschlafen. Es gibt auch oft die Situation, dass sie ein Budget verabschieden und die Stadtverordneten eigentlich nicht wissen, was die Dienstleistungen, die sie beschließen, wirklich kosten. Deshalb kann es auch keine rationale politische Entscheidungsgrundlage sein, und damit können Sie auch keine Partizipation bewirken. Da gebe ich Ihnen also völlig recht: dieser Veränderungsprozess ist im Augenblick voll im Gange. Wir sind in Deutschland nicht die Spitze der Bewegung; diese Diskussion ist in Skandinavien besser als bei uns, und in einigen nicht-europäischen Staaten ist sie auch sehr weit getrieben worden. Wir haben auch dort eine Dialognotwendigkeit, die wir weiter vollziehen müssen.

Francis Godard Prospectives des villes

Du nouveau dans la maîtrise du développement territorial en France

Depuis le début des années 1990, la question de la maîtrise du développement urbain est revenue à l'agenda des divers gouvernements français. Après une période d'une quinzaine d'années où l'idée du laisser-faire a été dominante, on se dit qu'il est nécessaire de réguler l'organisation des territoires.

Après la Loi d'orientation pour la ville de 1991 et la loi Pasqua sur l'aménagement du territoire de 1995, en l'espace de quelques mois, le gouvernement de Lionel Jospin a adopté trois lois très importantes qui refondent l'action urbaine de l'Etat.

- (a) Loi relative au renforcement et à la simplification de la coopération intercommunale (12 juillet 1999) dite loi Chevènement du nom du Ministre de l'Intérieur.
- (b) Loi d'orientation pour l'aménagement et le développement durable du territoire (25 juin 1999) dite loi Voynet du nom du Ministre de l'Environnement et de l'Aménagement du Territoire.
- (c) Loi solidarité et renouvellement urbain (en navette parlementaire) dite loi Gaysot/Besson.

La première, en créant les communautés d'agglomération, donne une nouvelle légitimité aux structures intercommunales par des transferts de compétence et surtout permet la coopération en instaurant une fiscalité unique sur les entreprises dans ces nouvelles institutions.

La seconde refonde les politiques d'aménagement du territoire et réaffirme la longue durée. Elle propose de nouveaux principes de l'action publique avec la notion de contrat entre Etat et collectivités locales. Elle insiste sur la prise en compte de la dimension européenne de l'aménagement du territoire.

La troisième reconstruit les instruments de la planification avec les schémas de cohérence territoriale. Elle vise à maîtriser le développement urbain en intervenant conjointement sur les politiques de logement et les politiques de transports. Elle se fixe également pour objectif d'instituer la mixité sociale dans les villes.

Par ailleurs, la Délégation à l'Aménagement du Territoire et à l'Action Régionale (DATAR) a relancé ces travaux de prospective avec la création, au début de cette année, de 10 groupes de prospectives. Donc, si on se remet à parler de prospectives c'est que, précisément, on s'interroge de nouveau sur la manière de préparer l'avenir. Une nouvelle prospective apparaît ici plus attentive aux mouvements actuels de la société. A côté de la prospective classique fondée sur les tendances lourdes et la construction de scénarios du futur, une nouvelle prospective apparaît plus sensible aux mouvements de la société ou à ce que l'on appelle les « signaux faibles ». Il s'agit de pratiques nouvel-

les émergentes qui n'apparaissent pas encore dans les statistiques. Moi, je plaide donc pour une attention plus grande à ces mouvements-là.

Les nouveaux territoires urbains

Ce qu'on appelle « ville » change nature. On le constate avec l'émergence de termes complètement nouveaux ou relativement nouveaux pour désigner l'urbain. On emploie les termes de « mégapoles », de « métapoles », d'« aires urbaines », de « régions urbaines », de « villes émergentes », de « villes archipel », de « nébuleuses urbaines » etc. On voit bien qu'à travers l'indécision sur les termes, se révèle une difficulté à penser les nouveaux types de territoires en émergence.

Un symptôme de ces bouleversements réside dans les changements de définition de l'urbain selon l'INSEE en France depuis 1946. En 1946, la définition des communes urbaines n'a pas changé depuis un siècle (depuis la décision des statisticiens de 1846 puis avec recensement de 1886) : il s'agit des communes de plus de 2000 habitants agglomérées. En 1954, on définit des unités urbaines à partir de critères de continuité du bâti (construction en continue éloignée de moins de 200m). En 1962, l'INSEE met en place la notion de ZPIU (Zone de peuplement industriel et urbain). Il s'agit d'unités géographiques plus vastes que les villes¹ : Les ZPIU tendent à gommer l'opposition entre communes rurales et communes urbaines et à mettre en évidence l'opposition entre commune rurale intégrée à une ZPIU et commune du rural profond. La définition par l'INSEE d'un nouveau zonage en aires urbaines (ZAU) à partir du recensement de 1990 est le signe que les découpages antérieurs sont dépassés par la réalité du développement urbain. Ce nouveau zonage fondé sur l'emploi et les déplacements entre domicile et travail permet de distinguer divers types d'aires urbaines (pôle urbain, couronne périurbaine, communes multipolarisées, etc.) et de comparer entre elles des villes aux formes de développement différents.

N'oublions pas également que les limites entre territoire urbain et territoire rural sont redéfinies entre chaque recensement en fonction de l'agglomération de population. A l'issue du recensement de 1999, 677 nouvelles communes ont été classées urbaines en raison du processus d'étalement urbain et 20 sont redevenues rurales. La France métropolitaine compte donc maintenant 5954 communes urbaines regroupant 75,5% de la population.

Un autre symptôme est le mouvement de constitution de communautés de communes, de communautés d'agglomérations et de communautés urbaines. Depuis environ trente ans l'Etat incitait les communes à se regrouper sans y parvenir vraiment. En France, de ce point de vue-là, on avait pris un grand retard. Il est quand même significatif de voir que, sous l'impulsion de la loi du 12 juillet 1999, en l'espace de quelques mois, le processus d'association intercommunale s'est complètement débloqué. Des centaines de communes ont choisi de s'associer en utilisant les possibilités ouvertes par

¹ La définition des ZPIU est basée sur trois types d'indicateurs : niveau de migration quotidienne entre domicile et travail, taux d'accroissement démographique et pourcentage de population vivant de l'agriculture.

la dite loi. Il est vrai que cette loi proposait de fortes incitations fiscales pour les communes volontaires mais cela n'explique pas tout. Car les changements de la morphologie des villes furent un facteur essentiel.

Quelques caractéristiques actuelles de l'urbanisation française à partir des données du recensement de population de 1999.

Je résumerai les tendances observables à partir du recensement en 7 points.

1. La confirmation des inégalités interrégionales est le premier constat, avec une croissance de population très ralentie au nord, soutenue au sud, et un dépeuplement confirmé dans le massif central. Les aires urbaines les plus dynamiques se situent sur le littoral méditerranéen, dans l'est du pays en Alsace et surtout en Bretagne et sur le littoral atlantique.
2. L'analyse des formes de la croissance urbaine à partir des données les plus récentes fournies par l'INSEE fait apparaître que le pays a continué à s'urbaniser. Les grandes aires urbaines et leur périphéries ont le plus fortement contribué à la croissance démographique : 0,4 % par an contre 0,37% sur toute la France métropolitaine. La moitié de l'accroissement de population entre 1990 et 1999 s'est concentrée sur 8 des 52 aires urbaines de plus de 150 000 habitants (Il existe 361 aires urbaines en tout). A contrario, une aire urbaine sur trois perd de la population entre 1990 et 1999. Les 5 agglomérations qui perdent des habitants sont toutes des villes d'industrialisation ancienne. Le processus de croissance inégale du territoire est dû à la polarisation par les grandes aires urbaines du développement économique et démographique.
3. L'étalement urbain s'est poursuivi avec des taux de croissance élevés dans les couronnes extérieures des agglomérations : la deuxième couronne péri-urbaine. Le modèle général de l'étalement urbain reste globalement exact : le taux de croissance est plus élevé à mesure que l'on s'éloigne du centre : les ménages arbitrent pour plus d'espace dans le logement contre des temps et des coûts de transports importants. Entre 1990 et 1999, dans les grandes métropoles régionales, la couronne péri-urbaine se développe 4 fois plus vite que le pôle urbain (1,29% par an contre 0,28% par an). Globalement, le solde migratoire des banlieues est devenu négatif est en net repli pour toutes les tailles d'unités urbaines (de + 321 000 à -268 000). Le mouvement est le plus spectaculaire en région parisienne. Parallèlement le déficit migratoire s'est réduit dans les villes centres (-580 000 à -250 000).
4. Mais ce modèle doit être précisé car d'autres tendances apparaissent.
 - Dans certains cas l'étalement s'accompagne d'une diminution de la population de la ville centre : Marseille-Aix, Paris, St Etienne, le Havre ...
 - Dans d'autres l'étalement s'accompagne d'un maintien ou d'un développement de la banlieue et de la ville centre : Strasbourg, Clermont-Ferrand ...
 - De nouvelles tendances se font jour (31 des 73 aires urbaines de plus de 100 000 habitants ne suivent pas le modèle de l'étalement urbain) : soit, avec des

évolutions fortes des villes centre au détriment des banlieues (Nancy, Valenciennes, Lens, Dunkerque, Douai, Reims, Troyes, Nantes), soit au contraire par des progressions du pôle urbain dépassant celle de la couronne périurbaine (Rennes, La Rochelle et Poitiers) ou de la banlieue dépassant la ville centre (Toulouse).

5. Les villes moyennes connaissent un déclin relatif sauf si elles sont inscrites dans l'aire de développement d'un grand pôle régional.
6. Le solde migratoire de l'espace dit rural est devenu positif. Mais ce type d'espace connaît des situations très contrastées. La croissance des communes rurales engagées depuis 1975 se confirme, mais ce constat s'accompagne des mêmes erreurs d'interprétation qu'en 1982. Les communes rurales en croissance sont, en effet, celles qui se situent dans les orbites de développement des grands centres urbains : les communes aux environs des 180 aires urbaines les plus dynamiques enregistrent 94% du gain migratoire. Il s'agit bien d'un nouveau moment de l'urbanisation des espaces ruraux et non d'une ruralisation des espaces urbains. N'oublions pas que selon les critères retenus par l'INSEE une grande partie des communes classées rurales vont changer de statut après le recensement de 1999.
7. Les inégalités sociales (saisies en termes de revenus des ménages) sont beaucoup plus fortes à l'intérieur des régions et des grandes aires urbaines qu'entre les régions. Mais surtout, la concentration spatiale des cadres de haut niveau et les professions intellectuelles est de plus en plus marquée. Selon un document récent de la DATAR, 14 villes de France en ont gagné et 226 en ont perdu. 22% de cette catégorie vit en Ile-de-France.

Culture du mouvement et culture du temps :

les nouvelles caractéristiques de la culture urbaine

Le processus d'étalement urbain, caractéristique de l'urbanisation française depuis 25 ans, est lié à l'accélération des mobilités. En l'espace de vingt ou vingt-cinq ans, les temps de transport quotidiens n'ont pas augmenté, en moyenne en France ils se sont stabilisés autour d'une heure. En revanche, les distances de déplacement ont augmenté de manière considérable. C'est une donnée de base : on se déplace de plus en plus loin de son domicile pour aller travailler.

Ceci nous amène à nous pencher sur la question des temporalités de la vie quotidienne. Une nouvelle organisation et temporalité dans la société se met en place, et elle aura des conséquences considérables sur l'organisation urbaine.

Le travail a synchronisé la société pendant des siècles. Maintenant le travail désynchronise la société. Ça c'est quand même un élément absolument nouveau. Donc la flexibilisation, la dérégulation du travail, contribuent à désynchroniser et donc à individualiser le rapport au travail beaucoup plus qu'avant. C'est un changement massif, c'est un changement considérable que l'on connaît tous. Et ça va avoir des conséquences tout à fait essentielles sur la vie urbaine. Il faut comprendre la manière dont les familles vont réagir à ces changements. Il faut également comprendre quels nouveaux rapports se

constituent entre les nouvelles temporalités induites par le travail et l'aménagement de l'espace.

Il faut, en effet, comprendre comment les travailleurs ou les salariés vont réagir à la nouvelle organisation du travail. Une étude du DIFU nous propose le raisonnement suivant : Si vous travaillez trente-deux heures par semaine, vous pouvez travailler quatre jours par semaine en travaillant huit heures par jour, ou vous pouvez travailler six jours par semaine en travaillant un peu plus de cinq heures par jour. Donc ce sont deux choix de vie. Selon le choix qui va se faire, vous allez avoir des rapports à l'espace complètement différents. Si vous travaillez quatre jours par semaine à raison de huit heures par jour, et si sur ces quatre jours par semaine vous faites une journée en télétravail (ce qui n'est pas du tout absurde comme hypothèse et ça va souvent se faire), ça veut dire que vous allez trouver des personnes qui auront à se déplacer trois jours par semaine sur leur lieu de travail, et ça veut dire qu'ils vont habiter de plus en plus loin finalement de leur lieu de travail, et c'est ce qui commence à se passer. Si on travaille six jours par semaine à raison d'un peu plus de cinq heures par semaine, on habite plus près de son lieu de travail, et on resserre le rapport entre le travail et l'habitat.

Une étude sur Wolfsburg montre que la réorganisation du travail et donc la désynchronisation du travail entraîne une plus faible fréquentation des services de transport publics. On prend sa voiture beaucoup plus. Les gens vont habiter beaucoup plus loin de leur lieu de travail. Et donc, effectivement, on voit bien que la flexibilisation des temps de travail s'accompagne finalement d'un rapport complètement différent à l'urbain.

L'autre conséquence essentielle est l'explosion du marché des services. Je pense qu'il y a quelque chose d'important à observer parce que si on regarde les Etats-Unis, les services aux familles constituent un marché extraordinairement actif. Si nous ne développons pas nos services publics nous-mêmes (ça veut dire si le service public des pays européens n'est pas capable de comprendre ces nouvelles tendances), il est très clair que ce sont les services marchands qui emporteront la mise. Et dans ce cas-là, effectivement, ceux qui pourront se les payer se les payeront, et les autres les regarderont. Pour ne citer qu'un exemple parmi cent autres : dans la ville de Sarratoga, aux Etats-Unis, par exemple, une société s'est créée, qui s'appelle *Kid cabs*, qui offre « a *driving service for the busy parents of busy kids* ». Donc c'est effectivement un service qui va transporter les enfants de leur cours de piano à leur terrain de sports et chez eux etc. Voilà un nouveau type de service. Et il y en a bien d'autres comme ça. Alors effectivement on voit bien que ces services-là se développent très rapidement. Ils ont comme caractéristiques communes d'être des amortisseurs de temps.

On a toujours pensé la ville du point de vue de la conception des espaces bâtis. Il faut également la penser du point de vue des mobilités et des temporalités.

DISKUSSION

N.N.

Ich möchte einen Kommentar zum Thema Einpersonenhaushalte in den Städten und zum Thema Zeitorganisation abgeben. Die Einpersonenhaushalte sind ja ein Anzeichen für eine gesellschaftliche Veränderung, zeigen also etwas darüber an, wie wir Familie und Familienverhältnisse verstehen. Zum einen ist es ja nicht nur so, dass die Einpersonenhaushalte in den Städten zunehmen, sondern wir haben ja auf der anderen Seite auch etwas, was zum Teil von Stadtforschern beklagt wird: sehr große Haushalte. Das ist auch ein Problem für die Städte. Wenn wir nur von Einpersonenhaushalten in den Zentren sprechen und nicht darüber, dass die Migrantenfamilien ganz andere Zusammenlebensformen haben, und nicht gleichzeitig das eine sehen *und* das andere sehen und uns darüber klar werden, dass wir beides als Deformation des normalen Familienlebens betrachten, finde ich, dann ist die Diskussion nicht weitgehend genug.

Wir haben sozusagen immer, wenn wir von einerseits von kinderreichen Familien (dann immer Migrantenfamilien) und andererseits Einpersonenhaushalten (dann immer mit der Vorstellung von völliger Vereinsamung, völliger Individualisierung) sprechen, ein Bild im Kopf, wie das eigentlich zu sein habe. Und dieses „Eigentlich-Zu-Sein-Habe“ ist das Bild der bürgerlichen Kleinfamilien. Ich denke, man muss sich darüber klar sein, dass die Tendenz der Einfamilienhaushalte in den Städten zum einen darauf zurückzuführen ist, dass sich viele Frauen nicht mehr in dieses Kleinfamilienmodell einordnen lassen wollen, dass darüber hinaus aber andere Formen sozialer Netze entstehen. Es ist ja nicht so, dass diese Einpersonenhaushalte völlig isolierte Inseln im Raum der Innenstadt sind, sondern es entstehen neue Formen des sozialen Zusammenhalts, des *lien social*, wie es in Frankreich diskutiert wird. Und ich finde, dass die Städte sich auch damit auseinandersetzen müssen, dass sie nicht nur damit zu tun haben, dass die Familien die Städte verlassen und angeblich alle rausziehen ins Einfamilienhaus, sondern dass es auch neue, rekonstituierende Formen des sozialen Zusammenlebens gibt.

Das einerseits, und zum Thema Zeitorganisation, wo ich Ihnen recht geben würde, sozusagen bei der ‘Technisierung der Koordination und Synchronisation von Tätigkeiten’. Das ist das eine; das sehe ich natürlich auch. Das andere ist aber: wenn man sich genauer anschaut, wer denn synchronisiert und wer denn eigentlich dafür verantwortlich ist, dass es noch soziale, kommunikative Zeiten in größeren Einheiten von Individuen gibt, dann sind es auch die Frauen, die jenseits von Technisierung dafür sorgen, dass überhaupt noch zwischenmenschliche Kontakte in so etwas Ähnlichem wie Familienzusammenhängen entstehen können.

Robert Picht

M. Godard, wo liegt die Brücke zwischen dem, was Sie bei der DATAR machen, und dem, was Herr Hoffmann für die europäische Aktion der Städte fordert? Was uns immer wieder auffällt, ist, dass perverserweise in Europa nichts so national ist wie das Nach-

denken über die Zukunft. Diese ganzen Zukunftskommissionen werden in Deutschland meistens von einzelnen Bundesländern betrieben : Bayern und Sachsen oder Baden-Württemberg, jeder hat seine eigene Zukunft, hört – manchmal – ein paar Experten von außen an, aber die Arbeit und die Zielrichtung sind primär regional, in Frankreich vielleicht national. Wie ist das bei der DATAR? Haben Sie eine wirkliche europäische Aktion, die sich mit der von Herrn Hoffmann verbinden kann?

Francis Godard

Je suis d'accord avec vous avec les premières remarques, et donc je n'ai pas de commentaire à faire en particulier.

Sur votre dernière remarque effectivement, ces questions du temps sont portées ou ont été portées en premier en Italie, par les femmes précisément. Et ce n'est pas non plus, alors pas du tout, un hasard. Le développement actuellement des services et des services liés aux familles est un problème qui est aussi fortement porté dans les communes par les élus féminins. Moi, ce qui me frappe lorsqu'on va voir les collectivités locales, c'est de constater qu'il y a vraiment, je dirais, des sensibilités sexuées extrêmement différentes selon les problèmes. Lorsqu'on parle du temps, on intéresse les élus féminins plus que les élus masculins.

Les femmes ont toujours fonctionné dans nos sociétés comme des « amortisseurs temporelles ». Ce qui change les choses, c'est que les femmes, depuis maintenant vingt ou trente ans, ont autre chose à faire car elles sont salariées dans leur majorité. Comme les hommes ne prennent pas vraiment le relais, alors la solution réside dans le recours aux services.

Concernant le travail de la DATAR j'indique que nous travaillons beaucoup avec les communes italiennes puisqu'il existe depuis mars 2000 maintenant une loi qui fait entrer cette question de gestion des temporalités des services publics parmi les nouvelles compétences des communes. Donc les Italiens ont légiféré sur les questions du temps. Le groupe de prospective de la DATAR coopère également avec Ulrich Mülkenberger qui est un collègue allemand. Il s'inspire également de la réflexion italienne pour travailler sur l'Allemagne. L'expérience des bureaux du temps italiens est en cours d'expérimentation à Brême.

Berichte aus den Arbeitsgruppen / Bilan des ateliers

(Samstag, 1. Juli 2000)

ARBEITSGRUPPE 1:

Ästhetik und Marketing der Stadt

Esthétique et marketing de la ville

Hermann Schwengel

Ich habe aus der ersten Arbeitsgruppe „Ästhetik und Marketing der Stadt“ zu berichten. Ich bitte es nicht als Ausrede zu verstehen, wenn ich sage, dass das Wertvolle an dieser Diskussion vor allem darin bestanden hat, dass sich Leute aus sehr unterschiedlichen Disziplinen, unterschiedlichen Herkunft und unterschiedlichen Erfahrungen mit der Stadt sehr intensiv zugehört haben und die Argumente in ihre jeweiligen Beiträge eingefügt haben. Das ist nicht wenig, wenn man solche Diskussionen kennt. Nichtsdestotrotz ist die Heterogenität, denke ich, schon auch im Gedächtnis haften geblieben. Aber komplementär zu dieser Heterogenität, denke ich, kann man davon sprechen, dass es einige Themen gibt, in denen es in der Tat so eine Konzentration auf das Thema Stadt wieder gibt. Eines der wesentlichen Themen war (und da komme ich gleich noch drauf zu sprechen) der Umgang mit der Stadt als Fläche, die Ausdehnung der Stadt in die Region, das Mitnehmen der Region in die Diskussion um den Charakter der Stadt.

Aber lassen Sie mich mit der Figur beginnen, die über der Arbeitsgruppe stand. Natürlich ist es so, dass an das Thema „Marketing der Stadt“ mit ganz unterschiedlichen Gefühlen herangegangen wird. Es gibt Skepsis gegenüber dem Marketingbegriff, besonders in seiner Spannung zur Ästhetik der Stadt. Wenn man an die europäische Großstadt, ihre Kulturgeschichte denkt, die Sedimente, die um uns herum in den Bauten, in den Plätzen, in den Straßen vorhanden sind und sozusagen die Ästhetik, die damit verbunden ist (ich denke auch an den Beitrag, den Herr Goeschel gestern gegeben hat, in dem uns sozusagen dieses Zerstören von Schichten und der Wiederaufbau von Schichten und Errichten von Stadtbehauptungen, denke ich, deutlich geworden ist), dann kann man schon verstehen, wie jemand, der von der Architektur kommt, mit jemandem zusammentrifft, der jetzt Stadtmarketing von einer anderen Profession her betreibt, und dass es auch heute noch immer noch nicht so einfach ist, da eine gemeinsame Sprache zu finden. Aber was, denke ich, schon klar geworden ist und so etwas wie einen gemeinsamen Horizont gebildet hat, war, dass wir in der Tat in einer Situation sind, in der die Fähigkeit der Städte, ihre Potentiale zu sammeln und sie auch entsprechend darzustellen, in der Konkurrenz der Städte und Regionen unter Bedingungen der Globalisierung entscheidend ist und dass, wie immer man das dann im weiteren beschreibt, die Qualität des Produktes – wenn man dann doch in diese Sprache hineinkommt – etwas

ist, was an erster Stelle ist. Man kann kein gutes Stadtmarketing betreiben, wenn man nicht weiß, was eigentlich die Stadt ausmacht, was ihre Geschichte ausmacht, was in diesem Zusammenhang städtische Potentiale sind. Der Zugriff auf ein Produkt, von dem man eigentlich nicht weiß, was dessen Qualitäten sind und welche Qualitäten man hervorheben will, wird auch kein guter Zugriff sein.

Es wurde auch sehr deutlich (und bei allen meinen Bemerkungen gilt natürlich, dass es eine Vielzahl von Beiträgen gewesen ist, die das Thema umkreist haben), dass dieses Produkt nur gelingen wird, wenn es in einem hohen Grad von Partizipation getragen wird. Ein Projekt, das gegen große Mehrheiten und deren Empfindungen und Partizipations- und Investitionswünsche durchgesetzt werden soll, kann nicht gelingen: die sehr große Zahl ist ein immer wiederkehrendes Argument gewesen.

Ein weiteres wichtiges Motiv, denke ich, war, dass man lernen muss, die Geschichte des Gelingens wieder erzählen zu lernen. Die Diskussion, glaube ich, endete nicht umsonst damit, dass Zustimmung wahrgenommen wurde – „Wir wollen Geschichten hören, wo es gelungen ist“. Wir hatten zuvor auch Geschichten gehört, und da stand vor allem Freiburg im Mittelpunkt. Ob das nun eine Reverenz an die Gastgeberstadt oder eine Ausrede war, will ich mal dahingestellt sein lassen, aber es war sehr oft die Rede davon, dass einige Motive tatsächlich in Freiburg zusammenkommen. Aber wenn man das etwas allgemeiner fassen will, würde ich schon sagen, dass zu Recht gefragt wird - wenn man den ganzen Problemkatalog und die Herausforderungen aufzählt, die unsere Städte zweifellos aufweisen -, und dass dann die Erzählung guter Geschichten etwas ist, was auch ein strategisches Moment in der Auseinandersetzung mit den Problemen darstellt.

Selbstverständlich war es so (ich habe einleitend bereits darauf hingewiesen), dass die Auseinandersetzung mit dem Zwischen-Raum, mit dem Raum zwischen den Städten, einen großen Raum eingenommen hat. Diese metaphorische Beschreibung macht ja deutlich, dass es eine Verlagerung des Interesses gibt, dem man sich nicht mehr mit dem Hinweis auf Kern- und Innenstädte entziehen kann, dass der Umgang mit Stadt und Fläche (das hatte ich eingangs ja bereits erwähnt) eines der zentralen Themen ist; sowohl für die Institution wie für die Art und Weise, wie wir die Stadt beobachten. Und da war, glaube ich, eine – für mich jedenfalls – interessante Beobachtung, nämlich dass dieser Zusammenhang offenbar in Frankreich vorurteilsloser wahrgenommen wird. Die Gründe dafür sind eine Diskussion wert, wegen des unterschiedlichen Standes der Institutionen in Frankreich und Deutschland, die sich damit beschäftigen, aber es schien mir so zu sein, dass doch sehr viele Teilnehmer der Debatte (wie immer man die Sachlage beurteilt) der Meinung waren, dass das Mit-Hinein-Nehmen der Peripherie und Semi-Peripherie in die ganze Stadt in Frankreich klarer, vorurteilsloser und auch eindeutiger wahrgenommen wird.

Es wurde auf eine Ausstellung verwiesen, in den wie selbstverständlich das, was wir gemeinhin Peripherie, Semi-Peripherie, Zwischen-Stadt nennen, wie selbstverständlich Teil der ganzen Stadt ist. So wie man in Freiburg dann auch sagen würde, das ganze Freiburg sind eben auch die Zwischenräume, die Vorstädte, das Umland; Begriffe, die eher abgeleitete sind. Und sozusagen dieser „Ableitungscharakter“ ist etwas, was der Selbstbeschreibung nicht dient. Selbstbeschreibungen haben nämlich Folgen. Sie sind nicht nur Dokumentationen einer Beobachterperspektive, sondern sie sind selbst etwas,

was in das Handeln eingeht. Selbstbeschreibungen haben also Folgen, und insoweit ist das Erzählen von gelingenden Geschichten auf der einen Seite und die Inklusion der sogenannten Peripherie oder der Zwischen-Räume in das Konzept der ganzen Stadt etwas Wichtiges, etwas auch, was wir nach Meinung vieler Beteiligter von Frankreich lernen können.

Zu den richtigen Bildern gehört auf der einen Seite die Einfügung landschaftsplanerischer Argumente und Verfahren in das Bild der ganzen Stadt genauso wie auf der anderen Seite so etwas wie etwa die Ermöglichung – das wurde an einem Beispiel diskutiert – größerer Verkaufsflächen im Inneren der Stadt. Das ist scheinbar etwas Entgegengesetztes, aber beide Beispiele haben gemeinsam, dass man versucht, auch zunächst gegensätzlich erscheinende Konzepte und Verfahren in das Bild der ganzen Stadt einzufügen.

Zu diesen Motiven gehört auch, gewisse Vorurteile aufzugeben oder sich etwa auf scheinbar bekanntes Terrain zu begeben. Zum Schluss wurde hier auch darauf hingewiesen, dass viele Unternehmen der „New Economy“ tatsächlich nicht nur in den berühmten edge cities anzutreffen sind, von denen die Rede ist, sondern dass sie sich in Europa in brodelnden, innenstadtnahen Bezirken (es wurde St. Pauli genannt) ansiedeln, weil es einer bestimmten sozialen Spannung, einer bestimmten Spannkraft, eines bestimmten Umfelds bedarf, damit gerade diese Unternehmen dort ihren Hinter- und Untergrund, ihr kreatives Potential, ihr Arbeitskräftenetz finden, um erfolgreich zu sein. Also muss jedenfalls die scheinbar bekannte Zuordnung von Unternehmenstypen zu bestimmten Stadtformen und Stadtzentren neu überdacht und es muss vor allem sehr genau empirisch beobachtet werden, wie sich das entwickelt. Dort sind die gängigen Zuordnungen manchmal problematisch; zum Beispiel auch diejenige, dass es an dem Punkt unbedingt jetzt um einen Gegensatz von Amerika und Europa geht. Denn viele dieser Dinge werden, gerade was die Bewegung des new urbanism, aber auch andere Dinge, betrifft; insoweit ist an dieser Stelle Europa bereits in Amerika und wird dort viel mehr reflektiert, als es sozusagen die populäre Entgegensetzung, die uns ja bei dem Thema begleitet, eigentlich nahelegte.

Die europäische Stadt ist (um die Theorielinien, die in unserer Diskussion auch eine Rolle gespielt haben) nicht zuletzt durch den Umgang mit Zeit definiert; mit ihrer eigenen Lebenszeit, mit ihrer historischen Zeit, mit ihrer Handlungszeit. Sie trägt – so wurde es formuliert – „Zeit in und an sich“, und sie hat für diese Zeit auch ihre Symbole. Es war übereinstimmend in der Debatte, denke ich, dass die Stadt auch in Zukunft ihre zentralen Symbole braucht, die an Recht und Herrschaft, Bürgersinn und viele andere Motive ihrer Geschichte erinnern, deren Sedimente man ja in der gebauten Stadt nachvollziehen kann (wo immer sie dann stehen), um mit sich selbst umgehen zu können. Das heißt, auch die neue Stadt oder die Stadt, die in die Fläche geht, bedarf offenbar der Identifikation ermöglichender, zentraler Symbole, wobei diese „Zentralität“ jetzt nicht auf den Münsterplatz oder auf einen bestimmten Ort beschränkt sein muss, aber die Funktion ist sozusagen unverzichtbar. Aber diese Funktion ist etwas, was man von der (in der Arbeitsgruppe auch kritisierten) „Musealisierung“ unterscheiden muss, wobei, denke ich, Übereinstimmung da war, dass die Vernachlässigung oder das Nicht-Mit-Hinein-Nehmen der Peripherie (ich benutze das Wort immer noch) in die ganze Stadt nur die Kehrseite der Musealisierung ist. In vielerlei Hinsicht sind das Komplizen:

Musealisierung auf der einen Seite und Unfähigkeit auf der anderen Seite, die Vitalität der Peripherie oder der Zwischen-Stadt anzuerkennen. Diese Vitalität macht sich auch in solchen Dingen beobachtbar, die jetzt am Beispiel der neuen Bundesländer diskutiert worden sind: dass auch unscheinbare oder dem ästhetischen Blick nicht unmittelbar zugängliche Orte wie Tankstellen oder Flächen, an denen sich Menschen vor Einkaufszentren treffen, etwas sein können, an dem sich so etwas wie lokale und regionale Vitalität entfaltet und Lebensformen zum Ausdruck kommen, die es verdienen, mit in die ganze Stadt hineingenommen zu werden. Also wiederum eine Rückkehr zu dem Thema „Stadtfläche –Inszenierung“, die nicht auf dieses Doppel von Musealisierung und Vernachlässigung der Peripherie zurückgeführt werden kann.

Städte haben immer Diversität und überschaubare Struktur miteinander zu vermitteln gesucht. Eine Einsicht in die Struktur der Stadt und die Anerkennung ihrer Diversität gehören zusammen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt nicht zuletzt als eine Stadtgesellschaft, als politischer Körper zu verstehen ist, die auf der einen Seite eine große Integrationsmaschine darstellt, aber auf der anderen Seite auch so etwas wie (das Wort habe ich jetzt gerade erfunden) eine „Vitalisierungsagentur“. Dieses Motiv der Aktivierung war also komplementär zu der großen Integrationsmaschine, die die Stadt lange Zeit gewesen ist, in der Debatte enthalten. Die Stadt wird – eine Frage, die ja auch gestern aufgeworfen wurde – also noch gebraucht: die Stadt wird in diesem Sinne als Integrationsmaschine und Vitalisierungsagentur gebraucht. Sie kann sich nicht allein mit ihren abgelaugten Sedimenten beschäftigen, sondern muss neue Anregungen für den Umgang mit Raum und Zeit entwickeln und keinen bestimmten Typus von Kompaktheit, den man mit der Stadt gemeinhin verbindet, zu wiederholen suchen.

Abschließend: Die eingangs geäußerte Skepsis gegenüber dem Marketing der Stadt löst sich dann auf, wenn man über konkrete Projekte redet; wenn man nachverfolgt, wie Städte im Umgang mit ihren Zeitarrangements in der Geschichte und in der Gegenwart erfolgreich waren und sind, das heißt wenn die Diskussion nicht mehr darüber geführt wird, ob so ein historisches Resultat wie Stadt oder so eine historische Kraft wie die Stadt überhaupt Gegenstand des Marketing werden kann. Wenn sich diese „überallgemeinerte“ Fragestellung auflöst zugunsten dessen: Was macht man dann? Wer ist daran beteiligt? Welche Art von Resultat wollen wir eigentlich, wenn wir die Stadt kommunizieren? Dann löst sich die eingangs geäußerte Skepsis dahingehend auf, dass sich das in der Auseinandersetzung um das konkrete Projekt zeigt. Das ist wahrscheinlich der größte Mangel einer Zusammenfassung: dass genau das, was an Beispielen in der Debatte auch genannt worden ist, in der Zusammenfassung nicht noch einmal wiederholt werden kann. Aber an diesen Beispielen zeigt sich dann, inwieweit wir in der Lage sind, Stadtmarketing tatsächlich zu betreiben. Vielen Dank.

ARBEITSGRUPPE 2:
Soziale Kohäsion und kulturelle Vielfalt
Cohésion sociale et diversité culturelle

Robert Picht

Die zweite Gruppe hat sich mit den Menschen beschäftigt, die in Städten leben, in Städte ziehen, aus Städten wieder wegziehen. Man pflegt das normalerweise „Gesellschaft“ zu nennen, aber wenn wir „Gesellschaft“ sagen, verbindet man damit schon eine vorstrukturierte Vorstellung, die in unserer Gruppe sehr heftig diskutiert wurde.

Wir hatten zwei Pole: Der Titel hieß „Soziale Kohäsion und kulturelle Vielfalt“. Unter „sozialer Kohäsion“ stellt man sich oft die idyllischen, angeblich idyllischen Verhältnisse der „guten alten Zeit“ vor. In unserer Gruppe wurde sehr deutlich, dass heute die Frage ist: Wie entsteht Kohäsion? Wie entsteht sinnvolles Zusammenleben aus Spannung und den vielen Spannungen, die es in unserer Gesellschaft, in unseren Städten gibt? Spannung eben auch bedingt durch den zweiten Pol, die kulturelle Vielfalt.

Was dabei sehr deutlich wurde und was mich beeindruckt hat, ist, in welchem Ausmaß bei diesem Thema französisches Denken und französische Soziologie und deutsches Denken voneinander entfernt sind. Nicht etwa, weil man sich zu streiten hätte, sondern weil die historischen Phasen des Umgangs mit diesen Problemen unterschiedlich sind.

Wir haben versucht, dieses weite Feld zu gliedern. So haben wir uns zunächst gefragt: Was sind denn überhaupt, was bedeuten soziokulturelle Veränderungen? Wie fasst man sie? Wir haben diese Frage dann im Zusammenhang mit Immigration genauer betrachtet: Wie sind ihre Auswirkungen einzuschätzen? Wir haben uns dann gefragt: Wie kann denn bei einer solchen Gesellschaft Bürgerbeteiligung in Städten weiterentwickelt werden? Schließlich haben wir unter der Rubrik „Was tun?“ drei Schwerpunkte gesetzt, wo man weiter aktiv sein sollte.

Erste Frage: Soziokulturelle Veränderungen. Auf der einen Seite wissen wir (und haben das ja auch hier schon öfters zur Sprache gebracht), dass unsere Gesellschaften demographisch in einem rasanten Umbruch sind – Alterung, Singles usw. Auf der anderen Seite haben uns aber unsere französischen Freunde darauf hingewiesen, dass sich Gesellschaften, ihre Werte, ihre Verhaltensweisen, nur im Schneckentempo verändern. Wenn man sich also ganz konkret scheinbar banale Fragen anschaut (Was tun Frauen? Was tun Männer? Wie teilt man sich die häuslichen Aufgaben?), dann ist in Frankreich, jedenfalls nach empirischem Studien, der Rhythmus der Veränderung so langsam, dass es ungefähr 200 Jahre brauchen würde oder brauchen wird, bis nun tatsächlich die Männer im Haushalt das gleiche wie die Frauen tun. Das klingt banal, ist aber ein Indikator für die Langsamkeit der Langzeitveränderung. In Deutschland gibt es solche Studien sicher auch, die haben wir aber nicht gesehen. Also eine Mahnung aus Frankreich: „Passt auf! Was ihr sozusagen vordergründig für rasante Entwicklungen haltet, hat im Verhalten unter Umständen einen sehr viel weniger rasanten Langzeitrhythmus!“ Und

mit beiden Zeitrhythmen müssen wir umgehen, wenn wir uns mit der Veränderung in den Städten beschäftigen.

Am unterschiedlichsten war die Betrachtungsweise beim Thema Immigration. Deutschland gibt gerade jetzt erst zu, dass wir natürlich seit langem de facto ein Einwanderungsland sind. Da wir aber immer so getan haben, als seien wir das nicht, ist die Diskussion über Einwanderung (wie die Franzosen uns jetzt vorhielten) auf dem Stand, auf dem sie in Frankreich vor fünfzehn Jahren war. Das heißt, wir fragen uns nach multikultureller Gesellschaft, wir fragen uns, wie es denn möglich sein kann, dass Menschen sehr verschiedener Herkunft, sehr verschiedenen kulturellen Hintergrunds auf die Dauer in einer Gesellschaft zusammenleben können, während in Frankreich dadurch, dass die Intensität und die Dramatik von Immigrationsproblemen gerade in den schwierigen Vorstädten (banlieues) schon lange sehr viel größer ist, das Thema Immigration inzwischen ein unumgänglicher *fact of life* ist. Man konzentriert auf die Hauptprobleme, die sich daraus ergeben. Und diese Probleme sind eben nicht nur die Gegenwart von „Fremden“, sondern Fragen der sozialen Ausgrenzung, Fragen der sozialen Ungleichheit, Fragen der Gewalt, Fragen des Rassismus, Probleme der Jugendarbeitslosigkeit. Das heißt, das französische Immigrationsthema wird heute primär als ein sehr brisantes soziales Problem gesehen.

Sehr deutlich wurde auch in vielen französischen Beiträgen, dass am Thema „Immigration“, am Thema der aus ihr erwachsenden neuen Formen sozialer Ungleichheit, die alten Werte der Republik diskutiert und fraglich werden. Das heißt: Wie weit gilt eigentlich „Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit“ in einer Republik, die mit solchen Disparitäten zu kämpfen hat? Von französischer Seite wurde uns Deutschen immer vorgeworfen, wir hätten eine neoliberale Ideologie und würden den wirklichen Problemen aus dem Wege gehen. Aber nicht nur uns Deutschen wird das vorgeworfen, sondern auf die sehr interessante Frage, wie weit sich denn nun tatsächlich Angleichung vollzieht, sagten unsere französischen Kollegen: „Ja, die Angleichung vollzieht sich über den Konsum“. Und durch die gemeinsamen Konsumgewohnheiten – Waren, Filme, Bilder, Musik usw. – entsteht langsam etwas, das die französischen Kollegen gerade bei den Immigranten als eine „neoliberale Mikroideologie“ bezeichneten, d. h. jeder in dieser mutierenden Gesellschaft, jeder einzelne sozusagen, versucht, sich auf dem Markt zu holen, was ihm Spaß macht. Dieses schafft eine Form der Angleichung, die aber zugleich eine Form der Zersplitterung ist.

Auf der deutschen Seite (auch dieses wurde uns von den Franzosen vorgehalten) haben wir zunächst einmal einen anderen Typus von Immigration. Wenn wir an „Ausländer“ denken, wenn wir an „kulturelle Vielfalt“ denken, dann haben wir vor allem die vielen Türken vor Augen, die ja zum Beispiel in Berlin (Berlin ist bekanntlich die drittgrößte Stadt der Türkei) richtige türkische Ghettos, auch kulturelle Ghettos gebildet haben. Dies ist eine besondere Form kultureller Fremdheit, verbunden mit Religion, verbunden mit einer Fülle von Gewohnheiten und Traditionen, die nun tatsächlich dem Deutschen gegenüber besonders fremd sind. Aber auch die deutsche Immigration ist mehr und mehr eine andere Immigration: Immigration von (ich weiß nicht, wie man sie nennen soll) „ehemaligen“ Deutschen aus Russland, verschiedene Formen von Immigration aus dem Balkan usw. Das heißt, das deutsche Immigrationsthema sollte auch

sehr viel differenzierter gesehen werden, als man üblicherweise annimmt, aber unsere Konzepte, damit umzugehen, sind noch ziemlich grob.

Wenn wir einerseits vom Slogan der „multikulturellen Gesellschaft“ sprechen, dann gehen wir von der Vorstellung aus, dass auf Dauer mehrere Kulturen in ihren Traditionen friedlich (und, wenn es gutgeht, freundlich) nebeneinander koexistieren und einen gewissen Austausch miteinander pflegen, es sich aber eigentlich um stabile Kulturen handelt. Dass dies der Wirklichkeit nur teilweise entspricht, sieht man daran, dass sich zum Beispiel das türkische Milieu von einer Generation zur nächsten erheblich verändert und sich auch die deutschen Verhältnisse ebenfalls sehr stark verändern. Und da gilt natürlich die Angleichung durch Konsum und die Zersplitterung durch Konsum auch auf der deutschen Seite.

Das andere Konzept, das Gegenkonzept zur multikulturellen Gesellschaft, ist die perfekte Integration und Assimilation, die auch wiederum voraussetzt, dass es etwas Stabiles gibt, in das man sich integrieren und an das man sich assimilieren kann. Aber auch dieses ist nicht der Fall.

Also: wenn Sie zwanzig Soziologen in einen Arbeitskreis zu diesem Thema zusammensetzen, dann reden die vor allen Dingen darüber, wie man Konzepte ausdifferenzieren und wie man daraus Handlungsanleitungen gewinnen kann. So war es eine sehr fruchtbare, nicht abgeschlossene Diskussion, aber wir sehen, wie notwendig es ist, in Europa solche Grundfragen gemeinsam zu stellen, weil sich französischer Diskurs und deutscher Diskurs bei großer Freundlichkeit doch auf völlig verschiedenen Ebenen bewegen und beide noch immer so sehr national sind, dass wir es in unserer Gruppe gar nicht geschafft haben, auch noch die Frage nach der europäischen Gesellschaft zu stellen.

Die muss man sich aber mit Blick auf unser drittes Thema stellen, nämlich inwieweit können Städte eigentlich der Raum, das Muster für lebendige Demokratie sein? Bei Demokratie haben wir wiederum feste Konzepte. Wir denken an politische Beteiligung in unseren gewohnten nationalen Systemen. Das ist wichtig; das wird in Zukunft auch sehr wichtig bleiben. Man muss aber versuchen, darüber hinauszudenken. Und da stellt sich zunächst erneut die Frage, wie eigentlich Bürger ihre Möglichkeiten zur Beteiligung an politischen Prozessen, an der Gestaltung ihres wirklichen Lebens erleben.

Die französischen Aussagen dazu waren eher skeptisch. Das liegt daran, dass diese französischen Studien im wesentlichen (eben unter dem Blickwinkel sozialer Ungleichheit) Studien über solche Problem-Vorstädte sind, und soziale Ungleichheit natürlich auch die reale Ungleichheit in der Fähigkeit bedeutet, an Partizipationsangeboten wirklich mitzuwirken. Es ist keine Überraschung, dass zum Beispiel in den ganz konkreten Situationen (Elternbeiräte an Schulen usw.) selbstverständlich diejenigen, die (wie man in Frankreich sagt) das größere „kulturelle Kapital“ haben, die fähig sind zu diskutieren, die sich in der Gesellschaft leicht bewegen, natürlich auch in diesen Situationen die führende Rolle spielen, während diejenigen, die benachteiligt sind, die die Sprache nicht können, die an all dies nicht gewöhnt sind, zurückbleiben. Die schwierigen, die sozial gefährdeten Immigrantengruppen zeigen trotz aller Bemühungen vielfältiger Vereine und Institutionen, sie zu aktivieren, trotzdem eigentlich eine eher passive Einstellung zu der Fülle von sozialen Angeboten, die uns ja auch Herr Sueur schon geschildert hat.

Man hat also „Sonderzonen“ gebildet und tut gerade in solchen Sonderzonen vielerlei, aber der französische Befund (so, wie er uns jedenfalls dargestellt wurde) ist doch eigentlich eher skeptisch. Das heißt, durch Maßnahmen und durch Hilfsprogramme aktiviert man Bürger nicht unbedingt. Aber diese Bürger aktivieren sich unter Umständen selber! Und zwar gerade die jungen: in Situationen, wo es wirklich prekär und dramatisch wird. Das ist dann zugleich ökonomisch, politisch und, sagen wir, symbolisch. Man muss, wenn man ein Soziologe ist, in diesem Zusammenhang natürlich zunächst einmal auch den „grauen Markt“ betrachten, zu dem auch unerfreuliche Dinge wie Drogenhandel und Ähnliches gehören. Das sind Formen der Selbstorganisation ausgegrenzter Jugendlicher. Das Verbrennen von Autos in der Neujahrsnacht in Straßburg ist auch eine Form der Bürgerbeteiligung. Keine erfreuliche, aber eine symbolische. Ein symbolischer Akt, den man vielfältig beobachten kann: es gibt auch ganz andere Ausdrucksformen; die brauchen nicht so gewalttätig zu sein, aber es ist klar, dass man bei dieser Art von Leuten nicht mit formalen Abstimmungsregelungen institutionalisierter Demokratie weiterkommt. Aber man muss Formen finden, wie sich dieser Ausdruckswille äußern und gestalten kann. Deshalb muss man also das Thema „Was ist eigentlich Demokratie? Was ist Bürgerbeteiligung?“ auch sehr unvoreingenommen betrachten.

Wir haben auf der deutschen Seite, wenn wir nicht nur auf traurige Grenzbereiche schauen wollten, sondern es nicht nur um die Randgruppen, sondern es um unsere Städte insgesamt geht, die Feststellung, dass es unsere alte föderale, kommunale Tradition einer Gesellschaft, die sich kleinräumig von unten aufgebaut hat, in diesen Fragen zum Teil leichter hat als Frankreich. Denn unsere Städte haben genügend Kompetenzen; unsere Städte leben, unsere Städte, unsere Ausländerbeiräte sind aktiv. Wir haben also in Deutschland ein Gefüge, das mit diesen Fragen meist besser umgeht. Aber: was bitte ist Deutschland? Wir haben bei unserer Diskussion immer wieder daran erinnert, dass wir es in Deutschland nicht mit einer Gesellschaft, sondern mit zwei verschiedenen Gesellschaften zu tun haben. Viele Probleme, die man in Frankreich kennt, stellen sich in den neuen Bundesländern ganz ähnlich. Da sind es, und das muss deutlich gesagt werden, keine Immigrationsprobleme, aber da sind es gravierende Probleme soziokultureller Verödung (das klingt ein bisschen brutal) durch den Zusammenbruch des alten Systems und das Noch-Nicht-Wieder-Heranwachsen neuer sozialer Kohäsion. Da gibt es ganz ähnliche Probleme. Von Jugendlichen insbesondere, die, verlassen, irgendwie nach Ausdrucksformen suchen. Die ganze Szene des Rechtsradikalismus kommt zu einem erheblichen Teil aus dieser Konstellation. Nehmen Sie beispielsweise die Tankstellen als öffentliche Orte: diese Tankstellen in den neuen Bundesländern sind leider sehr oft „national befreite Zonen“, wie man dort sagt, wo nämlich die „Glatzen“ alles weggeprügelt haben, was entweder links oder in irgendeiner Weise fremd aussieht. Dort sorgen sie für Ordnung; dort gibt es – sehr unangenehme – Formen sozialer und ökonomischer Selbstorganisation bis hin ins Internet usw. Da gibt es also eine Bürgerbewegung, die uns nicht gefällt, die aber vieles von dem leistet, was Bürgerbewegung leisten sollte; nur ist sie leider eine antidemokratische, unmenschliche, rassistische, gewalttätige. Aber wir müssen dieses in unserer Betrachtung mit in den Blick nehmen und uns fragen, wie man denn unter solchen Verhältnissen, wie Sie eben sagten „Agenturen zur Vitalisierung“ schaffen kann. Und diese „Agenturen zur demokratischen Vitalisierung“ sind das eigentlich Entscheidende.

Wir haben deshalb am Ende unserer Arbeitsgruppe dank Herrn Professor Mackensen ganz massiv gefragt: Was tun? Wir haben uns sehr leicht geeinigt auf drei Ebenen, auf denen im politischen Zusammenspiel zwischen Kommunen, Bürgern, Staat und auch Europa wirklich etwas geschehen muss:

1. Wir brauchen eine politische Verfassung der Region, wobei Region nicht Großregion heißt, sondern: die Stadt und ihr Umfeld. Politische Verfassung heißt, dass wir Formen finden müssen, wie über die bisherigen kommunalen Strukturen hinaus ein Vitalisierungszentrum und konkrete Kooperation entstehen kann. Wenn man hier in Freiburg sitzt, gehört zu dieser Region zum Beispiel Colmar natürlich auch dazu. Es gibt also auch grenzübergreifende Regionen. Ich weiß nicht, ob man dafür eine Verfassung braucht; jedenfalls ist das ein bewegliches Ding, und man sollte für es neue Formen von Politik entwickeln.
2. Man sollte versuchen (das klingt sehr kühn), politische Verfassungen für Quartiere zu finden. Quartiere sind das nähere Lebensumfeld von Bürgern, wo man dafür sorgen sollte, dass da ein reger Austausch und einerseits eine gemeinsame Willensbildung aber auch die Fähigkeit entsteht, über die eigene Kirchtumspitze oder das eigene Biotop hinauszublicken. Wir brauchen also Formen der Partizipation, die zum Teil sehr neue, sehr unkonventionelle Formen annehmen müssen und die sich nicht nur auf die Elendsquartiere beziehen sollten, wo solche Dinge besonders dringlich sind, sondern man muss insgesamt sehen: was ist das Quartier, d. h. das Mikroumfeld?
3. Schließlich geht es darum, die Eigenpersönlichkeit von Orten zu entwickeln. Das ist auch eine Aufgabe für den Städtebau (nicht alle Städte haben ein Münster in der Mitte; Freiburg hat diese Eigenpersönlichkeit). Wie kann man durch Städtebau und alle Künste der Gestaltung Formen der Identifikation, Formen der Partizipation finden?

Bei all diesen Überlegungen (und damit komme ich wieder an meinen Anfang) sollte man sich deutlich klarmachen, dass der Prozess der Veränderung unaufhaltsam weitergeht. Wir werden in Zukunft Städte mit noch ganz anderen Populationen haben: Städte im Ruhrgebiet, wo die „Deutschen“, die ursprünglichen Deutschen, extrem in der Minderheit sind; Ausländerstädte (aber das sind natürlich keine Ausländer), also neue Konstellationen. Die demographische Entwicklung geht weiter! Wir sollten uns also nicht nur auf den jetzt so festgehaltenen Zustand fixieren, sondern in die Zukunft hinein versuchen, solche Dinge prospektiv weiterzuentwickeln. Eine letzte Aufgabe, die wir in unserer Gruppe nicht erfüllt haben, die aber ganz dringlich ist, ist es, diese Fragen als europäisches Thema grenzübergreifend in Angriff zu nehmen. Tausend Dank.

ARBEITSGRUPPE 3:
Stadtökonomie, Stadtökologie und Kulturpolitik
Économie urbaine, écologie urbaine et politique culturelle

Joseph Jurt

Das Thema unserer Gruppe war „Stadtökonomie, Stadtökologie und Kulturpolitik“. Die Diskussion hat sich dann (eigentlich entgegen unserer Erwartung) auf die Kulturpolitik konzentriert. Wir haben dabei versucht, die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede in Frankreich und in Deutschland herauszuarbeiten. Offenbar ist für beide Gesellschaften das Thema der Stadt ein wichtiges, relevantes Thema.

Wir haben vier Themenbereiche diskutiert. Ein erster Themenbereich war der urbanistischen Entwicklung in den beiden Gesellschaften gewidmet, ein zweiter Bereich der Kulturpolitik. Am Schluss haben wir die Bereiche Stadtökologie und Stadtökonomie angesprochen.

1. Urbanistische Entwicklung

Wir sind von einer Bestandsaufnahme der urbanistischen Entwicklung ausgegangen. Die traditionelle, historisch gewachsene Stadt zeichnet sich aus durch die Funktionsdichte und Funktionskonkurrenz von Wirtschaft, Wohnen und Kultur. Diese Funktionsdichte hat sich seit der Mitte des letzten Jahrhunderts aufgelöst. Ein Städteplaner, der bei uns dabei war, unterstrich, dass nach dem Krieg die Funktionsteilung die vorherrschende Tendenz war. Die Funktionen des Wohnens und auch der Wirtschaft verlagerten sich immer mehr an die Peripherie, während das Zentrum nach wie vor wichtige politische, administrative und kulturelle Zentrumsfunktionen wahrnehmen musste.

Es wurde festgestellt, dass die Entwicklungen in Deutschland und in Frankreich sehr unterschiedlich liefen. In Deutschland setzte die Modernisierung früher ein; die Entwicklung war dezentral. Frankreich hat nach dem Krieg (vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren) eine rasante Urbanisierung erlebt; die Planung war jeweils zentral, und die wichtigen Orientierungsrahmen wurden von der Politik vorgegeben. Die Entwicklungen in der DDR und in Frankreich waren hier sehr ähnlich. Beide Systeme waren durch zentralstaatliche Städteplanung geprägt. Die Dezentralisierung in Frankreich, die in den achtziger Jahren einsetzte, brachte keine wesentliche Wende.

Die Tendenz hinaus ins Grüne, an die Peripherie, wurde auch (aber nicht nur) von den Planern bewirkt. Dieser Trend entsprach überdies den Bedürfnissen der Bürger. Der größere Wohlstand und die größeren Ansprüche der Bürger beschleunigten diese Tendenz. Auf der anderen Seite wurde auch festgestellt, dass die realen Verkehrskosten enorm gefallen sind und dass das auch dazu geführt hat, dass man die langen Verkehrswege in Kauf nimmt. In Bezug auf Frankreich gilt es indes festzuhalten, dass die Vorstellungen, die man sich in Deutschland von banlieue macht, zu differenzieren sind und

dass man von zwei Typen von banlieue ausgehen muss: die banlieue dorée (mit den vielen Einfamilienhäusern), und die eigentlichen Problemgebiete der banlieue. Es gibt aber in Frankreich ebenfalls auch Problemgebiete in den Stadtzentren. Problemgebiete sind also nicht genau lokalisiert. Bei der Frage, wie es zu solchen städtebaulichen Sünden in der Peripherie in Frankreich kommen konnte, wurde auch auf eine französische Tradition hingewiesen: die Ausbildung der Architekten und die Ausbildung der Ingenieure stellen zwei ganz verschiedene Ausbildungstypen dar, was diese Bausünden auch erklären kann.

Ein wichtiges Ergebnis unserer Diskussion war, dass der Trend der Verödung der Innenstädte und der Verlagerung an die Peripherie nicht irreversibel ist. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland zeichnet sich wieder eine Rückkehr zum Zentrum der Stadt ab. Hier wurden Beispiele – von Hamburg, Braunschweig oder Montpellier – angeführt, wo sich ähnliche Entwicklungen abzeichnen und die durch die neuen Formen der Informationsgesellschaft bedingt sind: für Computerfirmen (weil hier der Flächenbedarf nicht so groß ist) ist es kein Problem. Dies wird in dieser Branche gerade als attraktiv erachtet. Die Informationsgesellschaft wurde aber in der Diskussion als etwas durchaus Ambivalentes gesehen: auf der einen Seite bedeute sie eine Belebung der Innenstädte, aber gleichzeitig bewirke sie auch eine neue Ausgrenzung zwischen den Analphabeten der Neuen Medien und denjenigen, die Zugang zu den Neuen Medien gefunden haben.

Es wurde auch festgestellt (und das deckt sich mit dem, was in Gruppe 1 und Gruppe 2 erörtert wurde), dass die wohlhabenden Bewohner der Peripherie am meisten von den kulturellen Angeboten des Zentrums profitieren und dass die Gemeinden, in denen sie wohnen, finanziell oft sehr wenig dazu beitragen. In diesem Kontext wurden die Stadt-Umland-Verbände als mögliche Lösung vorgeschlagen. Hannover und Stuttgart wurden erwähnt. Man betonte gleichzeitig, dass es große Widerstände gegen die Bildung von solchen Stadt-Umlandverbänden gebe. Gerade auch im kulturellen Bereich, weil dies ein Bereich ist, in dem die Kommunen noch relativ autonom agieren können. Sie möchten diese Autonomie nicht aufgeben, um in einen größeren Verband aufzugehen.

2. Kulturpolitik

Im Zentrum der Diskussion standen dann in der Tat kulturpolitische Fragen. Sowohl von Franzosen als auch von Deutschen wurde unterstrichen, dass gerade die Kultur für die Stadt eine zentrale Rolle spielt, dass die Kultur die Substanz der Stadt ausmacht. Denn jede Stadt ist ein Symbolraum, eine Lebenswelt. Was sie auszeichnet, ist nicht nur die ökonomische, sondern insbesondere die kulturelle Dimension. Sowohl für Frankreich wie für Deutschland wurde festgestellt:

- dass gerade die Investitionen im Bereich der Zentrumskultur (Theater, Oper, Festivals), dass die Innenstadt wieder lebendig wurde;
- dass diese Investitionen im kulturellen Bereich letztlich auch positive ökonomische Folgen hatten;

- dass auch Neugründungen von Universitäten die Wanderungsbilanzen umgekehrt haben;
- dass die Abwanderung von der Stadt durch erhöhte kulturelle Angebote und Bildungsangebote gestoppt wurde.

Hier wurden einzelne Beispiele angeführt. Es wurde auch betont, dass man nicht von einem starren Gegensatz zwischen Zentrumskultur und Kultur in der Peripherie ausgehen darf, sondern dass beide Angebote parallel laufen müssen. Auch die Bedeutung der Denkmalpflege wurde hervorgehoben, denn gerade die Denkmalpflege könne zur Unverwechselbarkeit der einzelnen Städte beitragen. Unterstrichen wurde, dass man Kultur nicht nur im engeren Sinn auffassen darf, dass letztlich Kultur Kommunikation ist und dass die Stadt einen Raum schaffen muss, wo diese Kommunikation stattfinden kann.

Für die deutsche Seite wurde gerade für Städte, die nach dem Krieg in der französischen Zone situiert waren, betont, dass sich der französische Einfluss positiv auswirkte und dass aufgrund des französischen Einflusses – der Kultur einer Nation, die sich vor allem auch als Kulturnation versteht – das erste Anliegen beim Wiederaufbau war, die historische Substanz wiederherzustellen und nicht – gemäß dem amerikanischen Modell – eine möglichst verkehrs- oder autogerechte Stadt zu schaffen. Es wurden auch Beispiele erwähnt, wo gerade im kulturellen Bereich die Agglomeration mit der Stadt eine neue kulturelle Einheit bildet. Verwiesen wurde etwa auf das Sächsische Kulturraumgesetz.

Betont wurde auch, dass die Stadt als Lebensraum Identität vermitteln muss. In Frankreich, wo es noch 36 000 Gemeinden gibt, hält man an diesen Gemeinden fest und will sie nicht zugunsten von größeren Einheiten aufgeben, weil die Kommune als Ort der demokratischen Partizipation der Bürger gesehen wird. Die Identität sei eigentlich immer eine republikanische Identität. Zwischen der Republik, der Nation und der Kommune gibt es keine Zwischenstufen (im Unterschied zu Deutschland, wo die Identität sehr stark durch die regionale Zugehörigkeit geprägt ist).

Es wurde auch nach den eigentlichen Akteuren der Revitalisierung der Stadt gefragt; man warnte davor, nur auf die Politik und auf die Stadtplanung zu hoffen. Heute gehe sehr viel Bewegung gerade vom bürgerschaftlichen Engagement aus. Sowohl für Frankreich wie für Deutschland spielten die intermediären Organisationen wie Vereine eine geringere Rolle (in Frankreich hatten sie sowieso nie eine große Bedeutung). Das, was für beide Gesellschaften heute wichtig ist, ist, dass viele spontane Initiativen, die nicht auf Dauer angelegt sind, zur Belebung des städtischen Lebens beitragen. Dem kulturellen Bereich wird offenbar eine sehr stark identitäre Funktion zugeschrieben. Die Kooperation über nationale Grenzen hinweg ist indes im Bereich der Wirtschaft viel leichter als im kulturellen Bereich. Der Kultur soll weniger eine Funktion der Kooperation mit anderen nationalen Räumen zukommen, als die Selbstdarstellung der eigenen Identität. Was die Kooperation auch schwierig macht, ist die Tatsache, dass die Städte im kulturellen Bereich in einem ausgesprochenen Konkurrenzverhältnis zu anderen Städten stehen. Die Kooperation ist dort am leichtesten, wo es im kulturellen Bereich keine alten Traditionen gibt. Im Bereich der Informationsgesellschaft entwickelten sich so neue Publika.

3. Stadtökologie

Wir haben nur am Schluss auch ökologische Fragen gestreift. Es wurde klar, dass die ökologische Debatte in Frankreich mehr eine Frage von Spezialisten ist. Es war auch offensichtlich geworden, dass in der Diskussion die Opposition von Stadt und Land keine zentrale Rolle mehr spielt und dass man sich in beiden Gesellschaften darüber einig ist, dass Stadt und Land komplementäre Dimensionen darstellen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung kann nur eine dauerhafte umweltgerechte Entwicklung sein. Die Wichtigkeit des Ressourcenmanagements, aber auch die Fragwürdigkeit der Beschleunigung, die keine neue Lebensqualität schafft, wurden unterstrichen.

4. Stadtökonomie

Wir kamen dann ganz kurz – viel zu kurz – auf ökonomische Probleme zu sprechen, denn die Stadt ist auch der Ort, wo Arbeitsplätze geschaffen werden und wo Arbeitsplätze von eminenter Bedeutung sind: dass die Rahmenbedingungen für die ökonomische Entwicklung der Stadt heute von der Globalisierung vorgegeben werden, dass hier vielleicht die Städte in einem noch härteren Standortwettbewerb stehen und dass ohne Arbeitsplätze letztlich auch keine Kultur möglich ist, dass Wirtschaft, Umwelt und Kultur die drei Kernpunkte einer nachhaltigen Entwicklung darstellen.

Abschlussdiskussion / Discussion de clôture

(Samstag, 1. Juli 2000)

Die Stadt als europäische Lebensform: Die Rolle der Kultur

La ville, mode de vie en Europe : le rôle de la culture

WILLI STEUL

Meine Damen und Herren, ich darf Sie sehr herzlich zu unserer Abschlussdiskussion begrüßen. Ich beneide Sie: ich habe heute morgen erfahren, was in den Arbeitskreisen diskutiert wurde. Ich beneide Sie, dass Sie an dieser Veranstaltung teilnehmen und sie verfolgen konnten, denn ich konnte das nicht. (Ich bin erst gestern abend gekommen.) Aber Sie müssen mich nicht bedauern, denn ich war die letzten vier Tage in Berlin und habe dort sowohl Mozart gehört als auch Jazz. Ich war im Variété, und ich war – zunächst nur aus Pflicht, dann schließlich auch aus Vergnügen – bei einer Volksmusikveranstaltung. Das heißt, ich habe (so finde ich) das Thema, das wir heute hier diskutieren und das Sie die letzten Tage diskutiert haben, sozusagen in einer Feldforschung gelebt. „Die Stadt als europäische Lebensform: die Rolle der Kultur“ – das ist das Thema heute. Wir wollen uns heute morgen auch ein bisschen – nicht allzu sehr, aber doch auch – auf das Praktisch-Politische konzentrieren, denn das Praktisch-Politische soll am Ende stehen. Wie setzen wir das um, was wir gehört haben? Und aus diesem Grunde, dass wir dieses noch einmal konzentrieren wollen (und da steht die Kultur im Mittelpunkt), haben wir in dieser Runde hier auch Politiker.

Ich darf Ihnen OTTO SCHILY vorstellen, den Bundesinnenminister; ein Mann, den ich Ihnen eigentlich nicht mehr besonders vorstellen muss. Sie kennen ihn alle.

Ich darf Ihnen DR. KLAUS BAUMGARTNER vorstellen, den nächsten Politiker; Stadtpräsident von Bern.

Und Herrn DR. ROLF BÖHME, den Oberbürgermeister von Freiburg, brauche ich Ihnen eigentlich auch nicht mehr vorzustellen.

ROLAND RIES: das war der andere Oberbürgermeister dieser wunderschönen, großen Nachbarstadt Straßburg. Den kann ich Ihnen nicht vorstellen; der ist uns bedauerlicherweise sozusagen abhanden gekommen – er ist zurückgetreten. Seine Nachfolgerin ist Catherine Trautmann. So schnell konnten die Organisatoren das nicht mehr hinkriegen, dass Frau Trautmann, die nun natürlich auch gerade in den ersten Tagen viel Arbeit hat, nun anstelle von Herrn Ries hierher kommt.

C'est donc PAUL CHEMETOV le seul ami français parmi nous sur le podium. Paul Chemetov, architecte de renommé, venant de Paris. Soyez le bienvenu M. Chemetov.

Professor THOMAS SIEVERTS, Architekt aus Bonn (Sie kennen Herrn Professor Sieverts schon aus den Diskussionen der vergangenen Tage) komplettiert unsere Runde hier heute morgen.

Herr Oberbürgermeister Böhme, Sie sind ja auch einer der Gastgeber hier, deshalb vielleicht die Frage an Sie: Was sind für Sie als Politiker - Sie wollen ja umsetzen – die drei wichtigsten Erkenntnisse und die drei wichtigsten Punkte, die Sie aus diesen Kulturgesprächen jetzt schon mitnehmen?

ROLF BÖHME

Das Thema unserer Tagung der letzten zwei Tage lautete „Die Stadt als europäische Lebensform“. Das ist zum einen eine Beschreibung der aktuellen Lage, aber zugleich ein Programm für die Zukunft. Die Städte in Europa zeichnen sich bei aller Vielfalt durch Urbanität, durch eine Stadtkultur, durch Formen der politischen Selbstverwaltung aus. Und wir haben darüber diskutiert, wie die Stadt sich weiterentwickelt. Sie muss sich weiterentwickeln, weil sie starke Einflüsse von außen hat, die eine Veränderung der Stadt zur Folge haben. Ich möchte einige nennen: das erste ist die Globalisierung, die auch auf die Städte eine enorme Auswirkung hat (ich will das jetzt im einzelnen nicht ausführen). Aber wir haben auch herausgearbeitet, dass gegenläufig zur weltweiten Vernetzung die Bedeutung des Lokalen und Regionalen steigt, weil die Menschen eine lokale Verwurzelung brauchen. Das heißt, „Stadt“ ist auch in Zukunft gefragt und notwendig, ja, sie ist für die Menschen als Lebensmittelpunkt im globalen Zeitalter notwendiger geworden.

Das zweite, was wir diskutiert haben, ist die Europäisierung: also die Tatsache, dass Richtlinien aus Brüssel auf die Gemeinden auf sehr unterschiedliche Ebenen in der Selbstverwaltung in Europa stoßen, und dies z.B. für Deutschland erhebliche Auswirkungen hat. Stichwort: „Liberalisierung“ auf dem Energiemarkt, im öffentlichen Nahverkehr. Wir haben dies nicht larmoyant diskutiert, sondern sehen darin auch eine Chance für die Zukunft. Die müssen wir packen, die wollen wir für Innovation unserer Städte und unserer Gesellschaft nutzen.

Damit sind wir beim dritten Punkt: was für eine Stadt stellen wir uns vor? Wie hat sich die Stadt entwickelt? Und da kann man sagen, dass sich überall durchgehend in Europa eine Veränderung dergestalt vollzieht, dass sich die Städte nicht mehr nur in ihren Grenzen als Stadt verstehen, sondern dass die Stadt sich in das Umland der Städte erweitert, in die Peripherie. Man kann das negativ als „Siedlungsbrei“ beschreiben; man kann es einfach neutral sagen: es ist ein Prozess der Suburbanisierung. Oder man kann auch einfach sagen: das ist eine Entwicklung, ein Faktum, das wir zunächst einfach feststellen. Die Städter ziehen aufs Land, bleiben aber Städter. Und das hat große Folgen, wirtschaftlich, auch kulturell, weil die bisherige Zentrierung auf eine Kultur in der Innenstadt, in der Kernstadt, offensichtlich neue Formen der kulturellen Kooperation fordert.

Was wir aber auch diskutiert haben (und das ist jetzt eigentlich das wichtigste – und da bin ich froh, dass der Kommunalminister der Bundesrepublik Deutschland hier unter

uns ist), ist, dass wir natürlich auch Formen der politischen Selbstverwaltung brauchen, die diesen Prozess nachvollziehen. Das, was wirtschaftlich, sozial, kulturell läuft, müsste auch eine politische Selbstverwaltung einfangen, d. h. es müsste eine Form der politischen Selbstverwaltung gewährt werden. Das heißt, wir haben das Thema der „Stadtregion“ debattiert.

Und wir haben dann auch gesagt: dieses könnte eine neue Urbanität sein. Also nicht negativ nur als „Siedlungsbrei“! Dies könnte eine neue Urbanität sein, wenn es uns gelingt, diese Formen auch politisch nutzbar zu machen. Es ist eine Frage von *good governments*, wie die Politik diesen Punkt aufnimmt. Herr Minister, wir wollen kein Geld. Wir wollen eigentlich nur die Möglichkeit und die Freiheit!

WILLI STEUL

Das tut einem Minister gut, wenn man sagt, man wolle kein Geld von ihm.

ROLF BÖHME

Das sage ich jetzt heute morgen. Er ist ja nicht zuständig für den einzelnen, aber als Verfassungs- und Kommunalminister dafür zuständig, dass das, was der Bürgermeister von Orléans gesagt hat, dass *liberté*, eine Freiheit für die Entwicklung, für Innovation, für eine neue Chance der Städte, in einer neuen Urbanität möglich wird – das brauchen wir!

WILLI STEUL

Danke, Herr Dr. Böhme. Bevor ich zum ersten Mal den Bundesinnenminister anspreche (und irgendwann wird es dann doch einmal um Geld gehen, befürchte ich, Herr Schily) die Frage an Dr. Baumgartner: Bern hat wahrscheinlich ähnliche Probleme, nur das eine haben sie nicht: dass sie unter Europa leiden und unter einer Entmachtung der Städte durch Brüsseler Bürokraten.

KLAUS BAUMGARTNER

Ja, vielleicht leiden wir auch ein bißchen darunter, dass wir noch weit weg sind von Europa (Beifall). Aber ich glaube, wir werden schrittweise zu Europa stoßen. Die Probleme, die hier angesprochen worden sind, haben wir auch, und ich würde nicht sagen, dass um die Stadt Bern herum (die Stadt Bern hat 126 000 Einwohner, die Region etwa 330 000) alles ein uniformer Brei ist, sondern das sind Regionsgemeinden, die zum Teil auch finanziell, aber auch von der baulichen Struktur her sehr beachtliche Leistungen zeigen. Aber die Tendenzen, die Oberbürgermeister Böhme soeben aufgezeigt hat, gel-

ten natürlich auch bei uns. Auf der einen Seite sage ich immer: „Wir müssen wissen, wo wir stehen, damit wir in der globalisierten Welt bestehen können. Nur das macht uns stark.“

Auf der anderen Seite spüren wir, dass wir regional zusammenrücken müssen. Wir haben dort größere Fortschritte gemacht, indem Dinge, die vor zwanzig Jahren noch nicht möglich waren, heute möglich sind: 26 Regionsgemeinden haben sich in einem Verein zusammengeschlossen. Das Bewusstsein steigt, dass wir eine demokratisch begründete regionale Organisation brauchen. Es gibt dazu zwei Wege: entweder wir schaffen eine Art öffentlich-rechtlicher Regionalkörperschaft - das ist bei unserem System wahrscheinlich schwieriger als der zweite Weg, dass sich die Gemeinden rund um die Stadt Bern mit der Stadt zusammenschließen werden. Also nicht von der Stadt geschluckt werden, sondern wir sollten uns im Sinne einer echten Fusion zusammenschließen. Das wird aber in der Schweiz noch einige Zeit dauern. Was die Beziehungen der Städte zum Bund (der „Eidgenossenschaft“, wie wir bei uns sagen) anbetrifft: da haben wir Mühe. Wir dürfen nicht direkt mit den Bundesministern sprechen, sondern immer nur via Kanton oder zusammen mit dem Kanton. Der frühere Finanzminister hat einmal die Städte empfangen, nur um ihnen zu sagen, er dürfe nicht mit ihnen sprechen, aber wenn sie schon da seien, dann könne man doch zusammen einen Kaffee trinken.

Das ist gegenwärtig die große Debatte zwischen den Städten und der Eidgenossenschaft zusammen mit den Kantonen: wie unsere neue Beziehung, gestützt auf einen neuen Verfassungsartikel, ausgestaltet werden soll. Das ist sehr hart, aber der Bund (und ich glaube, das gilt auch für Deutschland, das gilt für Frankreich, das gilt für Italien), die Zentralregierungen, die Bundesregierungen müssen zur Kenntnis nehmen, dass nach wie vor kulturelle Dichte, Innovation, Wohlstand in den Agglomerationen mit ihren städtischen Zentren geschaffen werden und gefördert werden. Und dort müssen wir trotz bestehender Strukturen aufbauen können. Wir brauchen in der Schweiz nicht Autonomie – die haben wir in den Kommunen in einem viel größeren Maß als in Deutschland: wir haben die Möglichkeit, selbst Einkommensteuern zu erheben. Tun wir auch - nur reicht es nicht... (Gelächter)... weil, sehen Sie, die Stadt Bern (wir haben das in einer Studie zusammen mit dem Kanton ermittelt) bezahlt für die Region und darüber hinaus jährlich 56 Mio. Schweizer Franken Dienstleistungen, die Regionsbewohnerinnen und –bewohner beziehen. Und nicht Leute aus der Stadt! Das soll jetzt in einem Ausmaß von etwa 26 Mio. abgegolten werden. Wir haben es auch fertiggebracht, dass 10% unserer Kulturaufwendungen von den Regionsgemeinden gezahlt werden, gestützt auf das Kulturförderungsgesetz. Aber es reicht nicht! Es reicht vor allem auch nicht, die Entwicklung voranzubringen. Deshalb müssen wir unsere Zusammenarbeit in der Region stärken, und wir müssen einen besseren Zugang nicht nur zu unseren Kantonsregierungen – das wären bei Ihnen die Landesregierungen -, sondern auch zu den Bundesregierungen haben.

WILLI STEUL

Dankeschön. Es ist sicher eine Stärke des deutschen föderalistischen Systems, dass die Bürgermeister mit dem Finanzminister nicht nur Kaffee trinken dürfen, sondern auch

Substantielleres verhandeln dürfen. Oberbürgermeister Böhme hat es schon angesprochen, Herr Schily: Sie sind als Innenminister Verfassungsminister. Wenn ich auch Ihre Arbeit von weitem als Beobachter betrachte, so glaube ich, Sie sind sich dessen sehr bewusst, dass der Staat, die Verfassung, Ordnungsrahmen und Ordnungsfaktor ist, der liberale Rahmenbedingungen schafft, in denen aber die einzelnen einen Handlungsspielraum haben dürfen. Nun beklagen die Städte die Tendenz zum Verlust der notwendigen Autonomie, dass sie handlungsunfähiger werden, auch über die Europäisierung der Politik. Können wir dem mit unserer Verfassung begegnen?

OTTO SCHILY

Ja, also zunächst einmal gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen. Ich finde den Titel dieser Diskussion wunderbar gewählt: „Die Stadt als europäische Lebensform“ – das entspricht meiner Überzeugung. Ich glaube, was die kulturelle, politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas angeht, ist sie in der Tat aus dem Netzwerk der europäischen Kommunen entstanden. Das, glaube ich, ist die historische Wahrheit, und man kann es auch immer wieder erleben, wenn man in die großen Städte geht. Ich war kürzlich in Krakau – was man dann schon in der kulturellen Szene Krakaus wiederfindet, wenn man sich anschaut, wie Europa dort schon Realität war, dann sieht man, dass das, was uns jetzt in der europäischen Familie als große Beglückung widerfährt, in diesem Netzwerk angelegt ist.

Der freie, mündige Bürger, der *citoyen*, ist eben aus den Kommunen entstanden, übrigens auch im Zusammenhang mit der Sicherheit, die Städte gewährt haben: „Stadtluft macht frei“ hatte auch etwas mit der Sicherheit in den Städten zu tun. Ich glaube, das hat sich bis heute nicht geändert, auch nicht in einer globalen Welt. Es ist jetzt gerade gesagt worden: gerade die Regionalität ist etwas, was die Globalisierung austariert. Das ist auch meine Überzeugung. Wir sollten uns da nicht täuschen!

In der Stadt, in der Kommune, in der Begegnung, die ja auch gerade für die *res publica* eine enorme Bedeutung hat (die italienische *piazza* etwa, das *forum*, ist für die Entwicklung von *res publica*, von Republik und Demokratie von ganz entscheidender Bedeutung), in der Kommune wird und bleibt der Mensch namhaft, während er sich möglicherweise in der virtuellen Kommunikation etwas in der Anonymität verliert. Das heißt nicht, dass ich gegen globale Kommunikation oder Internet bin. Ich halte das alles für einen Fortschritt, aber ich denke, man sollte das Problem der Anonymität berücksichtigen.

Auch die Dynamik, die sich aus den Städten entfaltet hat: ich habe mir einen Satz von Braudel herausgeschrieben. Er sagt, die frühen Städte des 11. Jahrhunderts waren modern, erfinderisch, allerdings fügt er auch hinzu: rücksichtslos. Diese Dynamik haben später die Nationalstaaten übernommen, und darauf ist eigentlich auch die spätere Dynamik im 18., im 19. Jahrhundert, in den früheren Jahrhunderten zurückzuführen. Ich will das jetzt aber nicht in allen Einzelheiten darstellen – hier wird ja eine ganz konkrete Frage gestellt: wie wir die Kommunen sehen.

Auch im Staatsaufbau der deutschen Republik, in unserem Rechtsstaat, in unserer Verfassungswahrnehmung ist die kommunale Selbstverwaltung ein wichtiges, wahr-

scheinlich sogar das entscheidende Fundament. Ich glaube nicht, dass die demokratische Entwicklung in Deutschland so erfolgreich verlaufen wäre (übrigens war alle positive Entwicklung in der deutschen Geschichte auch mit Kommunalreform, Steinschen Reformen, verbunden). Es ist ein Faktum! Deshalb ist die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einem ganz großen und wesentlichen Teil der kommunalen Selbstverwaltung zu verdanken. Und ich kann Ihnen ja heute folgendes sagen: Ich werde mich in meiner Funktion als Verfassungs- und Kommunalminister dafür einsetzen, dass die Kommunalverwaltung auch jetzt nicht irgendwie in einer europäischen Struktur diffundiert. Also: die Kommunen müssen in der europäischen Struktur ihren hohen Rang behalten, und diese Frage ist auch gewissermaßen ein Testfall für die Durchsetzung des Prinzips der Subsidiarität. Wenn uns das nicht gelingt, dann steht es nur auf dem Papier. Es ist in den Verträgen angelegt: In Art. 16 des Amsterdamer Vertrages ist beispielsweise – und da entsteht ja in der Nachbarschaft eine sehr aktuelle und sehr konkrete Diskussion, ob die Kommunen fürderhin ihrer Daseinspflicht nachkommen können – immerhin der Stellenwert der Daseinsfürsorge hervorgehoben, und im Art. 86 gibt es auch den Hinweis auf notwendige Abwägung zwischen Wettbewerbsprinzipien und Daseinsfürsorge.

Es ist aber jetzt, auch durchaus verhalten, in Brüssel zum Teil so, dass die Kommunen erwarten dürfen, dass die Dinge etwas klarer ausgesprochen werden und dass Rechtssicherheit entsteht. Der früheren Bundesregierung ist es ja leider nicht gelungen, einen Verfassungsartikel durchzusetzen, der den Wortlaut hatte: „Das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände, aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung“ (das war der wichtige Bestandteil dieses Satzes: *in eigener Verantwortung*) „zu regeln und eine durch das Volk gewählte Vertretung zu haben, wird gewährleistet“. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit nach unserem Verständnis – dieser Artikel konnte damals in den Amsterdamer Vertrag nicht aufgenommen werden. Ich könnte mir vorstellen, mein Freund Rolf Böhme wäre also doch damit weitgehend zufriedengestellt, wenn es eine solche Formulierung gäbe. Aber immerhin haben Sie ein weiteres Vertragswerk, das Ihnen als Kommune hilfreich sein kann: Es ist die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates, die man nicht geringschätzen sollte, etwa in dem Sinne, dass es nun nicht ein Gerichtsurteil ist, mit dem man gleich den Gerichtsvollzieher losschicken kann. Das ist es natürlich nicht, aber es ist ein Dokument, das politische Wirkung entfaltet. Immerhin haben dieses Dokument ausnahmslos, nein nicht ausnahmslos, mit zwei Ausnahmen: Belgien und Frankreich.....

ROLF BÖHME

...und die Schweiz...

OTTO SCHILY

... ja, die Schweiz ist noch nicht in der EU, da haben Sie mich zu früh unterbrochen, verehrter Herr Oberbürgermeister, obwohl ich es sehr begrüßen würde, wenn sie eines

Tages Mitglied der Europäischen Union würde. Aber alle EU-Mitgliedsländer außer Belgien und Frankreich haben diese Charta unterzeichnet, und es gibt auch ein Monitoring des Ministerkomitees, die untersucht, ob dann auch verwirklicht wird, was in dieser Charta steht. Es gibt einen Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, den man auch als Beratungsgremium nützen sollte. Diesen Hinweis wollte ich geben, aber nun auch nicht in einen Eurodefätismus (oder wie soll ich das nennen, in einen Europessimismus?) verfallen. Ich habe hier nun von unserem verehrten Herrn Moderator gehört: „leiden unter Europa“....

Also, ganz so ist es nun nicht mit dem schrecklichen Leiden, denn die Gemeinden nehmen auch ganz kräftig an der regionalen Wirtschaftsförderung der EU teil und sind darüber sehr glücklich. Wir wollten ja über Geld nun erst einmal nicht sprechen, also ich denke, da sollte man nun nicht unbedingt sagen, dass die Regionen unter der EU leiden. Wenn ich mir heute Europa ansehe und sehe, wie gerade in den Regionen auch außerhalb Deutschlands unter dem warmen Geldregen der EU Dinge aufgeblüht sind, dann kann man, glaube ich, dieses Urteil nicht unbedingt aufrechterhalten. Ich denke, wir sollten da auch die Kirche im Dorf lassen, und in einem weiteren Sinne - da ist dann aber Herr Sieverts mehr gefragt - meine ich auch, dass wir das alles mit den Fragen der Städteplanung parallelisieren müssen. Heute sind natürlich bei allem Wohlgefallen über die städtische Entwicklung Städte auch Brennpunkte gewaltiger sozialer Probleme, und deshalb ist, glaube ich, ein Programm sehr interessant, das mein Kollege Klimmt in seinem Ressort verantwortet, an dem wir aber beteiligt sind, was wir auch aus den Belangen, die ich zu vertreten habe, sehr willkommen heiße. Das ist das Projekt der „sozialen Stadt“. Ich will nur einen Satz daraus vorlesen: „Wir setzen auf das europäische Stadtmodell“. Dieser Satz ist wichtig! Und insofern, glaube ich, können sich die Kommunen sowohl auf den Minister Klimmt als auch auf den Kommunalminister Schily verlassen. Vielen Dank.

WILLI STEUL

Das ist eine außergewöhnlich elegante Überleitung. Das ist so, Herr Schily, als würden Sie mein Moderationsablaufmodell kennen...

OTTO SCHILY

Ja, wollen wir tauschen?

WILLI STEUL

.... denn die Frage wollte ich Professor Sieverts sofort stellen. Was heißt das, dieses „europäische Stadtmodell“? Was heißt für Sie das Stadtmodell Europa?

THOMAS SIEVERTS

Für mich ein erstaunliches Ergebnis dieser Tagung (das teile ich mit Herrn Böhme) ist die fast einmütige Übereinstimmung, dass die Stadt sich ausgeweitet hat. Das war bis vor einigen Jahren höchst umstritten. Höchst umstritten, dass das, was wir „Peripherie“ nennen, Teil der europäischen Urbanität ist. Und das ist, glaube ich, die wichtigste Erkenntnis, die diese Tagung beinhaltet. Das bedeutet aber auch, dass wir das, was europäische Stadt ist, neu definieren müssen. Wir können sie nicht mehr nur nach ihrer Form definieren. Die Gegenüberstellung von kompakter Stadt hier und *urban sprawl* dort – was man so gerne getan hat, um die Gegenüberstellung zu vereinfachen – stimmt nicht mehr. Und deswegen müssen wir fragen, was denn an diesem neuen Stadttypus, der von seiner Erscheinung her viele Ähnlichkeiten hat mit nichteuropäischen Stadttypen, europäisch sein kann. Und ich meine, dass wir diese Eigenschaften nicht mehr in der Form finden oder, genauer gesagt, nicht mehr *nur* in der Form – *auch* in der Form, darauf komme ich noch zu sprechen –, sondern in der europäischen Tradition der Stadtidee.

Und da möchte ich auf drei Ideen zurückgreifen, von denen ich meine, dass sie darüber entscheiden, wie europäisch unsere Städte in Zukunft sein werden. Der erste Gedanke ist der, den Minister Schily angesprochen hat: der Gedanke der Solidarität. Der Gedanke der Solidarität mit dem Schwächeren in der Stadt ist in der europäischen Stadt zuhause, seit die europäische Stadt christlich geworden ist. Und sie hat ihre besondere Ausformung in der Form, wie wir sie heute praktizieren, im 19. Jahrhundert mit der Arbeiterbewegung genommen, wie wir alle wissen. Und das Ausmaß, in dem dieser Gedanke der Solidarität als Prinzip für alle europäischen Städte zu gelten hat, nämlich, dass man sich verpflichtet fühlt, für die Schwächeren zu sorgen, wird auch zu einem Maßstab der zukünftigen europäischen Stadt werden müssen, sozusagen zu einem Maßstab ihrer „Europäischkeit“. Und das bedeutet jetzt ganz praktisch zum Beispiel für diesen neuen Stadttypus, über den wir sprechen (den ich mal „Zwischenstadt“ genannt habe, weil er so zwischendrin angesiedelt ist), dass zum Beispiel der soziale Ausgleich innerhalb dieser Zwischenstadt geregelt werden muss. Es muss auch in der Region möglich sein, dass die Lasten der Kommunen, die unter besonderen sozialen Problemen leiden, von Kommunen, die das nicht tun, in regionalem Maßstab ausgeglichen werden. Das geht heute nicht. Das ist ein Merkmal, das mal ganz praktisch zeigt, was ist, wenn man das sozusagen operationalisiert, wenn man das praktisch macht, was „Europäischheit“ in dieser neuen Stadtform bedeutet.

Das zweite Merkmal, das ich nennen möchte, was Sie vielleicht erstaunen wird, ist der Gedanke, der sich im 19. Jahrhundert in der *arts and crafts*-Bewegung gezeigt hat. In der damaligen Zeit hat die *arts and crafts*-Bewegung sozusagen ein radikales Gegenmodell gegen die industrielle Arbeitsteilung propagiert. Aber auf *arts and crafts* geht auch der Schutzgedanke zurück: der Schutzgedanke des Denkmalschutzes, ebenso wie der Schutzgedanke des Heimatschutzes, aus dem dann der Naturschutz entstanden ist. Auch dieser Gedanke ist ein zentraleuropäischer Gedanke. Wenn wir an den amerikanischen Naturschutz denken, dann ist der völlig anders organisiert: er zielt auf die großen Nationalparks, aber er zielt eigentlich nicht auf die nahe Umgebung. Auch der Gedanke des Landschafts- und Naturschutzes muss in der neuen Stadtform weiterentwickelt wer-

den. Denn längst ist es ja so, dass diese neue Stadtform, bei der sich Stadt und Land so durchdrungen haben, dass man häufig nicht mehr recht unterscheiden kann, was Stadt ist, was Land ist, längst ein eigener Biotoptypus geworden ist, der außerordentlich artenreich ist. Auch das vergessen wir häufig: diese Stadt ist viel artenreicher als die umgebende industrielle Landwirtschaft. Unser Naturschutz beschäftigt sich aber im wesentlichen immer noch mit menschenfernen Biotopen. Der Naturschutz muss sich in Zukunft damit beschäftigen, wie eigentlich diese menschengemachte Natur, bei der sich Menschenwerk und Natur durchdringen, weiterzuentwickeln ist, wie die neuen Qualitäten zu schützen sind.

Und der dritte Ideenstrang, den ich gerne herauskehren möchte, ist der, dass die europäische Stadt seit dem Mittelalter immer sehr starke Beziehungen zur bildenden Kunst hatte. Und auch noch im 19. Jahrhundert war das der Fall: Die konservativen Strömungen der Reformbewegungen, wie ich sie mit *arts and crafts* gekennzeichnet habe, haben sich eher mit dem Jugendstil verbunden. Die Verbindung von Städtebau und bildender Kunst hat ihren Höhepunkt zum Beispiel in Darmstadt in der Mathildenhöhe gefunden. Die progressiven, von der Arbeiterbewegung kommenden Reformbewegungen, haben sich eher mit der Avantgarde verbunden, mit dem Höhepunkt des Bauhauses. Im späten 20. Jahrhundert in Dessau ist die Kunst in ihren eigenen autonomen Raum gegangen und hat relativ wenig mit der Stadt zu tun gehabt. Das ändert sich aber wieder! Die Kunst kommt zurück in die Stadt!

Gerade wenn wir an Paris denken und an die großen Skulpturen, z. B. von Dany Karavan, und an das, was Sie gerade im Landschaftsbereich machen, Herr Chemetov, dann ist es genau wieder diese Durchdringung von Stadt mit Kunst. Und auch das ist ein sehr interessantes europäisches Arbeitsfeld des Städtebaus, weil es jetzt darum geht, diese erweiterte Stadt als Landschaftskunstwerk zu begreifen. Es geht darum, die Zwischenräume zu gestalten. Nicht mehr nur sozusagen „abstrakte Grünflächen“ zu gestalten, sondern die Zwischenräume widerstandsfähig zu machen, sie zu gestalten. Die Stadt als Garten! Wir haben darüber gesprochen: die Stadt als Park.

Und da bedarf es jetzt - und das ist wieder ein neuer politischer Auftrag – der engsten Verbindung mit der Landwirtschaftspolitik. Die Landwirtschaftspolitik in Deutschland hat ein völliges Eigenleben: sie hat direkten Kontakt zu ihrem Kommissar in Brüssel, aber überhaupt keine Kontakte zu der Stadtplanung, die in ihrer eigenen Umgebung stattfindet. Und auch die Städtebaupolitik der Bundesregierung ist bisher überhaupt nicht mit der Landwirtschaftspolitik verzahnt. Also auch dort muss es zu neuen politischen Initiativen kommen, und ich meine, insgesamt genommen ist dieses Feld ein außerordentlich dankbares Feld für politische Gestaltung, für künstlerische Gestaltung und für kommunale Gestaltung. Und deswegen verstehe ich eigentlich immer noch nicht recht, warum das nicht schon längst von der Politik als eines der großen Zukunftsfelder aufgegriffen worden ist.

WILLI STEUL

Ich möchte mit Paul Chemetov vielleicht noch den letzten großen Komplex ansprechen, den wir dann hier weiter traktieren können. Professor Sieverts, Sie haben auch das

Stichwort dazu geliefert: die Durchdringung der Stadt mit Kunst und Kultur. In den Arbeitskreisen, Herr Chemetov, wurde zum Beispiel diskutiert – und diesen Punkt halte ich für sehr wichtig – (ich vergrößere jetzt in der Zusammenfassung), dass Menschen sich sozusagen Identifikationsorte suchen, weil sie sie brauchen (sie brauchen Orte der Kommunikation), dass sie sich Plätze und Identifikationsobjekte selbst suchen, und wenn es – solche Phänomene sind zu beobachten – irgendwo Tankstellen sind, wo man sich dann zusammenfindet. Dort würde dann vielleicht eher das Wort „zusammenrotten“ passen. Aber dennoch beobachten wir hier, dass Menschen Identifikationspunkte brauchen. Das heißt, eigentlich müssten Sie, die Architekten, sie vermehrt schaffen.

PAUL CHEMETOV

Très bien. Le professeur Sieverts vient de parler du fordisme dans les villes et du fordisme dans la production agricole. Et, pour répondre à la question que vous me posez, dans cette construction des lieux d'identité, il est certain que la globalisation nous aide, la globalisation, c'est évident, donne une valeur ajoutée au local. Il y a eu même une intervention dans cette réunion du professeur Goeschel sur l'art, la culture comme marqueur du local. Et si l'on ne veut pas dans cette ville étendue, cette ville distendue que tout le monde s'accorde à reconnaître comme le cadre nouveau de la ville européenne, dans cette ville qui inclut des parties de campagne (et il faut parler de *campagne jardinée* et non de *campagne productiviste*), je crois qu'il faut accepter ce marquage culturel, si l'on ne veut pas que nos villes deviennent des *trademarks*, marquées uniquement par le repère d'une station-service ARAL, par exemple, en Allemagne, ou ESSO, TOTAL en France, par exemple.

Il faut penser au grand territoire comme *landmark* et à la ville aussi comme *Stadtmark*, et c'est d'autant plus important que ce besoin d'identité (et ça a été dit dans un groupe de travail) se traduit par une pulsion patrimoniale à tout classer, tout protéger, et surtout le futur. On sait bien que cette patrimonisation du futur, c'est la mort des villes, et c'est la mort des hommes et certainement la mort de la politique. Donc si l'on veut avoir une attitude moderne et non pas modernisatrice sur ce point, c'est-à-dire admettre la mise en relation des situations passées et des situations futures, il faut accepter dans les centres les plus historiques l'intrusion même de la modernité commerciale. Et il faut accepter de voir dans les périphéries du patrimonial (et ce qui est patrimonial dans les périphéries est certainement d'un autre ordre que dans le centre).

Je voudrais citer trois exemples. On sait que cette maison a fait débat, mais je crois que l'investissement dans cette maison (et on parle d'argent, de gros sous) fait partie du débat. L'accumulation primitive qui a été celle de la formation de la société capitaliste, de la cité du travail (on peut y arriver par des moyens barbares ou par des moyens un peu plus civilisés), mais cette accumulation primitive qui constitue la ville doit être poursuivie de nos jours dans l'accumulation de nouveaux signes et de nouveaux lieux, de nouveaux lieux d'habitat, de nouveaux lieux de culture pour la ville. Cela veut dire de la dépense, et cela veut dire quand même un transfert de la dépense. Et parmi les exemples que je voulais donner il y a Lucerne en Suisse. L'implantation d'un bâtiment problématique, le goût de la musique dans la bourgeoisie locale, moderne, au bord du

lac, dans la partie la plus historique de la ville, remet en mouvement la ville. C'est un bâtiment qui a coûté huit cents millions de francs français, à peu près.... Il y a un autre bâtiment, à Bilbao, qui a rendu cette ville célèbre, mais dont le propos me paraît assez différent. Et si j'étais un peu polémique, comment mettre en scène un événement pour faire face à la déprime industrielle ? Je crois que l'investissement et l'effet d'annonce, l'effet de communication est semblable, mais l'effet démocratique, l'effet civique est tout à fait différent dans les deux cas. Et je crois qu'il faut réfléchir à cette différence, et surtout à la capacité de mettre en mouvement des pratiques, et non pas seulement de consacrer des monuments à quelques cultes passés.

Et pour conclure, j'aimerais emprunter ma conclusion à un architecte suisse, Aurélio Galfetti, que j'ai abondamment pilié dans ces prises de position, quand il dit «conserver, c'est transformer». C'est la condition de la vie, c'est la condition de l'évolution, c'est la condition des villes.

WILLI STEUL

Die Stichworte, die mir hier wichtig erscheinen – ich habe mir das notiert: „des nouveaux signes“, dass man auch Symbole braucht. Und Paul Chemetov hat auch angesprochen, Herr Böhme, dass Sie sehr in der Kritik um dieses Haus hier waren. Zunächst aber eine kurze Frage an Herrn Schily, weil mir das durch den Kopf schießt. Vielleicht schweife ich auch ein wenig ab, aber stellen wir in der öffentlichen Debatte (auch jetzt, um Berlin und seine Entwicklung, die Gebäude in Berlin) nicht die Sparsamkeit zu sehr in den Mittelpunkt? Weichen Sie als Politiker im Bundestag nicht auch vor dieser Debatte ein wenig zurück, anstatt sich hinzustellen und zu sagen: „Wir brauchen auch diese *nouveaux signes*“?

OTTO SCHILY

Also, ob bei der Neubebauung (wenn ich das mal so nennen darf) von Berlin die Sparsamkeit immer am Werke war, das kann man doch mit einem gewissen Fragezeichen versehen. Ich denke an den Etat, der draufgeht für den Neubau des noch in der alten Regierungszeit in Auftrag gegebenen Baus des Kanzleramts; also, das ist recht üppig...

WILLI STEUL

Wir brauchen doch auch so etwas, so etwas Großes...

OTTO SCHILY

Ja sicher. Nein, nein, ich bin auch der Meinung und habe es immer gesagt, wir brauchen die Gründung einer Arbeitsgruppe „Staat und Stil“. Der Staat soll sich durchaus repräsentieren. Nicht, dass wir dann nur noch die Kathedralen der Wirtschaft irgendwo haben, obwohl ich – und da wird mich Herr Sieverts vielleicht gleich exkommunizieren – ein Anhänger des Potsdamer Platzes bin...

THOMAS SIEVERTS

... ich auch!...

OTTO SCHILY

.... na, dann ist es ja gut, dann bin ich beruhigt. Also, da ist etwas entstanden. Es gibt allerdings auch unglaublich konventionelle neue Architektur in Berlin...

Aber man muss schon auch ein bisschen Geld in die Hand nehmen, was aber nicht (da muss ich auch in Freiburg auf der Hut sein) nichts daran ändert, dass wir einen strikten Konsolidierungskurs fahren müssen, denn wir geben lieber das Geld für vernünftige Dinge als für 82 Milliarden Mark Zinsen im Jahr aus. 82 Milliarden Mark Zinsen im Jahr sind erstens mal soziale Umverteilung und zweitens mal einfach ein Haushalt, der auf die Dauer nicht durchzuhalten ist. Und deshalb ist der Kurs von Herrn Eichel völlig richtig, und wir werden ihn konsequent durchhalten.

Kein Beifall? Da bin ich aber wirklich traurig...

WILLI STEUL

Ach, wissen Sie, für Selbstverständlichkeiten wie das sparsame Wirtschaften ist man in diesem Lande immer zu haben.

OTTO SCHILY

Naja, da habe ich auch meine Zweifel. Aber das ist eine andere Frage...

WILLI STEUL

Herr Böhme, lassen Sie uns das noch einmal ein bisschen traktieren, das mit den „nouveaux signes“.

ROLF BÖHME

Also, zunächst einmal, was das Geld angeht, möchte ich nur sagen, dass der Minister jetzt in der Koalitions- und in der Regierungsdisziplin steht, aber dass er keinen Beifall gehabt hat, mag mit einem alten Schwarzwälder Spruch zusammenhängen. Der heißt: „Der Hund ist von vorne gefährlich und das Pferd von hinten, aber der Steuereintreiber von allen Seiten“.

Was die *signes*, die Symbole, angeht, ist das, glaube ich, richtig: Der Staat braucht Identitätssymbole. Genauso braucht die Stadt das. Und die Stadt Freiburg hat natürlich ein Symbol, das durch Jahrhunderte diese Stadt vereint hat: Der Münsterplatz ist eben nicht nur ein bauliches Ereignis, sondern es ist bis heute der soziale und kulturelle Mittelpunkt der Stadt Freiburg. Und das Münster selbst ist in noch höherem Maße eine Identifikation mit dieser Stadt. Als die Stadt Ende 1944 durch einen Luftangriff zerstört wurde, war es das stehengebliebene Münster, das für die Stadt außerordentlich wichtig war und ihr wieder Hoffnung gab, die ganze Stadt wieder aufzubauen. Die Theorie mit den Symbolen kann ich also voll und ganz unterstützen.

Es war das Haus in Luzern angesprochen; Herr Chemetov hätte vielleicht auch dieses Haus ansprechen können. Er hat mir vorher gesagt, er macht es aus Höflichkeit nicht – aber gar nicht von sich zu reden, ist die vornehmste Art der Heuchelei. Deswegen möchte ich hier selber dazu sagen, dieses Haus war immer geplant als ein Haus der Begegnung, als ein Haus der Musik, als ein Haus der Kunst. Und wir haben das auch getan, weil wir glaubten, die Stadt braucht das nicht nur allein, Herr Sieverts, sondern die Region braucht es auch. Und wenn Sie bei den Konzerten dabei sind – vielen Dank, Herr Dr. Steul, dass es die Konzerte des SWR Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg gibt – die sind immer voll. Und da stellen wir fest, dass ein Großteil der Besucher eben aus der Region kommt. Es ist nicht nur ein städtisches Symbol, sondern es ist ein Ereignis für die ganze Region. Ich kann das also voll und ganz bestätigen und meine, dass es eine richtige Investition war, genauso wie das Theater, das 100m von hier entfernt steht, auch neu hergerichtet wurde. Und dass wir jetzt unser Museum, unser Augustinermuseum, drannehmen wollen, gehört in die gleiche Richtung.

Aber ich möchte diesen Part abschließen und nun noch einmal etwas wiederholen, was vorhin debattiert wurde...

WILLI STEUL

Bevor wir das Thema ändern, glaube ich, möchte Herr Chemetov noch etwas dazu sagen. Professor Sieverts auch, habe ich gesehen.

PAUL CHEMETOV

Oui, ce n'est pas par hypocrisie que je me tais. Voilà ce que je voulais dire : personne ne conteste la nécessité d'investir dans des nouveaux lieux d'échange et dans des nouveaux signes de représentation de la ville. Mais nous sommes actuellement dans la transformation des villes semblables au sculpteur Alexandre Calder : nous remettons des poids sur un mobile. Et par ces poids, nous remettons la totalité en mouvement. La question est de savoir où est-ce que nous allons appliquer ces poids pour, avec le minimum d'argent, pour faire plaisir à M. Schily provoquer le maximum d'effet.

THOMAS SIEVERTS

Das ist ein wunderschönes Bild, das Bild des Mobiles für die Region, weil es genau das kennzeichnet, was diese neue Stadt von der alten Stadt unterscheiden wird. Die alte Stadt wurde als statisch beobachtet: es gab in der Mitte ein unverrückbares Zentrum, und drumherum gab es Satelliten. Die neue Stadt, die sich herausbildet, ist ein System aus unterschiedlichen Gewichten. Die Zentralität sitzt nicht mehr nur in der Altstadt, sondern viele Dinge haben sich aus der Stadt herausgelagert. Nicht so sehr in Freiburg – in anderen Städten sind es die Universitäten, sind es die großen Kliniken, sind es große Betriebe, aber auch natürlich die Einkaufszentren, die neue Zentralitäten im Umland geschaffen haben. Und jetzt geht es darum, dieses neue System ins Gleichgewicht zu bringen. Aber in kein starres, sondern in ein bewegliches Gleichgewicht, wo immer neue Gewichte dazugesetzt werden können, sich leichte Verschiebungen ergeben können und dadurch das Ganze immer in leichter, sanfter Bewegung bleibt. Und das bedeutet – das wollte ich nun abschließend sagen -, dass es in Zukunft keinen Punkt mehr in dem, was wir „erweiterte Stadt“ nennen, geben darf, der vernachlässigt werden darf. Die Kehrseite der Musealisierung der Innenstadt (auch das wurde auf der Tagung gesagt) ist die Vernachlässigung der Peripherie. Das ist das übliche Bild, und ich habe ein Zitat eines sehr lieben Kollegen aus dem Bundesbauministerium zitiert, der sagte: „Ja, aber wenn wir die Shopping center in der Peripherie schöner machen, dann schaden wir doch der Innenstadt noch stärker.“ Das ist dies alte Denken, das auch in der Bundesregierung, gerade auch im Bundesbauministerium, tief verankert ist. Und da müssen wir weg! Es darf keinen Punkt in der Region geben, der weniger wert ist als das Zentrum! Sie sind unterschiedlich, aber sie müssen gestaltet werden.

KLAUS BAUMGARTNER

Das haben wir zum Beispiel an die Hand genommen. Zusammen mit den Regionengemeinden machen wir eine gemeinsame Richtplanung, wo wir uns darüber unterhalten, wo neue Zentren entstehen? Wir konnten uns sogar einigen, wo die flächenintensiven Verkaufs- und Freizeitzentren hinkommen sollen. Da haben wir uns einigen können, und auch weitere solcher Punkte werden in dieser umfassenden Planung geregelt. Was

wichtig ist – Sie haben völlig recht : den Quartieren oder auch den Außengemeinden muss man bezüglich ihrer Entwicklung mehr Gewicht beimessen, unter Einbezug auch der Grünflächen. Und das ist in der Stadt Bern so: hier sind Grün und Landwirtschaftsplanung ein Teil der Stadtentwicklungsplanung. Das gehört einfach dazu! Wir machen auch für die Außenquartiere spezielle Planungen, weil unsere Stimmbevölkerung (und ich muss für alles, was mehr als 7 Mio. Franken kostet, obligatorisch das Volk befragen), die Leute, die über Projekte abstimmen, in den Quartieren wohnen und, je länger, je mehr, auch ihre Wünsche geltend machen. Deshalb sind Quartierplanungen wichtig, zum Beispiel Subzentren oder der Umgang mit schon bestehender Bausubstanz und ihre Ergänzung. Wir haben ein Denkmalschutzverzeichnis, das Bauten bis in die sechziger Jahre hinein erfasst, auch in den Quartieren. Es ist übrigens ein gutes Steuerungsinstrument: wenn man sagt, es ist erhaltenswert, und man es abreißen will, dann hat man die Garantie, wenn man die Bewilligung gibt, dass etwas Gutes an diese Stelle kommt. Das ist ein ziemlich gutes Instrument.

Als Letztes zum Thema Kernstadt/Peripherie das Beispiel Klee-Zentrum: Da war eine große Debatte: Stellen wir das, ähnlich wie beim Kongresszentrum in Luzern, an den Rand der Altstadt oder nicht? Und wir haben es dann, auch aufgrund einer Donation, an den Stadtrand gestellt, in eine neue Umgebung. Und wir haben damit die Chance wahrgenommen, dort eine sinnvolle Stadterweiterung zu machen und gleichzeitig eine Verbindung zur Nachbargemeinde, auch in Verbindung mit einer Grünplanung, in Verbindung mit einer Erholungszone für das umgebende Quartier. Solche Sachen sind eine Chance, die wir vermehrt wahrnehmen müssen. Wir werden demnächst wahrscheinlich auch darüber diskutieren, ob wir in unserem Weltkulturgut der UNESCO, mitten in der Altstadt vielleicht unter Umständen ein Museum der Toleranz im Sinne eines Neubaus einrichten wollen. Es gibt da die Tendenz in dieser Richtung (und ich finde das eine sehr, sehr interessante Frage) aber das wird natürlich eine riesige politische Diskussion mit vielen Fronten entstehen lassen. Aber ich denke, dass eben auch diese Bewegungen in einem sinnvollen Ausmaß aufgenommen werden müssen.

ROLF BÖHME

Ich will, wenn ich darf, zurück auf die neue Stadt, auf die neue Urbanität. Das fasziniert mich, weil – das sage ich jetzt auch den Freiburger Zuhörern – ja vieles von dem hier in dieser Stadt, in dieser Region verwirklicht worden ist. Denken Sie an öffentlichen Nahverkehr, denken Sie an unsere Wirtschaftsregion, die ja ein gemeinsames Marketing macht, denken Sie an die gemeinsamen Aktivitäten in der Abfallwirtschaft, denken Sie an das, was zum Beispiel im Kreditwesen mit der Fusion von Sparkassen passiert, oder die Diskussion der nächsten Wochen: machen wir eine gemeinsame Fusion der Stadtwerke Waldshut, Lörrach, Breisach, Freiburg, Lahr und Offenburg? Das ist in vielen Teilabschnitten bereits verwirklicht und setzt sich fort, deswegen fasziniert mich dieser Ausdruck auch so: „Neue Urbanität“, weil es sich wirklich von der Praxis aufdrängt, dass sich da etwas Neues entwickelt. Ich möchte hierzu sagen: Das braucht Zeit. Es braucht Vertrauen.

Ich möchte auch den Ausdruck „Siedlungsbrei“ für unsere Region hier überhaupt nicht verwandt wissen. Nicht, dass morgen in der Zeitung steht, der Böhme sagt, es sei ein Siedlungsbrei in Kirchzarten. Da würde ich ja nicht überleben. Das möchte ich nicht, sondern es geht darum, dass wir diese Erweiterung der Stadt, das Faktum, dass vor den Toren der Stadt neue urbane Zentren entstehen, sehen, und dass hier in der Diskussion erlaubt ist zu sagen, das ist eine neue Stadt, die man unter Stichwörtern wie „Stadtregion“ zusammendenken kann... aber das braucht Zeit.

Und was mich fasziniert, und das möchte ich Ihnen sagen, sind zwei Punkte. Das geht über das hinaus, was M. Chemetov mit diesem Gebäude in Luzern angesprochen hat, weil das ja noch sozusagen 20. Jahrhundert ist. Es ist noch etwas, was man anfassen kann. Gestern abend habe ich hier eine Diskussion gehört zu dem Thema „Neue Medien“: virtuelle Medien, neue Kommunikationschancen. Und da ist nichts mehr zum Anpacken, sondern das geht über Computer, das geht über völlig neue Vorstellungen und neue Kommunikationsmöglichkeiten hinaus, und da wandelt sich die Stadt auch. Sie ist „entgrenzt“, wenn man so will, und sie muss das irgendwie aber wieder zusammenfassen. Das ist das eine, was mich fasziniert: dass die Stadt neue Grenzen durch Wirtschaft, durch Technik bekommt.

Und das andere, was faszinierend ist: dass diese Stadt natürlich nicht jammern soll. Es wurde auch gestern zu Recht kritisiert, als das Wort „Europäisierung“ fiel bei der Äußerung, „ja, jetzt müssen wir unsere Energiewerke ändern, und alles ist so furchtbar schlimm“, man kann da ja Kritik äußern – das ist auch richtig, das müssen wir auch machen. So wie der Herr Minister vorhin das Sparen bemüht, muss ich jetzt sagen, das ist auch im Grunde gegen die Kommunen, die Selbstverwaltung wird beeinträchtigt. Aber ich füge jetzt gleich hinzu, was das eigentlich Faszinierende ist: dass wir doch die neue Entwicklung aufgreifen wollen, dass Europäisierung für uns positiv ist. Wir in Freiburg am Oberrhein verstehen uns doch als eine Avantgarde von Europa, als im Herzen von Europa lebend, und wir wollen das nicht negativ, sondern wir wollen es positiv sehen. Und dieses Europa ist nur über die Städte zu gewinnen. Und die Städte müssen vital bleiben, die Städte müssen ein *bassin d'innovation* sein, sie müssen innovativ nach vorne marschieren können. Und das ist eigentlich der Sinn unserer neuen Debatte, dass wir fragen: Was ist eigentlich der Sinn unserer neuen Urbanität, die wir auf dem Boden unserer großen historischen europäischen Stadttradition fortschreiben wollen, jetzt in dieses neue Jahrhundert und Jahrtausend. Das ist die Aufgabe, die wir haben.

Und ich habe den dritten Punkt noch zu nennen: das geht nur als *citoyen*. Das können wir nicht irgendwie machen, sondern Stadt war immer verbunden mit dem Gedanken der Emanzipation, mit der Philosophie auch einer zivilisatorischen Leistung, dass die Stadt selbstbestimmt war. In unterschiedlichen Formen, aber irgendwo war eine Partizipation der Bürgerschaft immer dabei. Auch das lag in dem Wort „Stadtluft macht frei“. Und weil das so ist, brauchen wir auch die neue Urbanität. Die neue Stadt braucht auch entsprechende Formen der politischen Selbstbestimmung. Und die ist nicht nur im Gemeinderat der Stadt Freiburg. Meine lieben Freiburger, das wäre doch super, wenn wir rumfahren mit einer Straßenbahn, von Freiburg bis nach Neustadt hoch, an den Schluchsee, und von Emmendingen bis nach Müllheim, und dann: weiterfahren bis nach Colmar, Colmar und Mulhouse, das gehört genauso zu diesem Europa unserer Region wie zum Beispiel Kirchzarten.

OTTO SCHILY

Also, ich kann ja eigentlich nicht sehen, dass dieses Modell von Zentrum und Subzentren irgendetwas historisch besonders Neues ist. Also, wenn ich die Stadtentwicklung von Berlin sehe, dann ist das ein Zentrum mit sich immer wieder neu angliedernden Subzentren. Aber ich gestehe zu, in der modernen Entwicklung – nehmen wir also mal München, damit wir hier ein bißchen vom Lokalkolorit wegkommen – haben wir in der Tat eine solche Entwicklung. In meinem Wahlkreis (das ist München-Land) ist eine enorme, explosive Entwicklung, ja bekanntlich die prosperierendste Region Deutschlands, und dort haben wir allerdings auch Spannungsfelder.

[...]

Aber eigentlich wollte ich etwas ganz anderes machen: ich wollte die Anwesenheit von Herrn Chemetov und Herrn Sieverts natürlich nutzen, Sie mit einem brennenden Problem (weil Sie über Zeichen gesprochen haben, welche Zeichen nun eine Stadt braucht), einem ungelösten Problem Berlins zu konfrontieren, was Sie nun meinen – also nun *conserver* oder *transformer*: Was machen wir mit dem Schloss? (Gelächter im Publikum) Was soll jetzt geschehen? Soll da was Neues gebaut werden, oder sollen wir eher...

(Zwischenruf aus dem Publikum) Neu!

OTTO SCHILY

Also, ich bin auch eher für neu, um das klar zu sagen...

PAUL CHEMETOV

Oui, l'histoire fâcheuse de ce château de Frédéric détruit tardivement par la RDA pèse sur la mémoire, et je crois que pour régler tous les problèmes de mémoire, il faut les sortir du placard, parce que s'il n'y a pas un retour complet sur la mémoire entière de l'Allemagne, on ne peut pas faire un bâtiment nouveau. Faire un bâtiment nouveau, c'est-à-dire lire la page passée et passer à la page suivante. Sans cela, il y a un exemple un peu opposé : la reconstruction à l'identique du centre de Varsovie a aussi masqué ce que les Polonais ne pouvaient pas dire de leur passé et de leur passé avec leur voisins russes. Et c'est le problème, si vous voulez, très compliqué de l'identité. Il est certain que l'identité peut être le repli.

Mais sur cette question du repli identitaire, je voudrais rebondir sur ce que disait M. Böhme. Ces affirmations d'identité moderne aussi passent quand même par une dose de cosmopolitisme affirmé dans l'Europe. Et là, et puisque cette réunion est organisée par la Ville et l'Université, le rôle de l'université est précisément (par rapport par ce qui est évident dans le local, dans le localisme, dans le patriotisme de clocher), évidemment

cosmopolite. Pour contrebalancer (toujours l'image de Calder) cette tentation patriotique petite par une vision quand même plus large, européenne, voire universelle.

WILLI STEUL

Ich hätte ganz gerne, dass wir an dieser Frage, die Herr Schily eigentlich aufgeworfen hat, noch ein bisschen entlangdiskutieren. Sie schulden ihm übrigens eine Antwort, Herr Chemetov!

THOMAS SIEVERTS

Ich möchte gerne das aufgreifen, was Herr Chemetov zur Europäisierung gesagt hat. Wir haben in der Debatte auch darüber gesprochen, dass wir vielleicht so etwas bräuchten wie eine neue europäische Städte-Hanse: ein Zusammenschluss der Städte, nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch als die eigentlichen Träger des europäischen Gedankens, des Austausches, wie das die Hanse im späten Mittelalter ja geleistet hat. Dieses Bild finde ich sehr schön, und ich meine, dass auch die Städte wieder jeweils Räume finden müssen, bei denen dieser europäische Austausch auch auf höchster Ebene stattfindet, so wie hier. Dieses Haus könnte ein solcher Knoten in einer solchen geistigen Hanse darstellen.

Zum Schloss: Ich bin der Meinung, dass Berlin in dieser Phase, in der es jetzt steckt, furchtbar aufpassen muss, dass es nicht völlig in die restaurative Ecke gedrückt wird. (Beifall) Die Präsentation Berlins auf der Biennale war verheerend (Beifall), weil sie ausschließlich rückwärts gewandt war. Und wenn Berlin in der europäischen Städtekonkurrenz jetzt nicht an einer Stelle zeigt, dass es zu Innovationen fähig ist – und wo soll es das besser zeigen als am Schloss? –, dann fällt es in dem kulturellen Wettstreit der europäischen Städte weit zurück. Ich halte es für eine zentrale politische Frage, wie die Schlossfrage entschieden wird. Wie das zu geschehen hat? Bisher hat die geistige Diskussion zu kurz gegriffen. Ich glaube, man sollte sich noch viel Zeit lassen. Die Angst vor dem *horror vacui* an dieser Stelle, die Sucht, alles instantmäßig fertig machen zu müssen, halte ich für verheerend. Ich bin der Überzeugung, dass man diese Diskussion weiterführen muss und dass man wirklich den Mut haben sollte (wie andere Städte es vorgeführt haben), am Standort des ehemaligen Schlosses nach Nutzungen und Symbolen für das 21. Jahrhundert zu suchen und nicht für das 17. und 18. Jahrhundert.

OTTO SCHILY

Habe ich dann aber Herrn Chemetov anders verstanden? Also, ich stimme Ihnen zu, Herr Sieverts, aber Herrn Chemetov habe ich ein bisschen anders verstanden. Oder vielleicht habe ich da einen kleinen Unterschied gehört, Herr Chemetov, dass Sie eher da

doch... Also, ich müßte jetzt eigentlich noch – Entschuldigung, ich will jetzt nicht die Rolle des Moderators übernehmen, aber...

WILLI STEUL

Nein, nein...

OTTO SCHILY

...wir haben ja noch ein Problem, gerade nebenan, nämlich den Palast der Republik. Den würde ich gerne abreißen, wenn Sie gestatten.

WILLI STEUL

Herr Minister, Sie brauchen keine Angst zu haben, dass Sie die Rolle des Moderators übernehmen. Ich finde eine Diskussion viel lebendiger, wenn keine Abfrage besteht, sondern wenn sich Themen entwickeln und Sie sie selber ansprechen. Und mich interessiert gerade das, was Herr Chemetov angesprochen hat: Wann kann man, wann sind wir wirklich in diesem Prozess, dass man die letzte Seite gelesen hat, damit man die neue Seite aufschlagen kann? Und ich habe Sie so ähnlich wie die Aussage von Professor Sieverts interpretiert: wir haben auch noch Zeit, um diese Frage zu beantworten, und wir sollten es eher mit der Antwort auf die Moderne versuchen als mit der Antwort auf die Vergangenheit. Herr Chemetov.

PAUL CHEMETOV

Mais quand on manipule des symboles et quand on manipule des formes pour concrétiser ces symboles, on remue ce qu'il y a de plus profond dans la mémoire des personnes. Je voulais dire que la construction d'un nouveau bâtiment et même la destruction de la Volkskammer (qui est une horreur) pose et agite des symboles très profonds et très enfouis. Et si l'on veut répondre le mieux possible avec la sérénité de la passion, il faut faire un débat qui remue toute cette mémoire et qui la remonte à la surface. Et la conclusion de ce débat, c'est la construction d'un nouveau bâtiment qui, pour un temps, calme ces questions.

KLAUS BAUMGARTNER

Um solche Probleme zu lösen, ist manchmal das, was Herr Chemetov gesagt hat, richtig: den richtigen Weg zu wählen. Wenn man etwas Innovatives will, ein Zeichen für

unsere Zeit setzen will, von heute in die Zukunft, dann muss man sich überlegen: Wie komme ich zu diesen innovativen Ideen? Wie kann ich im Grunde genommen einen „Markt der Ideen“ kreieren, um dieses Problem zu lösen? Dann können wir nämlich auch auswählen und können uns entscheiden: „Das finden wir die beste Idee“. Vielleicht kommt etwas, an das wir gar nicht gedacht haben. In der Politik vergessen wir das manchmal. Wir setzen uns manchmal eine allzu konkrete Vision, anstatt dass wir es offen lassen - vielleicht auch in einer ganz pragmatischen Art – und auch mal sagen: „Ja, kommt, bringt Ideen, und dann sehen wir, was da ist, können auswählen und können darüber diskutieren.“ Vielleicht nehmen wir hier dann zuletzt das, weil wir finden, wir müssen da einen Schwerpunkt setzen und nicht dort. Aber ich finde das, was Sie gesagt haben, Herr Chemetov, eben auch sehr gut. Ich unterstütze, dass man so auswählen kann. Deshalb schreiben wir ja zum Beispiel für alle öffentlichen Gebäude die Form des Wettbewerbs vor. Das wird sehr oft kritisiert, weil es ein bisschen teurer kommt, aber so kommt man eben auch zu neuen Ideen.

ROLF BÖHME

Also, ich möchte mich da jetzt nicht einmischen. Ich bin erstens mal dafür, dass dieses DDR-Gebäude abgerissen wird – das muss man ja so oder so machen, wegen des Asbests, glaube ich -, also das ist für mich klar. Aber ich frage mich und bin da nicht so sicher, ob wir da jetzt ein neues Symbol hinstellen sollten. Denn erstens ist Friedrich der Große eine der wenigen vorzeigbaren Figuren in unserer Geschichte, und zweitens sind sehr viele Symbole ja im Zweiten Weltkrieg zerstört worden. Aber das letzte Wort habe ich sowieso nicht, insofern habe ich es jetzt gut und kann sagen: da spricht auch einiges dafür, das alte Schloss wieder zu bauen.

Aber warum ich mich jetzt noch einmal gemeldet habe, ist, weil vorhin das Stichwort einer Hanseatisierung fiel. Das haben Sie gebracht, Herr Professor Sieverts. Und das ist ein Stichwort, das ich noch einmal aufgreifen möchte, weil das bedeutet, dass man im Stile der Hanse den Städten eine größere Bedeutung beimisst und sie dann auch Bündnisse abschließen können, d. h. die Idee, dass man Bündnisse abschließt, dass die Regionen künftig die Musik machen. Und das sind natürlich Stadtregionen! *Les maires des grandes villes* ist die *association*, der M. Sueur angehört. Das ist ein schöner Name: „l’association des grandes villes de France“, weil es zum Ausdruck bringt, dass es die Städte sind, die eigentlich die *bassins d’innovation* sind, die die Zukunft bestimmen werden. Und dass die dann Bündnisse abschließen, übrigens nicht nur in Deutschland oder in Europa, sondern weltweit, das ist übrigens heute schon der Fall. Wenn Sie auf den internationalen Konferenzen sind und sehen, wie der Vertreter von Barcelona spricht, anschließend der Vertreter von St. Petersburg und anschließend der Vertreter von Neu Delhi, dann ist das im Grunde in Ansätzen schon da.

Aber die Hanseatisierung hat zwei Dinge, die ich bemerken möchte. Erstens: dies darf nicht dazu führen (auch das könnte mit dem Wort „Hanseatisierung“ gemeint sein), dass es das Primat der Wirtschaft gibt. Das wollen wir nicht! Wir brauchen einen politischen Rahmen, und die Renaissance der Politik ist ja in Berlin bei der Konferenz *Good*

governments ausgerufen worden. Die Politik soll zur Politik zurückkommen. Und das ist auch in den Städten wichtig!

Zweitens meine ich, wenn es so sein soll (und das ist eigentlich der Grundtenor gewesen), dass die Städte mehr Möglichkeiten der Selbstverwaltung haben müssen, dann heißt das natürlich auch eine Reform unserer Landesverwaltung. Das sagt sich so leicht dahin, aber das sind Sprengkörper, über die wir hier reden. Das sind ganz heiße Kisten, die hier auf den Tisch kommen. Es bedeutet, dass wir natürlich Veränderungen im Landesaufbau haben werden. Und das sind Fragen, die sehr schwerwiegend sind, und die Politik – das gebe ich offen zu – ist um diese Frage bisher herumgegangen, in Frankreich übrigens auch. In Frankreich gibt es 36 000 Gemeinden, habe ich auf dieser Konferenz gehört. Das ist ja noch viel schlimmer als bei uns! Und de Gaulle hat gesagt: „Wie soll ich ein Land regieren, das 360 Käsesorten hat?“ Aber es ist ja noch schlimmer, in diese Gemeindefreiheit einzugreifen... Also, ich will sagen, worüber wir debattieren, ist wirklich eine Frage der Zukunft; da muss man einen langen Atem haben, aber es wäre, glaube ich, lohnend. Wenn die neue Stadt, die neue Urbanität, der Punkt ist, um den sich alles rankt - kulturell, wirtschaftlich, sozial, politisch – dann lohnt es sich auch, in dieser Richtung weiterzudenken. Das hat diese Konferenz gemacht, und das ist für mich das tollste und schönste Ergebnis dieser zwei Tage.

WILLI STEUL

Jetzt sind wir, glaube ich, da, wo sich Herr Schily ganz zu Anfang gefreut hat, dass wir nicht hinkommen, nämlich an der Frage des Geldes und an der Frage der Machtverteilung. „Politik soll zur Politik zurückkommen“: Herr Böhme verlangt, fordert, erträumt sich eine Neuordnung der Balance zwischen den Kommunen, dem Land und damit auch dem Bund, eine Stärkung der Selbstverwaltung. Und deshalb komme ich auf Umwegen zum Geld. Ich komme auf Umwegen dazu: Wer erhebt Geld? Welchen Anspruch haben Städte, dies selber zu formulieren, oder sind sie abhängig? Brauchen wir eine neue Verfasstheit unseres Systems?

OTTO SCHILY

Das ist, glaube ich, zunächst einmal eine Frage zwischen Ländern und Kommunen. Der Bund ist da gar nicht so sehr der Partner. Die Schwierigkeit, die die Kommunen haben – also auch im Anteil am Steueraufkommen – ist ein Ringen mit den Ländern. Das muss man einfach mal realistisch sehen. Ich nehme mal für meine (damals noch nicht für die Regierung, sondern damals waren wir noch in der Opposition) politische Richtung in Anspruch, dass wir eine wichtige Neuerung herbeigeführt haben, insofern als wir (und ich war damals im Vermittlungsausschuss) die Notwendigkeit, die Garantie einer eigenständigen wirtschaftsbezogenen Steuerquelle für die Gemeinden, in der Verfassung verankert haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt; der ist unverrückbar. Der kann nur noch mit einer 2/3-Mehrheit beseitigt werden.

Das war übrigens eine sehr konkrete Frage, denn mit der Abschaffung der Gewerbesteuer, drohte damals auch die Abschaffung der Gewerbesteuer (das muss man wissen) aus rechtlichen Gründen. Wir haben da eine Brandmauer gezogen. Ich glaube, das ist ein politischer Verdienst zugunsten der Gemeinden. Wie dann die konkrete Verteilung des Steueraufkommens aussieht und in welchem Ausmaß die Gemeinden (die haben ja ein Steuererfindungsrecht, das finde ich einen wunderbaren Ausdruck. Steuererfindungsrecht – das erinnert mich an die Schwarzwälder Weisheit, die Sie gerade gesagt haben), die ein Steuererfindungsrecht haben, und davon sollten die Gemeinden und Kommunen auch an der einen oder anderen Stelle Gebrauch machen. Ich sage das hier; ich weiß, dass solche Fragen immer ungeheuer heikel sind, aber ich scheue mich nicht, obwohl das eine sehr umstrittene Frage ist. Ich bin der Meinung, wir haben ja ein Problem mit der Finanzierung der Nahverkehrssysteme. Es gibt keinen Öffentlichen Personennahverkehr, der mit schwarzen Zahlen arbeitet. Ich kenne jedenfalls keinen! Und das gehört aber zu der notwendigen Infrastruktur einer Region, einer Stadt, die wir alle haben wollen. Wenn wir in eine Stadt kommen, dann gehört das auch zu den Faktoren, die uns Gewicht verschaffen: Angebote für die Wirtschaft, für die privaten Einwohner usw. Und da sage ich: es ist eigentlich ein Unsinn, ein struktureller Unsinn, dass man das über Subventionen finanziert. Ein struktureller Unsinn! Subventionen sind immer ein Zeichen, dass etwas nicht richtig geordnet ist. Und deshalb sage ich: die Gemeinden müssen von ihren Einwohnern verlangen, dass sie das finanzieren. Schlicht und einfach! Und ich finde es auch in Ordnung. Also, wenn ich in Berlin lebe – ich nehme im Moment nicht allzuviel den Öffentlichen Personennahverkehr in Anspruch (gut, das ist ja mein Problem als Minister, der bestimmte Notwendigkeiten seiner Mitarbeiter beachten muss) – aber wenn ich dort lebe, dann meine ich, ist es gut, dass es das gibt, selbst wenn ich es nicht in Anspruch nehme, und dann zahle ich einen bestimmten Betrag, mit dem ich auch an diesem Angebot beteiligt bin. Und das muss man nach Kostengesichtspunkten errechnen, und ich bin überzeugt: es lässt sich auch finanzieren. Und das ist die große Frage der Nahverkehrsabgabe.

Wie gesagt, es ist ein Wespennest, in das man dann sticht, und viele sagen: „Och, noch 'ne Steuer!“ Aber man muss es als den Preis begreifen, den man dafür entrichtet, dass man in einer bestimmten Region lebt. Und das ist übrigens auch eine Kostenkontrolle, denn man wird dann sagen, wenn das sehr üppig und falsch gemacht wird, dann kann es ja auch Kritik daran geben. Ich glaube, das ist die solidere, ehrlichere Finanzierung als über andere Quersubventionen, die wir im Moment praktizieren. Ich sehe schon, dass der Oberbürgermeister von Freiburg etwas melancholisch wird, wenn ich das sage, aber ich meine, das wäre der richtige Ansatz.

KLAUS BAUMGARTNER

Was die Subventionen anbetrifft, Herr Bundesminister, da möchte ich Ihnen dann heftig widersprechen. Aber ich komme dazu! Zuerst: Sie haben das schon erwähnt; wir alle – ich habe es am Anfang auch gesagt – können nicht nur über Geld reden, wir müssen über politische Strukturen reden. Und das schleckt keine Geiß weg; in der Schweiz werden wir politische Strukturen ändern müssen. Man fliegt Kurven um diese Diskus-

sion herum, weil es dann unsere (Sie würden sagen: Länderstrukturen) Struktur der Kantone betrifft. Sehen Sie, in der Schweiz hat Appenzell-Inneroden mit 6 000 Einwohnern mehr zu sagen als die Stadt Bern mit 126 000. Und wir müssen neue politisch-demokratisch abgestützte Strukturen finden, um das bewältigen zu können, denn Sie stoßen dann an Grenzen mit diesen verschiedenen Regionalverbänden. Der eine für den öffentlichen Nahverkehr, etwas für den Kehrrecht, ein dritter für die Feuerwehr – es sind immer andere Gemeinwesen daran beteiligt. Letztlich – in der Schweiz, mit unserer Art Basisdemokratie, ist es wichtig – verlieren die Bewohnerinnen und Bewohner, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Transparenz, was da geschieht. Und wir haben dieses Problem bereits bei unseren Regionalverbänden. Da kommt Widerstand. Und Subventionen, also Beiträge aus Steueraufkommen, finde ich immer noch besser, solidarischer und sozialer als viele Gebühren.

Ich finde, wir müssen uns darüber einigen. Und für mich ist Verkehr, insbesondere Nahverkehr, ein *service public*, den wir als Kommunen aufbringen müssen. Für mich ist nur die Frage, wie es bezahlt wird, d. h. wie diese Last unter den Kommunen verteilt wird. Da bin ich mit Herrn Minister Schily einverstanden: die Verteilung sollte sich nach der Benutzung richten, also die Kosten sollten auf die Gemeinwesen so verteilt werden, wie diese Dienste von ihren Bürgerinnen und Bürgern beansprucht werden, aber zusätzlich unter Berücksichtigung dessen, dass zum Beispiel für die zentralen Orte dadurch zusätzliche Infrastrukturkosten erwachsen, weil sich der Verkehr – auch der öffentliche Verkehr – dann im Zentrum bündelt. Das finde ich besser, als alles über die Fahrkarten, also über die Gebühren, abgeltet zu wollen, soweit es um den *service public* geht. Und das ermöglicht dann auch doch einen sozialen Ausgleich: diejenigen mit dem kleinen Portemonnaie dürfen dann eben auch fahren und müssen nicht darum bangen, ob sie eine Fahrkarte kaufen können oder nicht.

WILLI STEUL

Meine Damen und Herren, das Thema - das Thema von „Correspondances“ überhaupt, „Die Stadt als europäische Lebensform“ – ist gigantisch groß. Wir haben sicher – keiner, der hier auf dem Podium saß und sicher auch Sie im Saal nicht – beabsichtigt, dass wir dieses Thema irgendwie zu Ende bringen oder auch nur in Teilen zu Ende bringen. Ich finde, wir haben die wichtigsten Probleme angerissen und ich hoffe, wir haben Ihnen Stoff zum weiteren Nachdenken geliefert. Vielen Dank.

Bio-Bibliographische Angaben der Autoren / Renseignements bio-bibliographiques sur les auteurs

KURT BECK

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz.

Volksschule, 1963 Berufsausbildung zum Elektromechaniker, Fachrichtung Elektronik, 1969 Funkelektroniker bei der Bundeswehr; Mitglied der ÖTV. 1972 Eintritt in die SPD. 1972 Realschulabschluss (auf dem 2. Bildungsweg); freigestellter Personalrats- und Bezirkspersonalrats-Vorsitzender. Seit 1979 Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz. 1985-1991 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, 1989-1994 Ortsbürgermeister in Steinfeld, 1991-1994 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Seit 1993 Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz. Seit 1994 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder. Seit 1999 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie Vorsitzender des ZDF-Verwaltungsrates. Seit Oktober 2000 Präsident des Deutschen Bundesrats.

JEAN-MARIE BOCKEL

Ancien Ministre, Député du Haut-Rhin, Maire de Mulhouse, Avocat au barreau de Mulhouse

Etudes primaires et secondaires à Thann. Etudes de droit et CAPA d'Avocat à Strasbourg en 1973. Création de son Cabinet d'Avocat en 1977. Lieutenant-Colonel de réserve de l'Armée de Terre. Elu Député de la 5^{ème} circonscription du Haut-Rhin (Mulhouse) en 1981, réélu en 1986, en 1988 et en 1997. Député Régional d'Alsace de 1981 à 1984. Elu Conseiller Général de Mulhouse-Nord en 1982, réélu en 1988. Secrétaire d'Etat auprès du Ministre du Commerce, de l'Artisanat et du Tourisme de 1984 à 1986. Ministre du Commerce, de l'Artisanat et du Tourisme en 1986. Président de la Commission de la Production et des Echanges (CPE) de 1988 à 1993. Membre de la Commission des Lois puis de la Commission de la Défense Nationale. Elu Conseiller Régional en 1992, Conseiller Général de Mulhouse-Nord en Mars 1994. Maire de Mulhouse depuis 1989.

Publication: *La troisième gauche : petit manifeste social-libéral* (1999).

ROLF BÖHME

Oberbürgermeister der Stadt Freiburg i. Br.

Jura-Studium in München und Freiburg, Promotion zum Dr. jur. an der Universität Freiburg. Tätigkeit in der Steuerverwaltung, 1968 Eröffnung einer selbständigen Rechtsanwalts-Praxis in Freiburg, 1971-1973 Stadtrat in Freiburg, 1972-1982 Abgeordneter der SPD im Deutschen Bundestag, Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, 1977 Wahl in den Vermittlungsausschuss als Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion, 1978-1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Fi-

nanzen. Seit 1982 Oberbürgermeister der Stadt Freiburg (1990 und 1998 Wiederwahl) und Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag. Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages, im Kuratorium der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Theodor-Heuss-Stiftung, im Executive Committee von ICLEI (International Cooperation of Local Environmental Initiatives) sowie im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR).

PAUL CHEMETOV

Architecte

1947-1959 études d'architecture à l'Ecole Nationale Supérieure des Beaux Arts. 1968-1972 professeur à l'Ecole d'Architecture de Strasbourg, chargé du séminaire d'architecture de production industrielle, 1973 enseignant vacataire à UP8, 1977-1989 professeur d'architecture à l'Ecole Nationale des Ponts et Chaussées. 1983 association avec Borja Huidobro. 1993-1998 professeur expert à l'école Polytechnique Fédérale de Lausanne (Suisse), 1997-1998 expert auprès du Ministère de l'Emploi et de la Solidarité pour la Mission « Politique de la Ville », sous l'autorité de Jean-Pierre Sueur. Depuis 1996, membre de l'Académie d'Architecture. Officier de l'ordre de la légion d'Honneur, de l'ordre des Arts et des Lettres ainsi que de l'Ordre National du Mérite. Titulaire du Prix d'Architecture du C.E.A. (1965), du Grand Prix National d'Architecture (1980), de la Médaille d'Honneur d'Architecture de l'Académie d'Architecture (1991).

Publications : Familièrement inconnues... Architecture, Paris, 1848-1914 (1976) ; Architectures – Paris, 1948-1914, avec B. Marrey (1980/1984) ; La modernité, un projet inachevé (1982) ; Cinq projets 1979-1982, avec B. Huidobro (1983) ; Paris – Banlieue 1919-1939, avec B. Marrey et M. J. Dumont (1989) ; La fabrique des villes (1992) ; Le territoire de l'architecte (1995) ; Vingt mille mots pour la ville (1996).

Références (choix) : Ambassade de France, New Delhi (1986) ; Ministère de l'Economie, des Finances et du Budget, Paris 12^{ème} (1989) ; Bâtiment D, Université de Nanterre (1991) ; Grande Galerie du Muséum National d'Histoire Naturelle, Paris 5^{ème} (1994) ; Restructuration du Musée d'Art et d'Histoire au Luxembourg (1997) ; Bibliothèque Municipale à Vocation Régionale, Montpellier (2000). De nombreux projets en étude et en chantier.

FRANCIS GODARD

Directeur de Recherche au CNRS

Directeur de l'Action Concertée Incitative « Ville » au ministère de la Recherche. Président du Groupe de prospective de la DATAR « Temporalité et territoire ». Responsable du pôle ville de l'université de Marne-la-Vallée.

Publications récentes : Les temps urbains réinventés, dans : « Ville.com », numéro spécial de la revue « La Recherche » (supplément au n°337, décembre 2000) ; La ville : recherches transversales, dans : « Etat des savoirs sur la ville » (2000) ; Les temps des villes et le sens du rythme, dans : « Le projet urbain » (2000) ; Réinventer la ville (Mai 2000) ; Les nouveaux espaces-temps des habitants des villes et la prospective urbaine (2000) ; La troisième solidarité (avec François Ascher), dans : « Esprit » (quatrième semestre 1999) ; Les services et métiers de la ville : tenir la distance, dans : « Les mé-

tiers de la ville » (1999). Nombreux articles, interviews et études sur des questions urbanistes.

ALBRECHT GÖSCHEL

Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik

Studium der Architektur und Stadtplanung an den Technischen Universitäten Hannover und Berlin, Abschluss Dipl.-Ing.; Studium der Soziologie und Sozialpolitik an der University of Essex, England; Promotion in Soziologie. Seit 1987 Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik. Lehrbeauftragter und Gastdozent an verschiedenen Universitäten und Hochschulen, zur Zeit an der Humboldt-Universität Berlin.

Publikationen (Auswahl): Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur. Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen, (1991/1995); Kontrast und Parallele – kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen (1999); Kultur in der Stadt – Kulturpolitik in der Stadt, in: Albrecht Göschel und Volker Kirchberg (Hrsg.), Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur (1998); Die Kunst der DDR als Dokument essentialistischer Identität, in: Dokumentationszentrum Kunst der DDR (Hrsg.), Volkseigene Bilder (1999), und in: Kunstfonds des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Enge und Vielfalt. Auftragskunst und Kunstförderung in der DDR. Analysen und Meinungen (1999); Kulturelle und politische Generationen in Ost und West. Zum Gegensatz von wesenhafter und unterscheidender Identität, in: Heinrich-Böll-Stiftung, Lothar Probst (Hrsg.), Differenz in der Einheit. Über die kulturellen Unterschiede der Deutschen in Ost und West (1999); Vom Disparitäten- zum Desintegrationsproblem, in: Die Alte Stadt (Heft 2, 2000).

HAJO HOFFMANN

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken, Präsident des Deutschen Städtetages.

1949-1959 Volksschule und Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Trier; 1959-1962 Ludwigsgymnasium Saarbrücken, Mittlere Reife. 1962 Mitglied in der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV). 1962-1967 kaufmännische Lehre, Bundeswehr, Tätigkeit im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung. 1967-1970 (auf dem 2. Bildungsweg) Abitur. 1970 Mitglied der SPD. 1970-1974 Studium der Wirtschafts- und Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes, in München und Bremen. Abschluss: Diplom-Ökonom. 1974-1976 Wissenschaftlicher Angestellter der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag, 1976-1985 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1977-1979 Mitglied im Europäischen Parlament, 1985-1991 saarländischer Wirtschaftsminister, 1991 Mitglied in Hauptausschuss und Präsidium des Deutschen Städtetages. Seit 1991 Oberbürgermeister Saarbrückens. 1995 Gruppensprecher der sozialdemokratischen Mitglieder im Deutschen Städtetag, 1996 Mitglied des Parteivorstandes der SPD und Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V. 1997 Vizepräsident des Deutschen Städtetages, seit 1999 Präsident des Deutschen Städtetages.

JOSEPH JURT

Professor für Romanische Literaturwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Studium der Romanistik und Geschichte an der Universität Fribourg (Schweiz), Paris-Sorbonne. 1980 Ernennung zum Professor der Universität Regensburg, seit 1981 Professor in Freiburg. 1987, 1989, 1993, 1997 und 1998 Directeur de recherche associé an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales in Paris. Mitbegründer und seit 1989 Mitglied des Vorstandes des Frankreich-Zentrums, 1997-2000 Vorsitzender des Vorstandes und Sprecher des Graduiertenkollegs „Modernität und Tradition in Frankreich und Deutschland“. Seit 1997 Mitglied des Deutsch-Französischen Kulturrates, seit 2000 Mitglied des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates. Träger der Universitätsmedaille der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Chevalier dans l'Ordre des Palmes académiques und Chevalier dans l'Ordre National du mérite.

THOMAS OESTEN

Prorektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Forstwissenschaftliche Ausbildung an der Universität Freiburg, 1979 Dissertation, 1986 Habilitation bei Prof. Speidel, beruflicher Werdegang geprägt durch Phasen wissenschaftlicher Tätigkeit (an den Universitäten Freiburg und Berkeley) und Tätigkeiten in der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg (Referendarzeit, Forsteinrichter, Forstamtsleiter). Seit 1989 Professor für Forsteinrichtung und forstliche Betriebswirtschaft und Direktor des Instituts für Forstökonomie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. U. a. 1992-1994 Dekan der Forstwissenschaftlichen Fakultät. Seit 1999 Prorektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Forschungsgebiete: Dogmengeschichte und methodologische Grundfragen, Management von staatlichen, kommunalen und privaten Forstbetrieben, Forstliche Planung, Wert des Waldes (einschließlich Infrastrukturleistungen des Waldes und Bewertungsmethoden), Sozio-Ökonomie Tropenwald.

ROBERT PICHT

Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg

Studium der Romanistik und Soziologie in Freiburg, München, Madrid, Frankfurt und Paris. Mitarbeiter der Pariser Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, zugleich Lektor für deutsche Sprache und Deutschlandinformation an verschiedenen Pariser Hochschulen. 1972 Promotion an der Sorbonne mit einer bildungssoziologischen Arbeit unter der Leitung von Pierre Bourdieu. Seit 1972 Leiter des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, zahlreiche Lehraufträge an den Universitäten Paris-Asnières, Bologna, Hagen, Brügge. Seit 1983 Vorstandmitglied des Comité d'étude des relations franco-allemandes, Paris, seit 1994 Professur für europäische Soziologie am Europa Kolleg, Brügge.

HERMANN SCHWENGEL

Professor für Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Studium der Sozialwissenschaften, Philosophie und Geschichte an den Universitäten Konstanz, Marburg und Zürich, 1978 Promotion: „Vergleichende Untersuchung zu Systemtheorie, Strukturalismus und Marxismus“, 1987 Habilitation: „Der kleine Leviathan“, Berlin. Seit 1993 Lehrstuhl für Soziologie in Freiburg. Mitglied des Frankreich-Zentrums der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

JEAN-PIERRE SUEUR

Maire d'Orléans (1989-2001), Président de l'Association des maires des grandes villes de France (AMGVF) (1998-2001).

Etudes à l'Ecole nationale supérieure de Saint-Cloud, Docteur ès lettres. Assistant de linguistique à l'université de Tunis (1972-73); Assistant puis Maître assistant de linguistique française à l'université d'Orléans (1973-81); Député socialiste du Loiret (1981-91); Secrétaire d'Etat aux Collectivités locales (1991-93); Maître de conférences en linguistique française à l'université d'Orléans (depuis 1993).

Publications récentes: *Demain la ville* (1998); *Changer la ville, pour une nouvelle urbanité* (1999); *L'Aide personnalisée à l'autonomie, un nouveau droit fondé sur le principe d'égalité* (2000).

ARBEITSGRUPPE 1:
Ästhetik und Marketing der Stadt /
Esthétique et marketing de la ville

Moderation / Animation:	HERMANN SCHWENGEL, Professor für Soziologie, Universität Freiburg; FRANCIS GODARD, Directeur de l'Action Ville, Ministère de l'Education Nationale, de la Recherche et de la Technologie
Monika Daldrop	Professorin für Landschaftsplanung, Universität Cottbus; Werkgemeinschaft Archiplan, Stuttgart; Deutsche Akademie für Städtebau und Landschaftsplanung Baden-Württemberg
Andreas Feldtkeller	Ehemaliger Leiter des Stadtsanierungsamtes Tübingen
Holger Floeting	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Annie Fourcaut	Professeur d'histoire contemporaine, ENS de Fontenay/Saint-Coud
Susanne Frank	Stadtsoziologin, Erfurt
Hermann Frese	Präsident des Einzelhandelsverbandes Südbaden
Thomas Held	Analysen & Strategien, Zürich
Michael Krier	Student am Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg
Christoph Langhof	Architekt und Stadtplaner, Berlin; Leiter des Instituts für Städtebau an der Universität Innsbruck
Barbara Lemke	Stadt- und Regionalplanung, Wuppertal
Albert Levy	Architekt, Institut Français d'Urbanisme, Champs-sur-Marne
Michel Mercier	Direktor des Institut Français, Freiburg
Martin Mühler	Student der Geographie, Marburg
Marc Perelman	Architekt; Professor an der Universität Nanterre; Editions Mille et une Nuits, Paris
Franz Pesch	Architekt und Stadtplaner; Professor für Städtebau an der Universität Stuttgart
Rolf Plattner	Ehem. Leiter des Amtes für Stadtplanung in Basel; Plattner Schulz Partner AG, Basel
Rita Schneider-Sliwa	Professorin für Humangeographie/Stadt- und Regionalforschung, Universität Basel
Jörg Stadelbauer	Professor für Kulturgeographie an der Universität Freiburg
Max Stermshorn	Persönlicher Referent des Bau- und Umweltbürgermeisters der Stadt Ulm
Andreas Verstappen	Leitender Redakteur beim K3 Kulturkanal
Peter Zlonicky	Stadtplaner, Professor für Städtebau, Universität Dortmund

ARBEITSGRUPPE 2:
Soziale Kohäsion und kulturelle Vielfalt /
Cohésion sociale et diversité culturelle

Moderation / Animation:	ROBERT PICHT, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg; DIDIER LAPEYRONNIE, URF Sciences de l'Homme, Cadix, Université Victor Segalen, Bordeaux II
Christine Bauhardt	Professorin im Institut für Landschaftsplanung, TU Berlin
Mercedes Beneto	Institut für Soziologie, Universität Freiburg
Jean-Luc Bredel	Direction Régionale des Affaires Culturelles, Strasbourg
Michel Durupty	Professor an der Universität Paris I
Rebekka Ehret	Ethnologin, Ethnologisches Seminar, Universität Basel
Abdelhafid Hammouche	Universität Lyon 2, Cresal-CNRS St. Etienne
Mainer Mackensen	Emeritierter Professor, Fachbereich Umwelt und Gesellschaft, TU Berlin
Christian de Montlibert	Professor der Soziologie, Université de Strasbourg
Gustave Peiser	Professor an der Université de Grenoble
Walter Prigge	Institut für Sozialforschung SdbR, Frankfurt
Thomas Sieverts	Architekt, Stadtplaner, Bonn
Hervé Vieillard-Baron	Editions Flammarion, Paris
Peter Winterling	Badische Zeitung, Freiburg

ARBEITSGRUPPE 3:
Stadtökonomie, Stadtökologie und Kulturpolitik/
Économie urbaine, écologie urbaine et politique culturelle

Moderation / Animation:	JOSEPH JURT, Professor für Romanische Literaturwissenschaft, Universität Freiburg; BÉATRICE BUGUET, Ministère de l'Emploi et de la Solidarité, Paris
Hans Ammann	Intendant der Städtischen Bühnen Freiburg
Rémy Baudouï	Bureau de la recherche architecturale, Ministère de la Culture, Paris
Helmut Bauer	UFIT, Umweltforschungsinstitut, Tübingen
Paul Bert	Stadtplaner, Freiburg
Jürgen Bräcklein	Oberstadtdirektor, Stadt Braunschweig
Kurt Brenner	Maison de Heidelberg, Montpellier
Klaus Peter Dencker	Professor; Kulturbehörde, Freie und Hansestadt Hamburg
René L. Frey	Professor am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum, Basel
Albert Hudlett	Professor an der Université de Haute Alsace, Mulhouse
Elisabeth Kiderlen	Leiterin der Kulturredaktion der Badischen Zeitung, Freiburg
Enoch Lemcke	Senator für Schule, Kultur und Sport, Hansestadt Rostock
Ulrike Weiland	Technische Universität Berlin
Werner Zettelmeier	CIRAC, Paris